



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Bevölkerungsschutz



3 | 2025

Bürgernaher
Bevölkerungsschutz



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Liebe Leserinnen und Leser,

es ist jetzt fast zehn Jahre her, da startete das EU-geförderte ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung unter der Federführung des BBK. Ziel war es, die Warnung weiterzuentwickeln – was in erster Linie als technische Aufgabenstellung verstanden wurde, denn der Hauptanteil des Budgets war Neuerungen des Modulare Warnsystems vorbehalten. Ein Teilprojekt jedoch befasste sich erstmals mit psychosozialen Aspekten der Warnung. Das war der Beginn einer neuen Sicht auf die Wirksamkeit von staatlicher Kommunikation.

Seitdem hat sich viel verändert. Während noch vor gar nicht so langer Zeit das Auslösen einer Sirene bereits als abgeschlossene Warn-Handlung verstanden wurde, wurde die Frage immer lauter, welches Schutzverhalten eine solche Handlung eigentlich nach sich zieht. In der Corona-Pandemie gesellten sich weitere Fragen hinzu: Als Bevölkerungsverhalten die (lange Zeit) einzige Gefahrenabwehrmaßnahme war, mussten wir Daten und Expertise zu Bevölkerungsverhalten in Krisen sammeln und aufbauen. Seitdem wissen wir: Bürgernähe und Vertrauen sind Ressourcen, die staatliche Bevölkerungskommunikation erst wirksam werden lassen. Wenn wir diese Ressourcen nicht haben, müssen wir sie aufbauen.

In dieser Ausgabe mit dem Schwerpunktthema „Bürger-naher Bevölkerungsschutz“ finden Sie viele Beiträge, die etwas mit Kommunikation zu tun haben. Ob KatLeuchttürme, Virtual Operations Support Teams, die App Mobile Helfer, der Notfall-Monitor des Landes Niedersachsen oder auch der diesjährige Gemeinsame Bevölkerungsschutztag von Bund und Ländern in Rostock: All diese Vorhaben, Plattformen und Projekte organisieren Informationen, und fast alle davon in einem direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern. Und alle stellen sich immer wieder die Frage: Wie kann aus Informationen eine wirksame Kommunikation werden?

Eine Antwort ist sicherlich, Bedarfe und Bedürfnisse zu erheben. Erst wenn wir wirklich verstehen, was Menschen bewegt und wie sich Bedarfe dynamisch verändern, welche Normen und Werte das Verhalten und die Entscheidungsfindung beeinflussen, dann können wir unsere Produkte und Maßnahmen daraufhin anpassen. Das kann, muss aber nicht aufwendig sein. Es ist jedoch immer wertvoll. Top-down-Kommunikation hat in diesem Ent-



Nathalie Schopp ist Leiterin der Abteilung K – Bevölkerungsresilienz und Kommunikation. (Quelle: BBK)

wurf keinen Platz mehr. Das heißt nicht, dass man sich nicht in zeitkritischen Lagen auf das Wesentliche reduzieren kann und muss. Es heißt aber sicherlich, dass man Krise schon vorher denken sollte, so wie das BBK-geförderte Forschungsprojekt Sokapi-R eindringlich erläutert: Einer Haltung, die Anpassungsfähigkeit und gegenseitige Unterstützung ermöglicht, muss bereits im Alltag der Weg bereitet werden, weit im Vorfeld von Krisen. Und im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft von Bevölkerung und Bevölkerungsschutz umfasst dabei Unterstützung sehr viel mehr als nur die der Bürgerinnen und Bürger untereinander: Sie umfasst generell Gemeinschaft und Gegenseitigkeit. Auch das hat Implikationen für die Kommunikation, aber ebenso für unser Handeln.

Wir als Gesellschaft, als Individuen, Bürgerinnen und Bürger, Ehrenamtler, Bevölkerungsschützer – wir müssen bei allem, was uns voneinander unterscheidet, eine gemeinsame Basis finden, auf der wir uns begegnen können. So gesehen ist der Bevölkerungsschutz ein Brennglas unserer Gesellschaft, denn in existenziellen Krisen zeigt sich, wie belastbar diese Basis ist.

Wir sind in den vergangenen Jahren weit gekommen. Und wir gehen noch weiter.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Nathalie Schopp



BÜRGERNAHER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

- 2** Das ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung
Knapp zehn Jahre Forschung, Entwicklung und Ausbau der Bevölkerungswarnung
- 7** Dashboard für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz
Forschungsprojekt Sokapi-R
- 10** Die digitale Welt im Blick
Zur Zusammenarbeit von Virtual Operations Support Teams mit Behörden in der Gefahrenabwehr
- 14** Mobile Helfer – Die sinnvolle Ergänzung im Bevölkerungsschutz
Ungebundene Helfende strukturiert, planbar und sicher koordinieren
- 20** Mit zwei Klicks zur verlässlichen Information
Der Notfall-Monitor Niedersachsen – eine digitale Plattform für zentrale Risiko- und Krisenkommunikation im Bevölkerungsschutz
- 22** Wasser – Ressourcen nutzen, Risiken meistern
Das BBK und zahlreiche Teilnehmende präsentierten sich beim Bevölkerungsschutztag 2025 in Rostock

ZIVILSCHUTZ

- 26** Digitale Offenheit – Reale Risiken
Zur Ambivalenz von Open Source Intelligence: Sabotagepotenziale und die Konsequenzen

KRISENMANAGEMENT

- 32** Alles im Blick!
Das Spezialressourcenregister des GeKoB als Beitrag zum Ressourcenmanagement von Bund und Ländern

FORUM

- 36** ARKAT. Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland
- 38** Arbeiter-Samariter-Bund
- 41** Deutscher Feuerwehrverband
- 44** Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
- 46** Deutsches Rotes Kreuz
- 48** Johanniter-Unfall-Hilfe
- 50** Malteser Hilfsdienst
- 51** Technisches Hilfswerk

IN EIGENER SACHE

- 52** Impressum

KULTURGUTSCHUTZ IN DEUTSCHLAND

- 53** Der Limburger Dom

Das ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung

Knapp zehn Jahre Forschung, Entwicklung und Ausbau der
Bevölkerungswarnung

Karin Scherer



(Quelle: ISF-Projekt Warnung der Bevölkerung)



WARNUNG DER BEVÖLKERUNG

Ein Bund-Länder-Projekt

ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung

- Das übergeordnete Projektziel: Menschen in Deutschland bei Gefahren und in Krisen noch besser und effektiver warnen und informieren.
- Bund und Länder entwickeln gemeinsam Ideen und setzen diese um.
- Dabei werden im Projekt sowohl technische als auch sozialwissenschaftliche Faktoren und Möglichkeiten identifiziert, erforscht und entwickelt: So wird das Modulare Warnsystem (kurz: MoWaS) als zentrales technisches Element im deutschen Warnsystem ausgebaut und weiterentwickelt. Im Fokus der Projektarbeit steht jedoch gleichermaßen auch die sozialwissenschaftliche Komponente in der Warnung, das heißt der Mensch und sein Verhalten im Warnprozess.
- Förderung: Das Projekt wird gefördert durch den Fonds für Innere Sicherheit (Innerer Sicherheitsfonds) der Europäischen Union. Hieraus folgt, dass alle Teilprojekte inhaltlich einen Mehrwert für die EU bieten müssen.
- Finanzvolumen: ca. 19 Mio. Euro (75 Prozent finanziert durch die Europäische Union, 25 Prozent finanziert durch Bund und Länder)
- Laufzeit: Oktober 2016 bis Ende 2025. Ein vierter Projektteil ist geplant.
- Angesiedelt ist das Projekt in Referat L.II.1 in der Abteilung Lagemanagement, Warnung, Internationales des BBK. Das Projektteam besteht übergreifend aus Mitgliedern der Referate K.4 und L.II.1.
- Kontakt: ISF-BLP-Warnung@bbk.bund.de



Hier geht's zur Projektwebsite:

Seit fast 10 Jahren besteht das ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung. Im Jahr 2016 ins Leben gerufen und angesiedelt in der Abteilung Lagemanagement, Warnung, Internationales des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK), befindet sich das Projekt nun im dritten Teilabschnitt. Dieser läuft zum Jahresende aus. Zeit für eine Bilanz.¹

Herausforderungen der Bevölkerungswarnung

Eines haben die vergangenen Jahre deutlich gemacht: Die Bevölkerungswarnung sowie die Bedürfnisse der Menschen im Hinblick auf die Bevölkerungswarnung sind zum einen beeinflusst von (welt-)politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und zum anderen davon, dass Menschen zunehmend Katastrophenereignisse in ihrer Umwelt wahrnehmen und zum Teil auch unmittelbar in ihrem Umfeld erleben.

Je besser es gelingt, die genannten Entwicklungen, Ereignisse und Erfahrungen sowie die daraus resultierenden (technischen) Anforderungen und Bedürfnisse der Menschen in die Gestaltung der Bevölkerungswarnung einfließen zu lassen, desto effektiver wird diese sein.

Wie im Folgenden geschildert, arbeitet das ISF-Projekt in seinen verschiedenen Teilprojekten daran, aktuelle Entwicklungen aufzugreifen und für die Bevölkerungswarnung handhabbar zu machen.

Teilprojekte zur Entwicklung und zum Ausbau des Modulare Warnsystems (kurz: MoWaS)

Grenzüberschreitender Austausch von Warnmeldungen über MoWaS

Gefahren und Bedrohungen kennen keine Grenzen. Geprägt durch dieses Bewusstsein schuf das ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung in den vergangenen Jahren gemeinsam mit der Referatsgruppe Warndienst des BBK sowie den 16 Bundesländern die Möglichkeit, das deutsche Warnsystem über die sogenannte MoWaS-Datenschleuse (kurz: MDS) mit anderen internationalen und nationalen Warnsystemen sicher zu verbinden.

Zukünftig wird so der grenzüberschreitende Austausch von Warnmeldungen möglich gemacht. Mit der Anbindung der Warnsysteme der Nachbarstaaten Belgien und Dänemark an MoWaS wurden im letzten Jahr

¹ Siehe auch „Das ISF Bund-Länder-Projekt „Warnung der Bevölkerung“ – Ein Überblick“ in Bevölkerungsschutz Ausgabe 01/2018 und „Das ISF Bund-Länder-Projekt „Warnung der Bevölkerung“ – Rückschau und Ausblick“ in Bevölkerungsschutz Ausgabe 03/2023.

erste Schritte gemacht, den Informationsfluss vor allem in den Grenzregionen entscheidend zu verbessern. Testphasen mit den beteiligten Bundesländern und Kommunen schließen sich im Jahr 2025 an. Weiterhin wird geprüft, ob und wie Warnmeldungen aus MoWaS heraus sowohl den belgischen als auch den dänischen Behörden und Organisationen zur Verfügung gestellt werden können, um über Gefahren- und Bedrohungsereignisse auf deutscher Seite zu informieren.

Langfristiges Ziel ist, in den kommenden Jahren möglichst alle Nachbarländer Deutschlands an MoWaS anzuschließen. Als Teil der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stärkt eine gut funktionierende Kommunikation die Beziehungen und den Zusammenhalt zwischen den benachbarten Staaten entscheidend. Die Sicherheit der Menschen in den Grenzregionen wird so maßgeblich erhöht.

Betriebe der Kritischen Infrastruktur

Betriebe der Kritischen Infrastruktur (kurz: KRITIS-Betriebe) sind Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Dazu gehören beispielsweise die Energie- und Wasserversorgung, der Verkehr, aber auch die medizinische Versorgung.

Anbindung von Betrieben der Kritischen Infrastruktur an MoWaS

Im Hinblick auf eine mögliche Anbindung von Betrieben der Kritischen Infrastruktur (kurz: KRITIS) an MoWaS gab das ISF-Projekt im Jahr 2024 eine Studie zur Erforschung möglichst ausfallsicherer Übertragungswege von Warnmeldungen an KRITIS-Betriebe mit folgender Fragestellung in Auftrag:

Wie kann der Versand von Warnmeldungen aus MoWaS an die KRITIS-Betriebe über die Übertragungswege Digital Audio Broadcast (kurz: DAB+) im Bereich der Ultrakurzwelle (kurz: VHF) und Digital Radio Mondiale (kurz: DRM) im Bereich der Kurzwelle praktisch umgesetzt werden?

Aufbauend auf dieser ersten Fragestellung erarbeiteten das Fachunternehmen RFmondial sowie das Fraunhofer IIS eine Hauptstudie. Sie verglichen beide Systeme anhand der technischen Erfordernisse, analysierten die jeweiligen Vor- und Nachteile und erstellten Kosten- sowie

Risikoabschätzungen. Dabei sollte die Studie Entscheidungsträgern auch als Grundlage zur Weiterentwicklung des Warnsystems im Hinblick auf KRITIS-Betriebe dienen. Soll die Anbindung von KRITIS-Betrieben an MoWaS kurzfristig umgesetzt werden, so empfiehlt das Autorenteam den Übertragungsweg über DAB+.

Bedarfserhebung mit Radyo Metropol FM zum Anschluss mehrsprachiger Sender an MoWaS

Aktuell ist der auf Türkisch und Deutsch sendende Radiosender Radyo Metropol FM der einzige an MoWaS angeschlossene mehrsprachige Sender, der als Warnmultiplikator tätig ist. Im Jahr 2024 führte das ISF-Projekt eine erste Bedarfserhebung mit Radyo Metropol FM durch. Das Ziel war es zu erfahren, welche Rahmenbedingungen für mehrsprachige Sender erfüllt sein müssen, damit sie effektiv als Warnmultiplikatoren tätig sein können.

Die wertvollen Erkenntnisse des Interviews wurden analysiert und in einer Konzeption zur Anbindung mehrsprachiger Sender an MoWaS zusammengefasst. Diese soll die Anbindung weiterer mehrsprachiger Warnmultiplikatoren an MoWaS fördern, um die entsprechenden Communities in der Breite besser erreichen und warnen zu können.

Warnmultiplikator

Ein Multiplikator oder eine Multiplikatorin ist eine Person oder Einrichtung, die Informationen weitergibt und damit zu deren Verbreitung beiträgt. Warnmultiplikatoren im Sinne des BBK geben amtliche Warnmeldungen weiter an die Bevölkerung. Warnmultiplikatoren sind Behörden, Organisationen und Unternehmen (wie die Deutsche Bahn), alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und ein Großteil der privaten Medienhäuser, Internetdienste sowie App-Betreiber (zum Beispiel der Warn-Apps NINA, KATWARN, BIWAPP).

Teilprojekte im Bereich Warneffektivität

Forschungsprojekt Katastrophenschutz-Leuchttürme und Bevölkerungswarnung

Wie können Katastrophenschutz-Leuchttürme (kurz: Kat-L) effektiv für die Warnung genutzt werden?² In einer

² Siehe dazu auch „Katastrophenschutz-Leuchttürme in der Praxis“ in Bevölkerungsschutz 02/2025.

im Frühjahr 2024 gestarteten Forschungsstudie³ evaluierte die Forschungs- und Beratungsfirma Team HF im Auftrag des ISF-Projektes die Erfahrungen verschiedener Orte mit Kat-L. Die hierfür geführten Interviews wurden ausgewertet und Empfehlungen für Interessierte im Hinblick auf Kat-L und die Bevölkerungswarnung abgeleitet.

Die wichtigsten Erkenntnisse: In den meisten Bundesländern wird das Konzept der Kat-L umgesetzt. Bisher wurden jedoch kaum praktische Erfahrungen damit gemacht. Zudem unterscheiden sich die aktuell bestehenden Kat-L in der jeweiligen Ausgestaltung sehr voneinander. Bezogen auf die Bevölkerungswarnung weisen sie jedoch hohes Potential auf. Aktuell gilt es, dieses Potential auszuschöpfen.

Trotz dieser Diversität lassen sich grundsätzliche Empfehlungen für die Einrichtung und das Funktionieren der Notfall-Anlaufstellen geben. Im Hinblick auf eine effektive Bevölkerungswarnung sollten die Kat-L mit den lokalen Warnkonzepten der betreffenden Orte verknüpft werden. Die Ergebnisse, allem voran die Empfehlungen, werden im nächsten Schritt weiter aufgearbeitet, um sie Interessierten zur Verfügung stellen zu können.

Auch die Entwicklung von Piktogrammen zur Beschreibung von Katastrophenschutz-Leuchttürmen wurde in diesem Teilprojekt beauftragt. Die Piktogramme werden neben dem Abschlussbericht der Studie in der Mediathek der Projektwebsite als Download zur Verfügung gestellt.

Katastrophenschutz-Leuchttürme

Seit 2015 haben viele Kommunen und Länder Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstellen für die Bevölkerung in Krisensituation ausgebaut. Diese dienen dazu, die Menschen etwa bei einem längeren Stromausfall mit Informationen, Warnungen und Hilfsangeboten zu versorgen und nachbarschaftlichen Austausch zu ermöglichen. Kat-L werden alternativ zum Beispiel auch Notfall-Infopunkte oder Bevölkerungsschutz-Leuchttürme bezeichnet.

Handreichung zu Virtual Operations Support Teams

Der Nutzen und die Herausforderungen von Social Media für warnende Behörden sind groß – insbesondere in der

Krisenkommunikation (siehe Seite 10). Um Social Media in einer Krise berücksichtigen und dabei auch auf externe Unterstützung zurückgreifen zu können, entwickelte das ISF-Projekt in Kooperation mit dem Virtual Operations Support Team (kurz: VOST) des Technischen Hilfswerks (kurz: THW) eine praxisnahe Handreichung.

In der Handreichung wird die Zusammenarbeit zwischen Behörden und VOST beschrieben. Ziele sind,

- Wissen über den Einsatz von VOST zu verbreiten und
- Informationen zu vermitteln, wie ein VOST anzufordern und einzusetzen ist, wenn Behörden-Kapazitäten im Einsatz nicht (mehr) ausreichen, um die mediale Lage zu überblicken.

Beispielhaft werden in der Handreichung die Erfahrungen und Strukturen des VOST THW dargestellt. Diese Beschreibungen sollen sowohl über das VOST THW informieren als auch Anregungen für den Auf- oder Ausbau eigener Social-Media-Strukturen geben.

Teilprojekt im Bereich Warnkanäle

Satellitenwarndienst Galileo Emergency Warning Satellite Service

Die Europäische Kommission bietet dem Zivil- und Katastrophenschutz der EU-Mitgliedsstaaten mit dem europäischen Satellitennavigationssystem Galileo zukünftig einen Dienst zur Übertragung und Ausgabe von Warnmeldungen an mobile Endgeräte an: den Galileo Emergency Warning Satellite Service (kurz: GEWSS).

Gemeinsam mit dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen und der Feuerwehr Leverkusen richtete das ISF-Projekt im Juni 2023 eine der vier Demonstrationen des Prototyps aus. Beim Abschlussworkshop im April 2024 flossen seitens des ISF-Projektes erste Ergebnisse und Analysen in das Feedback an den zukünftigen Betreiber des GEWSS, die European Union Agency for the Space Programme (kurz: EUSPA), ein.

Im Abschlussbericht über die Einsatzfähigkeit von GEWSS im deutschen Kontext kommt das ISF-Projekt zum Ergebnis, dass der Warnkanal hohes Potenzial bei geographisch ausgedehnten Ereignissen hat, bei denen terrestrische Übertragungswege ausfallen. Für einen erfolgreichen Einsatz im deutschen Warnsystem müssen

³ Katastrophenschutz-Leuchttürme – Erfahrungen, Good Practice und Hindernisse in der Umsetzung des Basis-Konzeptes Katastrophenschutz-Leuchttürme unter Berücksichtigung ihrer Versorgung im Warnsystem (2025).



Die Projektbegleitende Arbeitsgruppe des ISF-Projektes im Oktober 2023. (Quelle: ISF-Projekt Warnung der Bevölkerung)

jedoch noch technische Hürden gemeistert werden. Das ISF-Projekt empfiehlt, die Entwicklung des GEWSS aktiv weiterzuverfolgen.

Öffentlichkeitsarbeit

Einhergehend mit dem Start des dritten Projektteils im Frühjahr 2023 wurde die Projektwebsite komplett überarbeitet und relauncht. Die Website bietet Informationen rund um das Projekt sowie rund um die Projektthemen MoWaS, Warneffektivität und Warnkanäle. Kernstück ist die Mediathek: Hier sind alle im Projekt entstandenen Publikationen, Studien, Illustrationen, Filme und mehr enthalten. Die Website liegt auch in englischer und französischer Sprache vor und enthält darüber hinaus Informationen in Gebärdensprache sowie in Leichter Sprache.

Bund-Länder-Zusammenarbeit

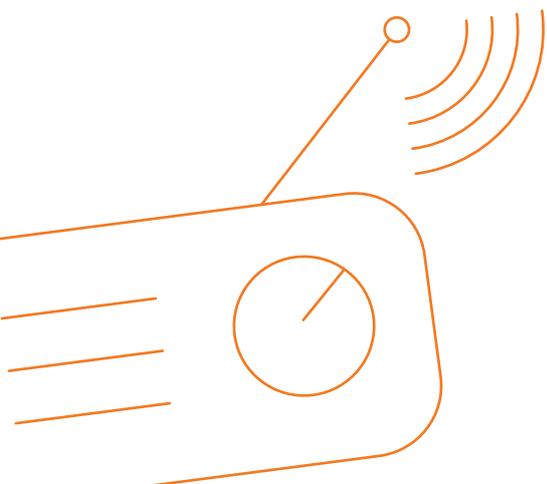
Die Projektbegleitende Arbeitsgruppe (kurz: PAG) des ISF-Projektes besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Länder und des Bundes. Sie traf sich im Jahr 2023 in Potsdam und im Jahr 2024 in Schwerin zum gemeinsamen Austausch über die Entwicklung der verschiedenen Teil-

projekte sowie über die Projektentwicklung im Allgemeinen. Die regelmäßig stattfindenden Treffen bieten allen Teilnehmenden die Möglichkeit, länder- und bundes-spezifische Aspekte der Warnung kennen zu lernen und über die Diskussion in die Projektarbeit einfließen zu lassen. Der konstruktive Austausch miteinander bringt die Warnung der Bevölkerung inhaltlich weiter voran.

Dank seiner guten Verbindung zu den Ländern koordiniert das ISF-Team auch die Kommunikation zwischen Bund und Ländern bei den jährlichen Bundesweiten Warntagen.

Fazit

Aktuell entscheidet sich, ob das Bund-Länder-Projekt verlängert und die hier vorgenommene Forschungsarbeit sowie die Umsetzungen im Bereich der Bevölkerungswarnung weitergeführt werden können. Die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen sowie die Zunahme der durch den Klimawandel herbeigeführten Unwetterkatastrophen und die damit einhergehende Sensibilisierung der Menschen in Deutschland für die Themen Warnung und Vorsorge lassen dies wünschen.



Karin Scherer ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung. Das Projekt ist angesiedelt im Referat Grundlagen der Warnung des BBK.

Dashboard für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz

Forschungsprojekt Sokapi-R

Dr. Bo Tackenberg, Dr. Tim Lukas und Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich



Im Zeitraum vom 1.8.2021 bis 31.10.2024 förderte und begleitete das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) die Entwicklung eines Sozialkapital-Radars für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz (kurz: Sokapi-R) im Rahmen der Bekanntmachung „Kurz- und mittelfristige soziale Anpassungsprozesse der Bevölkerung in unterschiedlichen Zivil- und Katastrophenschutzlagen“ (02/2020). Die Ziele des Projekts Sokapi-R lagen in der Entwicklung eines geoinformationssystembasierten (kurz: GIS-basierten) Dashboards, mit dem sich interaktiv die kollektiven Selbsthilfefähigkeiten lokaler Gemeinschaften in Krisen und Katastrophen anhand von skalierbaren Stadtkarten und vor dem Hintergrund spezifischer sozialräumlicher Bedingungen besser nachvollziehen lassen. Auf dem Dashboard aufbauend wurden ergänzende Rahmenempfehlungen für die Risikoanalyse^{1*} im Bevölkerungsschutz abgeleitet, die modellhaft am Beispiel der Stadt Wuppertal entwickelt und im Austausch mit Entscheidungstragenden weiterer Kommunen validiert und angepasst wurden. Das Projekt knüpfte an Vorarbeiten im BMBF-Projekt „Resilienz durch Sozialen Zusammenhalt – Die Rolle von Organisationen“ (kurz: ResOrt) an und intensivierte die dortigen Analysen mit dem Ziel einer praxisbezogenen Übertragung in den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz.²

Forschungsdesign

Am Beispiel der Modellkommune Wuppertal wurde mittels innovativem, gemischt qualitativ-quantitativem Forschungsdesign³ untersucht, in welchem Zusammenhang sozialräumliche Stadtteilbedingungen mit sozialem Kapital (das heißt zivilgesellschaftlicher Partizipation und Vernetzung) und gegenseitiger Unterstützungsbereitschaft in Krisen und Katastrophen stehen. Um zu verstehen, wie sich

potenzielle kontextuelle Einflussfaktoren auf das lokale Sozialkapital über das Stadtgebiet kleinräumig verteilen, wurden zu Beginn des Projekts zunächst Sozialraumkartierungen aller 69 Quartiere Wuppertals angefertigt. Im Anschluss daran wurde eine quantitative, mehrsprachig umgesetzte Bevölkerungsbefragung in Wuppertal durchgeführt. Auf Basis der erhobenen Befragungsdaten konnte schließlich der in den Sozialraumkartierungen antizipierte Zusammenhang von Quartiersbedingungen und Sozialkapital sowie gegenseitiger Unterstützungsbereitschaft mittels Mehrebenenmodellierung statistisch überprüft werden. Ferner wurde mithilfe von Regressions- und Strukturgleichungsmodellen sowie einer Vignettenanalyse untersucht, in welchem Zusammenhang unterschiedliche Subdimensionen sozialen Kapitals – das heißt soziale Nachbarschaftsintegration, der wahrgenommene lokale Zusammenhalt und lokale Ortsverbundenheit – mit Formen der gegenseitigen Unterstützungsbereitschaft in Krisen und Katastrophen stehen. Die erhobenen Daten wurden anschließend kartiert und für die Integration in das Dashboard aufbereitet. Zusammen mit den verfügbaren kleinräumigen Sozialdaten der Stadt Wuppertal und weiteren relevanten georeferenzierten Daten wurde schließlich das interaktive und räumlich skalierbare GIS-basierte Dashboard zum Bevölkerungsverhalten in Krisen und Katastrophen entwickelt.

Zentrale Projektergebnisse⁴

Vignettenanalyse:

Im Rahmen der Befragung der Wuppertaler Bevölkerung zum Thema Unterstützungsbereitschaft im Wohngebiet wurde ein Faktorieller Survey (sogenannte Vignettenbefragung) durchgeführt. Die Befragten sollten anhand acht leicht veränderter Textvignetten jeweils beurteilen, ob eine fiktive Person namens Alex in der beschriebenen Situation Hilfe leisten sollte.⁵ Dabei wurden die Faktoren Reziprozität, Ortsverbundenheit und Hilfeleistung in einem 2x2x2

* Sämtliche Fußnoten des Artikels finden Sie online unter www.bbk.bund.de/magazin

Design variiert (siehe Abbildung 1). Die Urteile zu den Textvignetten lassen Rückschlüsse zum Geltungsbereich der Norm der Hilfeleistung zu. Die statistische Auswertung der Urteilsausprägungen lässt einerseits im Umkehrschluss auf Situationen schließen, in denen die Befragten eine Hilfeleistung erwarten. Zugleich sind gesellschaftlich gültige Normen als ein Spiegelbild der an die eigenen Handlungen angelegten normativen Entscheidungsmaßstäbe zu verstehen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Wuppertaler Befragten umso eher helfen, wenn:

1. sie in der Vergangenheit in einer ähnlichen Situation Hilfe erfahren haben,
2. ihr eigenes Wohngebiet betroffen ist und
3. es sich um Aufräumarbeiten handelt, also kein finanzieller Nachteil durch die Hilfe entsteht (siehe Abbildung 2).

Strukturgleichungsmodell:

Die Ergebnisse eines mit den Befragungsdaten gerechneten Strukturgleichungsmodells (siehe Abbildung 3) zeigen, dass die Wahrnehmung des lokalen Zusammenhalts (Kulturelle Dimension), die Verbundenheit mit dem eigenen Stadtteil und die soziale Nachbarschaftsintegration (Strukturelle Dimension) wesentliche Subdimensionen von sozialem Kapital sind. Sie alle haben einen signifikanten positiven Effekt auf die Bereitschaft der Befragten anderen in Krisen und Katastrophen zu helfen (Lukas und Tackenberg 2023). Die Unterstützungsbereitschaft steigt, je

1. optimistischer der Zusammenhalt im eigenen Wohngebiet wahrgenommen wird,
2. stärker die Verbundenheit mit dem eigenen Stadtteil ist und
3. häufiger man mit der direkten Nachbarschaft interagiert.

Mehrebenenmodellierung:

Mittels Mehrebenenregressionen wurden theorie- und hypothesengeleitet die Kontextabhängigkeit des wahrgenommenen Zusammenhalts, der sozialen Nachbarschaftsintegration, der lokalen Ortsverbundenheit und der eigenen Unterstützungsbereitschaft in unterschiedlichen Modellen überprüft. Als Kontextvariablen wurden die konzentrierte Benachteiligung, die Bevölkerungsdichte und die Fluktuation in die Berechnungen einbezogen. Dabei bestätigte sich ein statistischer Zusammenhang zwischen der konzentrierten Benachteiligung und dem lokalen Sozialkapital. Hiernach findet weniger soziale Interaktion mit der direkten Nachbarschaft statt und der lokale Zusammenhalt wird pessimistischer eingeschätzt, je höher die konzentrierte Benachteiligung im Stadtquartier ist. Das wiederum wirkt sich auf die Verbundenheit mit dem eigenen Stadtteil und der Bereitschaft aus, andere in Krisen und Katastrophen zu unterstützen. Durch einen vermittelten Effekt über die Wahrnehmung des sozialen Zusammenhalts, sinkt demnach die ereignisbezogene Hilfsbereitschaft im Quartier mit Anstieg der konzentrierten Benachteiligung.⁶

FAKTOR	AUSPRÄGUNGEN	
Reziprozität (A)	in einer ähnlichen Situation Hilfe von anderen bekommen (A1)	in einer ähnlichen Situation und hat keine Hilfe erfahren (A2)
Ortsverbundenheit (B)	in seinem Wohngebiet (B1)	in einem weiter entfernten Wohngebiet (B2)
Hilfeleistung (C)	Geldspenden (C1)	dringende Aufräumarbeiten (C2)

Abbildung 1: Operationalisierung der Vignetten-Faktoren im 2x2x2 Design. (Quelle: Tackenberg et al. 2023)



Abbildung 2: Vereinfachtes vollintegriertes Regressionsmodell der Vignettenanalyse (nur signifikante Effekte). (Quelle: eigene Darstellung, Tackenberg et al. 2023)

Entwicklung eines Sozialkapital-Radars

Die Daten aus der quantitativen Befragung wurden in Karten überführt und gemeinsam mit krisenrelevanten Sozialstruktur- und weiteren Raumdaten in ein interaktives, skalierbares Dashboard überführt.⁷ Mit dem Sozialkapital-Radar kann man beispielsweise eine Karte der konzentrierten Benachteiligung und des wahrgenommenen Zusammenhalts, quartierbezogene Indikatoren der konzentrierten Benachteiligung und des vertikalen Vertrauens, Gebäudestrukturen sowie eine Stadtkarte mit Points of Interest wie Polizei- und Feuerwehrwachen, Krankenhäusern, sozialen Orten und Sirenenstandorte anzeigen

lassen. Mithilfe des Dashboards sollen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger

1. vor allem in langanhaltenden Ereignisfällen schneller identifizieren können, wie die eigenen limitierten Ressourcen über das katastrophens- respektive krisenbetroffene Stadtgebiet effizient priorisiert und umverteilt werden können. Dadurch trägt das Dashboard zu einem effizienteren gesamtstaatlichen Management bei.

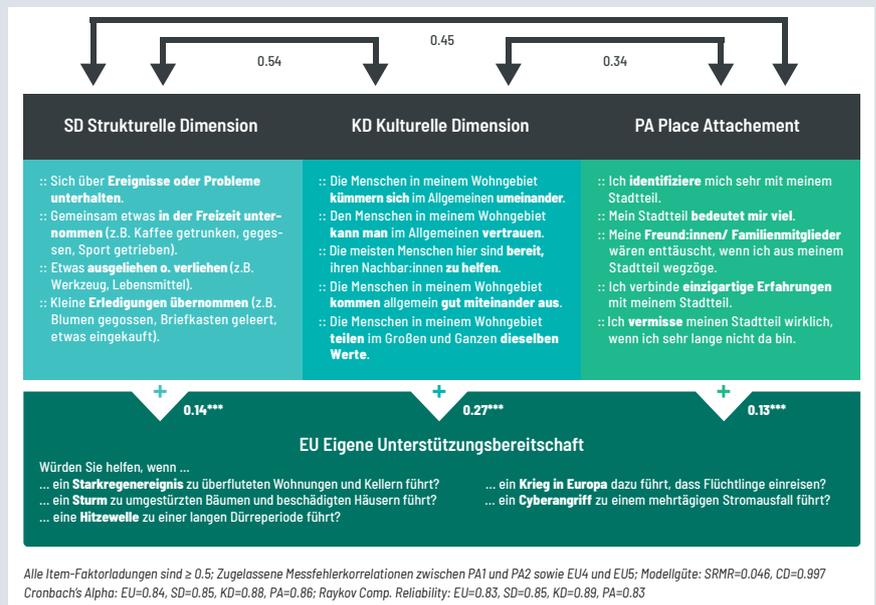
Zudem soll das Dashboard

2. als ereignisunabhängiges Werkzeug zur besseren sozialräumlichen Vernetzung von Bevölkerungsschutz-, Nachbarschaftsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Kommunalverwaltung und anderen Alltagsorganisationen beitragen. So gibt das Dashboard Aufschluss darüber, in welchen Stadtquartieren aufgrund benachteiligender sozialräumlicher Bedingungen in interorganisationaler Zusammenarbeit am Auf- und Ausbau der sozialen Infrastruktur gearbeitet werden muss, um die Resilienz lokaler Gemeinschaften zu erhöhen.

Fazit

Die vorliegende Studie offenbart Stellschrauben, um die Resilienz der Bevölkerung zu erhöhen. Die Ergebnisse der Vignettenanalyse veranschaulichen eindrücklich, welch hohen Stellenwert gesellschaftliche Werte und Normen für die Praxis des Bevölkerungsschutzes haben. Sie nehmen Einfluss auf die Entscheidungsfindung und somit auf das Verhalten von Individuen. Insbesondere für die Risiko- und Krisenkommunikation gehen damit Implikationen einher, die neben eher sachlicher Kommunikation von Informationen und Handlungsempfehlungen vor allem die Vermittlung von und den Appell an Gegenseitigkeitsnormen und Gemeinschaftsdenken beinhalten. Die Ergebnisse des Strukturgleichungsmodells belegen, dass die Basis gegenseitiger Unterstützung in Krisen und Katastrophen bereits im Alltag geschaffen wird. Alltägliche Prozesse des Miteinanders entscheiden mit darüber, wie belastbar jene sozialen Strukturen sind, aus denen sich die kollektive Selbsthilfefähigkeit in Krisen und Katastrophen speist. Die Mehrebenenmodelle und Sozialraumkartierungen zeigen jedoch, dass diese kollektiven Selbsthilfefähigkeiten (gegenseitige Unterstützungsbereitschaft)

Abbildung 3: Vereinfachtes Strukturgleichungsmodell (N=1.486) zum Verhältnis von sozialem Kapital und persönlicher Ortsverbundenheit gegenüber der Bereitschaft anderen in Krisen und Katastrophen zu helfen. (Quelle: eigene Darstellung, Lukas und Tackenberg 2023)



über das Stadtgebiet Wuppertals ungleich verteilt sind. Es bedarf daher einer stärkeren Sozialraumorientierung im Bevölkerungsschutz, wobei eine größere Vernetzung mit Kommunalverwaltungen, Wohlfahrtsverbänden, Nachbarschafts- und anderen Alltagsorganisationen im Vordergrund steht, um gemeinsam entlang sozialräumlicher Bedarfe am Auf- und Ausbau der sozialen Infrastruktur in Wohnquartieren mitzuwirken. Das Sozialkapital-Radar integriert eine Vielzahl verschiedener krisenrelevanter Daten und Informationen und zeigt einen evidenzbasierten Weg auf, wie die gesellschaftliche Resilienz ereignisunabhängig und bereits weit im Vorfeld von Krisen und Katastrophen kooperativ und ressortübergreifend gestärkt werden kann.

Das Literaturverzeichnis und Fußnoten finden Sie unter www.bbk.bund.de/magazin



Dr. Bo Tackenberg ist Mitarbeiter im BBK im Referat für Bevölkerungsverhalten in Krisen.
 Dr. Tim Lukas ist Diplom-Soziologe, Akademischer Oberrat und Forschungsgruppenleiter für Räumliche Kontexte von Risiko und Sicherheit an der Bergischen Universität Wuppertal.
 Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich ist Leiter des Lehrstuhls für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit der Bergischen Universität Wuppertal.

Die digitale Welt im Blick

Zur Zusammenarbeit von Virtual Operations Support Teams mit Behörden in der Gefahrenabwehr

Volker Tondorf, Tabea Klör und Alena Biegert

In verschiedensten Krisen ist es sinnvoll, neben der realen Lage vor Ort auch die digitale Lage zu erfassen. Dies kann Krisenstäben, Behörden und Einsatzorganisationen bei der Beurteilung und Bewältigung der Gesamtlage helfen: Welches Stimmungsbild zum Geschehen zeichnet sich auf Social Media-Plattformen ab? Formieren sich online Gruppen von Spontanhelfenden? Kursieren Falschinformationen, denen entgegengesteuert werden muss? Und wie reagiert die Bevölkerung auf Warnmeldungen?

Die digitale Lage in Krisen erfassen

Die digitale Lageerkundung nimmt Zeit und personelle Ressourcen in Anspruch. Wenn diese Aufgabe lokale Kapazitäten übersteigt, kann ein Virtual Operations Support Team (kurz: VOST) zur Unterstützung angefragt werden. Diese Teams von digital arbeitenden Freiwilligen mit besonderen Kenntnissen der Erfassung, Bewertung und Darstellung online verfügbarer Informationen haben sich in den letzten Jahren, unter anderem beim Technischen Hilfswerk (kurz: VOST THW), etabliert.

Grundsätzlich ist der Begriff des VOST in Deutschland nicht geschützt. Einige VOST, wie das VOST des Bundeslandes Baden-Württemberg (kurz: VOSTbw) operieren regional. Das VOST THW dagegen kommt bundesweit zum Einsatz und macht sich außerdem zur Aufgabe, einen Überblick über die deutschlandweit aktiven VOST bereitzustellen. Weiterhin vertritt es

Deutschland als Mitglied in der Vereinigung VOST Europe, welche das Ziel hat, VOST in ganz Europa zu vernetzen.

Um zuständigen Behörden, vor allem den unteren Katastrophenschutzbehörden, die Anforderung eines VOST zu erleichtern und die Zusammenarbeit möglichst

effektiv zu gestalten, ist im ISF-Projekt Warnung der Bevölkerung in Zusammenarbeit mit dem THW eine Publikation zur Zusammenarbeit zwischen Behörden in der Gefahrenabwehr und VOST entstanden, welche bald veröffentlicht wird.

ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung (s. S.3)

Seit Oktober 2016 arbeiten Bund und Länder im ISF Bund-Länder-Projekt Warnung der Bevölkerung gemeinsam daran, die Warnung in Deutschland zu verbessern. Das Projekt wird anteilig aus Mitteln des Inneren Sicherheitsfonds (kurz: ISF) der Europäischen Union sowie von Bund und Ländern finanziert. Das übergeordnete Projektziel ist es, Menschen in Deutschland bei Gefahren und in Krisen noch besser und effektiver zu warnen und informieren. Bund und Länder entwickeln hierzu gemeinsam Ideen und setzen diese durch verschiedene Projekte um. Angesiedelt ist das Projektteam im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) in Bonn.

Unterstützungsmöglichkeiten durch VOST

Ein VOST kann Katastrophenschutzbehörden bei der Bewertung einer Lage mit Informationen aus dem digitalen Raum unterstützen. Die Freiwilligen sichten öffentlich zugängliche Daten, zum Beispiel aus Social Media-Plattformen, bewerten diese und bereiten sie auf. Die Ergebnisse werden dann mit den Verantwortlichen zur weiteren Beurteilung geteilt. Die Informationen können beispielsweise bei der Erkennung möglicher Einsatzschwerpunkte helfen oder Reaktionen auf eine Warnung erfassen, die Hinweise auf deren Effektivität und mögliche Verbesserungspotentiale geben.

Eine der wesentlichen Aufgaben eines VOST ist die digitale Lageerkundung. Dabei suchen die Mitglieder öffentlich zugängliche Quellen nach lagerelevanten Informationen ab. Dies kann manuell oder mit Hilfe von Tools zur Verarbeitung großer Datenmengen geschehen. Wo

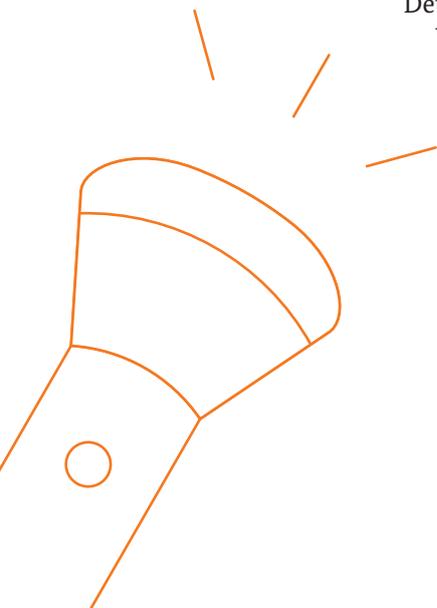




Abbildung 1: Das VOST THW im Einsatz im International Police Cooperation Center (kurz: IPCC) während der EURO 2024. (Quelle: VOST THW)

möglich, werden diese Daten verifiziert und auf Falsch- und Desinformation untersucht, etwa zum Beispiel über eine Bilderrückwärtssuche oder die Überprüfung verantwortlicher Accounts.

Die andere wesentliche Aufgabe ist die digitale Lagekartierung. Die vorher erfassten Daten können hierbei zur weiteren Verwendung im Stab aufbereitet werden. Unterstützt wird dies oftmals durch die vorhandenen Erfahrungen in der Anwendung von geographischen Informationssystemen (kurz: GIS) und der Lokalisierung von Social Media-Daten. Dabei können lagerelevante Daten durch ein Dashboard oder andere Darstellungsmöglichkeiten visualisiert werden. Beide Vorgehensweisen ergänzen sich: Die digitale Lageerkundung liefert Hinweise und Kontext, aus denen die Lagekartierung konkrete, nutzenorientierte Bilder erzeugt.

Mit VOST zusammenarbeiten

VOST müssen von einer anforderungsberechtigten Stelle aktiv angefragt werden. Die Anfrage ist bei Ereignissen zu empfehlen, die eine so große Resonanz in Social Media hervorrufen, dass eigene Ressourcen oder Kenntnisse und Fähigkeiten zur digitalen Lageerfassung nicht ausreichen.

Wenn möglich, sollte eine Zusammenarbeit im Vorfeld gründlich vorbereitet werden. Hierbei ist beispielsweise die Bereitstellung von Informationen zu schon bestehenden Strukturen, wie zum Beispiel Social Media-Arbeit der anfordernden Behörde, sehr sinnvoll. Ebenso kann eine schriftliche Ausarbeitung der Zusammenarbeit in bestehende Warn- oder Krisenkommunikationskonzepte aufgenommen werden. Einige Anhaltspunkte für die Vorbereitung können zudem folgende Fragen geben:

- Welches VOST soll bei Bedarf angefordert werden?
- Welche Aufgaben soll ein VOST im Einsatz übernehmen?
- Welche Informationen (zum Beispiel Geodaten, Informationen zu lokalen Social Media-Landschaft) können einem VOST zur Verfügung gestellt werden?
- Wie soll ein VOST im Einsatz angebunden werden?
- Welchen Zeitraum soll der Einsatz des VOST abdecken?
- Wie kann der Einsatz eines VOST bei Übungen, Aus- und Fortbildung berücksichtigt werden?

Im Rahmen eines realistischen Erwartungsmanagement und zur guten Zusammenarbeit im Einsatz ist es wichtig, die Grenzen der Möglichkeiten eines VOST zu kennen. So kann es passieren, dass auch beim Einsatz eines erfahrenen und qualifizierten VOST Informationen aus Social Media nicht rechtzeitig identifiziert oder falsch bewertet werden können. Zudem kann die Aktivität der Bevölkerung in Social Media in manchen Regionen aufgrund lokalspezifischer Gegebenheiten wie die vorherrschende Altersstruktur zum Beispiel gering sein. Dies kann den möglichen Informationsgewinn stark einschränken.

Die folgenden zwei Einsatzbeispiele geben einen Einblick in die Arbeit des VOST THW und verdeutlichen, welchen Mehrwert ein VOST bieten kann.

Das VOST THW im Einsatz

Digitale Lagekartierung bei der Hochwasserkatastrophe in Niedersachsen 2023/2024

Ein Beispiel für den Einsatz des VOST THW ist die schwere Hochwasserkatastrophe in Niedersachsen im Winter 2023/2024. Hierbei spielte das VOST THW eine wesentliche Rolle bei der digitalen Lagekartierung als operatives Stabsinstrument. Bei dem Ereignis setzten zahlreiche

THW-Ortsverbände vor Ort mobile Pumpen, Sandsäcke und Deichverteidigungsmaßnahmen ein. Um das Lageverständnis der eingesetzten Krisenstäbe zu erweitern, sammelte das VOST parallel strukturiert Pegel- und wertete zahlreiche Internetdatenquellen aus. Über ein interaktives Dashboard wurden Live-Pegelstände (und deren zeitlicher Verlauf) mobiler Pegelmessstationen integriert und georeferenzierte Satelliten- und Drohnen- aufnahmen einbezogen. So waren die Krisenstäbe nahezu in Echtzeit darüber informiert, welche Gebiete akut von Überschwemmung betroffen waren und welche Infrastruktur (Straßenabschnitte, Bahnlinien, etc.) gefährdet war. Parallel filterte das VOST Informationen aus Social Media (zum Beispiel Berichte zum Schadensmaß, Auftreten von Spontanhelfenden-Gruppierungen), prüfte deren Relevanz und fügte verifizierte Inhalte der Lagekarte hinzu.

Ein Novum in diesem Einsatz war ebenfalls die Programmierung eines webbasierten Interface, zu Erleichterung der Arbeit der eingesetzten Deichläufer. Die zur Zustandskontrolle der Deiche eingesetzten Personen konnten mögliche Deichschäden per Foto in der Applikation dokumentieren, wobei ihr genauer Standort automatisch erfasst wurde. Auf Grundlage dessen konnte dann ein Technischer Berater des Hochwasserschutzes

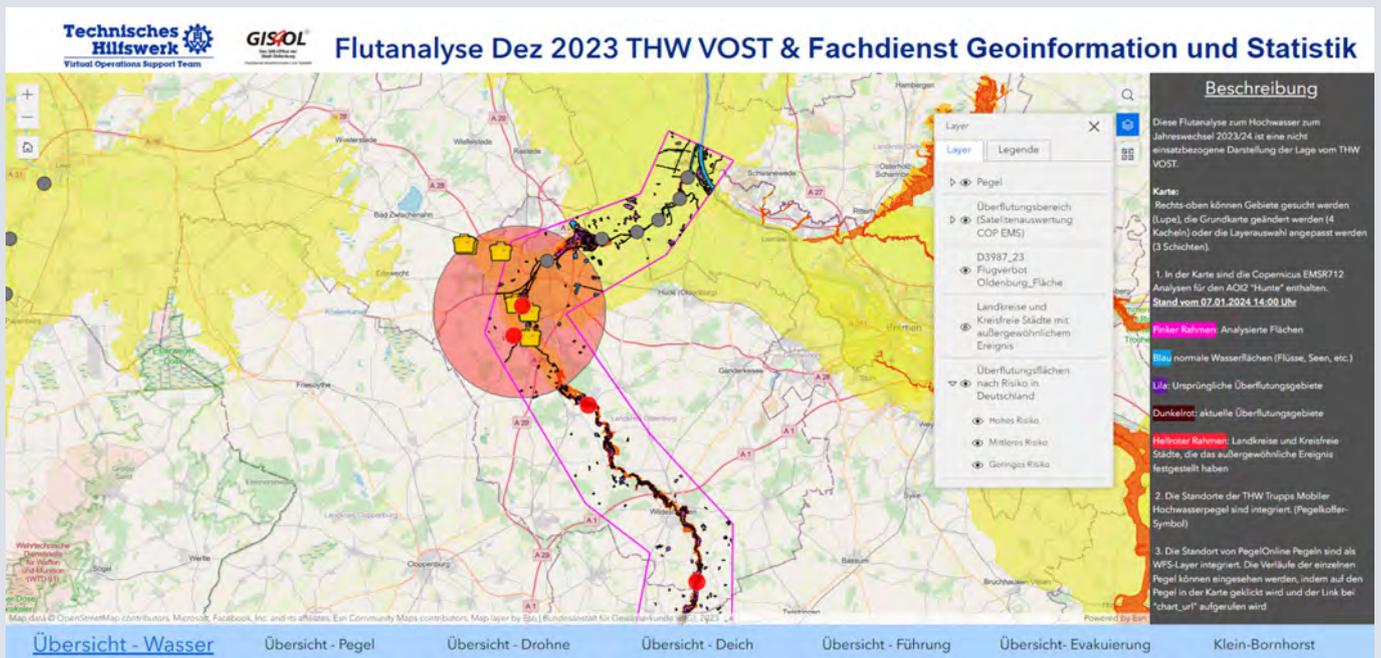


Abbildung 2: Digitale Lagekarte des Weihnachtshochwassers 2023/2024. (Quelle: VOST THW)

und der Deichverteidigung unmittelbar eine Bewertung vornehmen; anschließend erfolgte die Integration des bewerteten Deichabschnitts in die digitale Lagekarte. Die digitale Lagekarte bildete eine Grundlage für die taktischen Entscheidungen. Ebenso konnte der kontinuierliche digitale Lageüberblick situative Priorisierungen und synergetische Einsatzplanungen der THW-Vor-Ort-Kräfte sowie der Krisenstäbe ermöglichen.

Digitale Lageerkundung während der EURO 2024

Während der Fußball-Europameisterschaft EURO 2024 demonstrierte das VOST im International Police Cooperation Center (kurz: IPCC) in Neuss sein Können in der digitalen Lageerkundung über Open-Source-Intelligence (kurz: OSINT). In diesem Fall diente zwar auch eine digitale Lagekarte der Veranschaulichung, zentral war aber die kontinuierliche Gewinnung und Analyse aktueller Lagehinweise aus dem digitalen Raum. Für die EURO 2024 bestand die spezielle Aufgabe darin, auf Social Media-Plattformen, News-Feeds und in öffentlichen Chatgruppen anhand von Algorithmen und manueller Recherche potenzielle Gefährdungshinweise im Rahmen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr frühzeitig zu identifizieren. Das VOST dokumentierte Fanbewegungen, erkannte via YouTube-Livestreams wetterbedingte Gefahren im Veranstaltungsumfeld und wies auf kursierende Falschmeldungen hin. Alle Funde wurden systematisch geprüft und bewertet. Daraus entstand ein digitales Lagebild, das Lageführungsstäben der Polizei und den verschiedenen Behörden im IPCC half, zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen. Die Stärke dieser digitalen Lageerkundung lag in der Echtzeit-Erkennung von Situationsdynamiken, während derer klassische Meldewege nicht ausreichend oder zu träge gewesen wären.

Fazit

Die Beispiele zeigen den Unterschied der schon beschriebenen wesentlichen VOST-Arbeitsfelder: Bei der Lagekartierung entstand ein digitales, georeferenziertes Bild einer Flächenlage, welches kontinuierlich zur Lageübersicht beitrug. Bei der Lageerkundung hingegen ging es um das Aufdecken, Prüfen und Bewerten von ursprünglich fragmentarischen Informationen aus dem digitalen Raum, die ohne VOST ungenutzt geblieben wären.

Dieser integrierte Ansatz aus OSINT-Lageerkundung und datengetriebener Lagekartierung kann sich als



wichtiger Faktor in der modernen Krisensteuerung im Bevölkerungsschutz erweisen: Das VOST wird zu einem Schlüsselakteur, weil es digitale Informationsströme zur Vervollständigung des Lagebildes und damit des Lageverständnisses nutzt. Seine digitale Expertise macht es möglich, schneller, treffsicherer und faktenbasierter zu agieren – sowohl visuell anhand von Karten als auch inhaltlich anhand geprüfter Daten.

Um den Mehrwert eines VOST effektiv nutzen zu können, ist es wichtig sich schon im Vorhinein mit potentiellen Möglichkeiten der Zusammenarbeit auseinanderzusetzen. Eine passende Hilfestellung kann hier die bald veröffentlichte Publikation des ISF-Projektes geben, welche voraussichtlich Ende des Jahres 2025 auf der Website des ISF-Projekts Warnung der Bevölkerung verfügbar sein wird.

Hier geht's zur Webseite des ISF-Projektes:
www.warnung-der-bevoelkerung.de





Abbildung 1: Ungebundene Helfende und Einsatzkräfte Hand in Hand bei einer Katastrophenschutzübung in Attendorf im August 2024.
(Quelle: Kevin Nehring Media)

Mobile Helfer – Die sinnvolle Ergänzung im Bevölkerungsschutz

Ungebundene Helfende strukturiert, planbar und sicher koordinieren

Stefan Hanke

Zunehmende Krisen und Bedrohungen durch klimatische, geopolitische und gesellschaftliche Entwicklungen stellen den Bevölkerungsschutz in Deutschland vor große Herausforderungen. Die bestehenden Katastrophenschutz-einheiten stoßen personell an ihre Grenzen. Gleichzeitig zeigt sich in jeder Lage eine starke Hilfsbereitschaft in der

Bevölkerung – aber immer weniger Menschen sind bereit, sich langfristig und gebunden zu engagieren.

Das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) beauftragte Projekt der Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe (kurz: BAGEH) Mobile Helfer setzt genau hier an: Ziel ist es, Freiwillige frühzeitig

als ungebundene Helfende zu registrieren, sie niedrigschwellig zu qualifizieren und im Einsatzfall bedarfsgerecht zu alarmieren. So entsteht eine koordinierte, flexible und zugleich verlässliche Ergänzung zum bestehenden Katastrophenschutz.

Hilfsbereitschaft als Grundstein

Die Einbindung der Bevölkerung als sogenannte zivile Reserve gewinnt in der Gefahrenabwehr zunehmend an Bedeutung. Dabei wurde die ungebrochene Hilfsbereitschaft der Bevölkerung in der Vergangenheit immer wieder eindrucksvoll demonstriert: Bei der Flutkatastrophe im Ahrtal 2021 oder bei der Betreuung geflüchteter Menschen aus der Ukraine. Die Menschen sind bereit, flexibel Zeit zu investieren und lange Wege auf sich zu nehmen, um vor Ort Hilfe zu leisten.

Ganzheitlicher Ansatz des Mobile Helfer-Konzepts

Um diese wertvolle Ressource bestmöglich nutzen zu können, ist es zwingend notwendig, Strukturen zu schaffen, mit denen die Freiwilligen koordiniert und systematisch in die Einsätze eingebunden werden. Zu diesem Zweck sollten die Freiwilligen idealerweise schon vor der Lage erfasst und registriert werden, sodass sie im Katastrophenfall als ungebundene Helfende von Anfang an zielgerichtet gesteuert und bedarfsgerecht in den Einsatz integriert werden können. Ein weiterer Vorteil der frühzeitigen Erfassung ist der, dass die ungebundenen Helfenden vorab niedrigschwellig ausgebildet werden können (beispielsweise durch Lernvideos oder Präsenzkurse), sodass sie deutlich besser vorbereitet in Bevölkerungsschutzeinsätze gehen.

Die Mobile Helfer-Initiative betont die entscheidende Rolle von ungebundenen Helfenden im Bevölkerungsschutz und schließt in ihr ganzheitliches Konzept die **vier Erfolgsfaktoren** Alarmieren und Registrieren, Motivieren und Betreuen, Ausbilden und Fortbilden sowie Kommunizieren und Netzwerken ein.

Das Mobile Helfer-Konzept basiert auf einem System der Registrierung, Alarmierung, Betreuung und Qualifizierung, das seit 2022 entwickelt wurde und in diesem Jahr in mehreren Regionen in die Pilotierungsphase startet.

Neben dem technischen Alarmierungs- und Registrierungssystem sind weitere zentrale Elemente des Konzepts das aktive Ehrenamtsmanagement sowie die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Mobilien Helfer. So wird die Basis für eine effektive Mitwirkung und eine langfristige Bindung geschaffen – auch über den Katastrophenfall hinaus.

Ein Web-Einsatzplaner als Koordinierungsschnittstelle

Der Mobile Helfer-Einsatzplaner ist ein browserbasiertes Planungs- und Koordinationsinstrument zur strukturierten Einbindung ungebundener Helfender in Einsätze. Mit Zugriff auf die bundesweite Helferdatenbank ermöglicht der Planer den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (kurz: BOS), Einsatzanfragen gezielt an Personen zu übermitteln, die sich über die Mobile Helfer-App vorab freiwillig registriert haben.

Der Einsatzplaner arbeitet unabhängig von bestehenden Einsatzleitsystemen. Das reine Websystem ist ortsunabhängig nutzbar und erfordert keine zusätzliche Softwareinstallation. Im Profil der jeweiligen Gebietskörperschaft (kurz: GBKS) lassen sich individuelle Vorlagen, Textbausteine und Ansprechpersonen hinterlegen. Die Möglichkeit zur Begrenzung von Teilnehmerzahlen verhindert einen unkontrollierten Zulauf. Detaillierte Einsatzbeschreibungen, Packlisten und Kurzlerninhalte stellen sicher, dass die Helfenden gut vorbereitet zur richtigen Zeit am richtigen Ort eintreffen und besser einschätzen können, was sie erwartet. So können spontane Hilfsangebote in geordnete Abläufe überführt werden.

Zentrale Koordination und Betreuung am Einsatzort

Vor Ort übernehmen benannte Einsatzkoordinatorinnen und -koordinatoren die Betreuung der Helfenden, stehen für Rückfragen zur Verfügung und sorgen für eine reibungslose Anbindung an die Führungsstruktur. Sie berichten zugleich in die Krisen- oder Verwaltungsstäbe zurück und unterstützen die Einsatzdokumentation, die mit dem Einsatzplaner und dem digitalen Check-in und -out nutzerfreundlich und selbsterklärend gestaltet ist.

Abbildung 2: Einblick in den Mobile Helfer-Einsatzplaner. (Quelle: Johanniter)

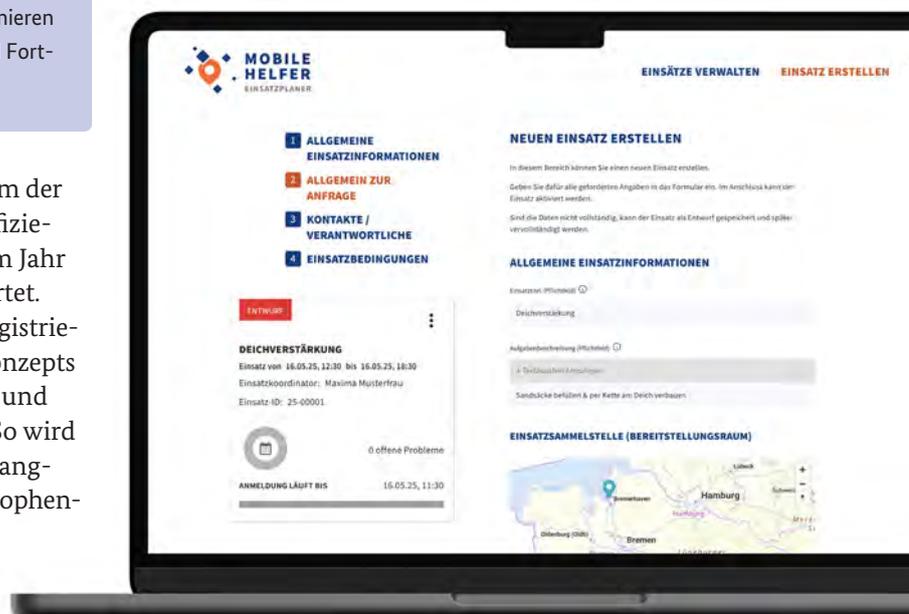




Abbildung 3: Die Mobile Helfer-App. (Quelle: Johanniter)

Mit dem aufeinander abgestimmten Alarmierungssystem bestehend aus Einsatzplaner und App gelingt die Einbindung und Koordination von ungebundenen Helfenden schnell und sicher – so kann **das volle Potenzial der ungebundenen Hilfe genutzt** werden und zur Entlastung der Fach- und Einsatzkräfte beitragen.

Eine App als zentrales Werkzeug zur Aktivierung

Die Mobile Helfer-App, die sich aktuell noch in Entwicklung befindet, soll zukünftig eine schnelle Registrierung, gezielte Alarmierung und kontinuierliche Kommunikation (via Push-Benachrichtigung oder E-Mail) ermöglichen. Dabei ist sie gedacht für eine Anwendung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Lage – ohne aufwändige Bürokratie oder technische Hürden.

Die Registrierung ist in wenigen Minuten abgeschlossen. Interessierte Helfende (teilnahmeberechtigt sind Personen ab 18 Jahren) melden sich selbstständig in der Mobile Helfer-App an und hinterlegen die wichtigsten Informationen

in ihrem Profil. Es werden nur die notwendigsten Daten erfasst, denn Datensparsamkeit und -schutz haben höchste Priorität.

Individuell helfen

Nach erfolgreicher Registrierung können die Engagierten flexibel und selbstbestimmt als Mobile Helfer tätig werden – mit einem klaren Fokus auf Freiwilligkeit. Helfende können gezielt Regionen – beispielsweise ein Bundesland – auswählen, aus denen sie Einsatzanfragen erhalten möchten. So werden ausschließlich relevante Angebote übermittelt. Im Einsatzfall werden sie direkt über die App benachrichtigt und erhalten alle wichtigen Informationen inklusive Treffpunkt, Einsatzzeit, Kontaktperson und Hinweise zur Vorbereitung. Ob ein Einsatz angenommen oder abgelehnt wird, bestimmen die Helfenden selbst, je nach zeitlicher Verfügbarkeit und Kapazität.

Frei engagiert – gezielt eingebunden durch Aktives Ehrenamtsmanagement

Zur Gewährleistung der langfristigen Bindung und damit dauerhaften Verfügbarkeit der Mobilien Helfer setzt das Projekt auf das Aktive Ehrenamtsmanagement (kurz: AEM). Dieses bewährte Konzept mit Maßnahmen, insbesondere kommunikativer Art, aus vier Handlungsfeldern sorgt dafür, dass die Bereitschaft und Motivation der Ehrenamtlichen nachhaltig hochgehalten werden. Dadurch wird das gesamte Vorhaben, Mobile Helfer in außergewöhnlichen Notlagen einzubinden, auf ein tragfähiges und vor allem dauerhaft funktionierendes Fundament gestellt. Bei der Umsetzung unterstützt der Mobile Retter e. V. mit seiner langjährigen Expertise aus dem Bereich der Smartphone-basierten Ersthelfer-Alarmierung und bringt so die notwendige Erfahrung im Umgang mit Ehrenamtlichen ein.

Die vier Handlungsfelder des AEM

Rekrutierung: Registrierung von ungebundenen Helfenden als Mobile Helfer

Betreuung und Schutz: Regionale und überregionale Kontaktmöglichkeiten zu den Helfenden sowie Aus- und Fortbildungsangebote zur Stärkung des Selbstschutzes und zur Förderung der Resilienz

Motivation und Bindung: Mobile Helfer als lebendige Plattform, die durch Wertschätzung ein Gemeinschaftsgefühl entstehen lässt, auch außerhalb von Notlagen

Reaktivierung: Rückgewinnung von inaktiven Mobilien Helfern

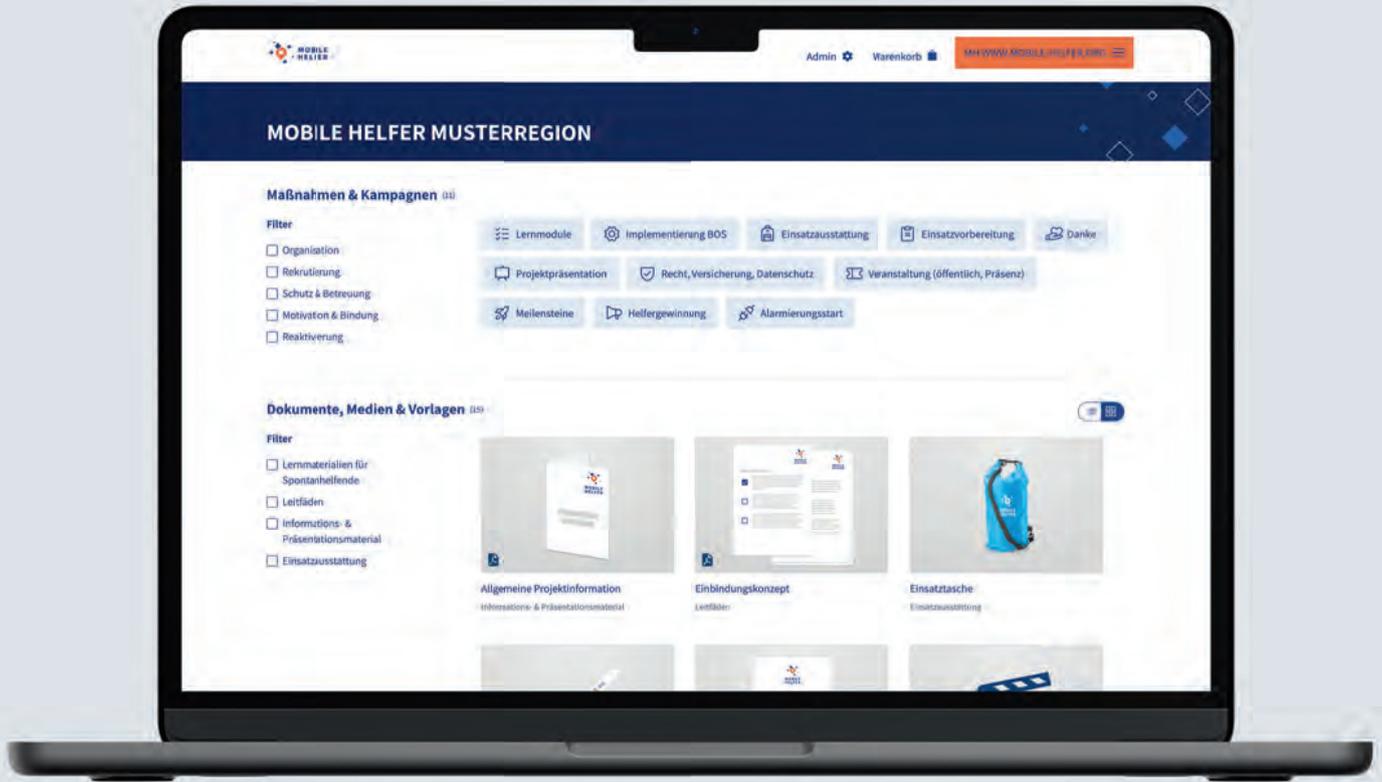


Abbildung 4: Einblick in das Mobile Helfer-Infoportal. (Quelle: Johanniter)

Aktives Ehrenamtsmanagement ist also der Schlüssel für ein langfristig zuverlässiges System und dient dazu, GBKS bei einer optimalen Nutzung der wertvollen Ressource ungebundener Helfer*innen zu unterstützen. Nur so wird sie eine tragfähige und damit wirklich sinnvolle Ergänzung des Bevölkerungsschutzes.

Die Betreuung sowie die Kommunikation mit den Mobil Helfern erfolgen im Rahmen des AEM komplexer durch überregionale und regionale Strukturen. Auf überregionaler Ebene sorgt die Mobile Helfer-Initiative für kontinuierliche Kommunikation. So beispielsweise mittels Social Media und Newsletter, um über aktuelle Entwicklungen und Mitmachangebote zu informieren oder über erfolgreiche Einsätze in anderen Regionen zu berichten. Ergänzend können die GBKS auf regionaler Ebene aus einem flexiblen Maßnahmenbaukasten geeignete Betreuungsmaßnahmen auswählen und eigenständig umsetzen. Sie können etwa zu Katastrophenschutzübungen einladen, einen Tag der offenen Tür für

Interessierte veranstalten oder eine regionale Werbekampagne zur Rekrutierung planen. Zur Unterstützung dieser Maßnahmen finden die GBKS entsprechende Hilfen und vorgefertigte Materialien im Mobile Helfer-Infoportal.

Durch das koordinierte Zusammenwirken von Kommunikationsmaßnahmen aus der regionalen und überregionalen Betreuungsstruktur wird das Gemeinschaftsgefühl gesteigert und die Identifikation mit der Mobile Helfer-Initiative gestärkt.

Kompetenzen fördern, Sicherheit gewährleisten

Ziel ist es, die Mobil Helfern bereits vor einem möglichen Einsatz mit dem nötigen Wissen auszustatten und damit sowohl die eigene Sicherheit als auch die Effizienz im Einsatz zu erhöhen. Grundlage ist ein dreistufiges Engagement-Modell mit abgestuften Qualifizierungsanforderungen.

Die Mobil Helfern haben die Möglichkeit, sich über drei Engagement-Stufen einzubringen und zu entwickeln.



Abbildung 5: Die Mobile Helfer-Engagement-Stufen. (Quelle: Johanniter)

Je nachdem, in welcher Stufe sich die Person befindet, erhält sie passende Angebote zur Mitwirkung. Bei der Entwicklung und Umsetzung der AEM-Maßnahmen wird dabei stets die Motivation zum Stufenaufstieg berücksichtigt:

- **Stufe 1 – Einfach informieren:** Interessierte erhalten in der App unter anderem Basisinformationen zu rechtlichen Grundlagen oder Themen wie Selbstschutz und Vorsorgemaßnahmen für außerordentliche Notlagen. Hierzu sind keine Registrierung oder sonstige Angabe persönlicher Daten nötig.
- **Stufe 2 – Einfach mitmachen:** Nach der Registrierung erhalten die Mobilen Helfer Zugang zu ihrer persönlichen Lernplattform. Einsatzanfragen können erst ab dieser Stufe in der App eingesehen und angenommen werden.
- **Stufe 3 – Spezifisch mitwirken:** Mobile Helfer können basierend auf ihren in der App hinterlegten Fähigkeiten und Qualifikationen (zum Beispiel Pflegefachkräfte, Dolmetscher oder Dolmetscherinnen, Handwerksfachkräfte) für bestimmte Einsätze angefragt werden. Weitere vertiefende Lernmaterialien ergänzen das Angebot dieser Stufe.

Auf der sich in Entwicklung befindlichen Lernplattform werden niedrighschwellige Inhalte angeboten – von rechtlichen Grundlagen und Selbstschutzmaßnahmen bis hin zu einsatzspezifischen Schulungen etwa bei Hochwasser, Pandemien oder logistischen Herausforderungen. Alle registrierten Mobilen Helfer erhalten zukünftig automatisch Zugang zur Plattform. Sie können dort in ihrem eigenen Tempo lernen und ihren individuellen Fortschritt einsehen. Digitale Abzeichen (Badges) zeigen absolvierte Module an –

und ermöglichen eine gezieltere Einbindung in Einsätze. Die Plattform berücksichtigt dabei nicht nur die operative Vorbereitung, sondern bietet auch psychosoziale Inhalte zur Bewältigung von Belastungssituationen. Abgestimmt auf die jeweilige Engagementstufe werden die Inhalte der Lernplattform kontinuierlich erweitert – von der ersten Orientierung bis hin zur vertiefenden Spezialisierung.

Individuelle Einbindungsmöglichkeiten

Die Mobile Helfer-Plattform ermöglicht es den GBKS, gezielt auf regionale Gegebenheiten und Risiken zu reagieren. Ob Hochwasserschutz, Versorgungssicherheit oder regionale Katastrophenschutz-Leuchttürme – die Entscheidung, welche Fähigkeiten vermittelt und welche Personengruppen eingebunden werden sollen, liegt vollständig bei den verantwortlichen Stellen vor Ort. Die Mobile Helfer-Plattform bietet dafür die notwendige digitale Infrastruktur: von der Registrierung über die Qualifizierung bis hin zur gezielten Alarmierung. So leistet das Mobile Helfer-Projekt einen essentiellen Beitrag zur Stärkung der individuellen Selbsthilfe- und Einsatzfähigkeit sowie zur Förderung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz.

Ein wichtiger Grundsatz des Projekts

Jeder Mobile Helfer kommt sicher in den Einsatz hinein und sicher heraus.

Ein umfangreiches Ausbildungsprogramm

Ein ergänzender Baustein zur Stärkung der Resilienz in der Bevölkerung ist das bundesweit verfügbare Ausbildungsprogramm Erste Hilfe mit Selbstschutzzinhalten (kurz: ESHS). Das durch das BBK initiierte Programm vermittelt praxisorientierte Fähigkeiten, die es den Menschen ermöglichen, sich selbst und anderen im Zivilschutz wie auch im Katastrophenfall schnell und sicher zu helfen. Die Ausbildungskurse umfassen Themen wie erweiterte Erste Hilfe, die Betreuung von hilfebedürftigen Personen und die Vorbereitung auf Krisensituationen – etwa naturbedingte Katastrophen, Stromausfälle oder großflächige Evakuierungen. Gerade im Kontext der Mobile Helfer bietet ESHS einen niedrighwelligen Einstieg in den Bevölkerungsschutz.

Die Schulung kann über die Mobile Helfer-Plattform als freiwillige Zusatzqualifikation dokumentiert werden und dient damit zugleich als Brücke in ein weiterführendes Engagement: Absolventinnen und Absolventen des

Programms könnten sich über die Plattform registrieren und ihre Bereitschaft zur Unterstützung in Ausnahmesituationen erklären – etwa zur Entlastung stationärer Einrichtungen oder häuslicher Pflege. Auch das angedachte Programm der Pflegeunterstützungskräfte, welches perspektivisch durch das BBK koordiniert werden soll, ließe sich in das Mobile Helfer-System integrieren.

Vision und Zielsetzung des Projekts

Ziel ist der bundesweite Aufbau eines starken Netzwerkes von Mobilen Helfern, das nicht nur in der Not Hilfe leistet, sondern auch präventiv arbeitet, um den Bevölkerungsschutz zu stärken. Dabei will das Projekt eine Kultur der Hilfsbereitschaft und Solidarität schaffen, in der jede und jeder ermutigt und befähigt wird, als Teil der Mobile Helfer-Gemeinschaft aktiv zur Bewältigung von Krisen beizutragen.

Mobile Helfer ist ein Projekt von



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Weitere Infos unter
www.mobile-helfer.org



Stefan Hanke arbeitet im Geschäftsbereich Bildung der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. und leitet die Mobile Helfer-Initiative als Projektkoordinator

Mit zwei Klicks zur verlässlichen Information

Der Notfall-Monitor Niedersachsen – eine digitale Plattform für zentrale Risiko- und Krisenkommunikation im Bevölkerungsschutz

Michael Haase

Ausgangslage: Orientierung in komplexen Lagen

In Krisensituationen ist das Informationsbedürfnis besonders hoch – ob in unmittelbaren Gefahrenlagen oder in Phasen diffuser Unsicherheit, wie etwa während der Energiekrise mit einer drohenden Gasmangellage. Menschen suchen in solchen Situationen nach verständlicher, verlässlicher und aktueller Orientierung. Der Notfall-Monitor Niedersachsen (kurz: NfM) setzt genau hier an: als zentrale Plattform, die Informationen aus unterschiedlichen Quellen verständlich bündelt und strukturiert zugänglich macht. Damit beschreitet Niedersachsen einen neuen Weg in der staatlichen Krisenkommunikation – ressortübergreifend, zwischen Verwaltungsebenen abgestimmt und regelmäßig aktualisiert.

Entstehung aus der Pandemie-Erfahrung

Die DNA des Notfall-Monitors hat sich zuvor in einer anderen Krise herausgebildet: der Corona-Pandemie. Bereits ab März 2020 hat Niedersachsen eine zentrale Informationsseite bereitgestellt. Hier wurden tagesaktuell über alle Ebenen hinweg wichtige Inhalte gebündelt – von Bundesregelungen und Landesverordnungen über regionale Inzidenzentwicklung bis zu kommunalen Impfangeboten. In drei Jahren zählte die Seite knapp 165 Millionen Zugriffe – ein außergewöhnlicher Wert, gerade mit Blick auf rund acht Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in Niedersachsen. Diese breite Nutzung und Akzeptanz bildeten die Grundlage für die Übertragung des Modells auf weitere Krisen- und Notfalllagen – als dauerhaftes, themenübergreifendes Informationsangebot.

Informationsbrüche vermeiden – Zuständigkeitsgräben überbrücken

Krisenlagen machen ein grundsätzliches Problem sichtbar: Die Vielzahl verwaltungsrechtlicher Zuständigkeiten erschwert den Zugang zu klaren Informationen. Die unterschiedlichen Verwaltungsebenen – Bund, Länder,



(Quelle: StK Niedersachsen)

Kommunen – informieren in der Regel ausschließlich über den eigenen Aufgabenbereich. Dadurch entstehen Brüche und Lücken, gerade dann, wenn eine schnelle Orientierung gewünscht ist. Der NfM setzt hier an: Er bündelt Inhalte unabhängig von institutioneller Herkunft, ordnet sie thematisch und bereitet sie redaktionell auf. So entfällt für die Nutzenden die Notwendigkeit, Zuständigkeiten kennen zu müssen – relevante Informationen sind mit wenigen Klicks erreichbar.

Themenvielfalt und Praxisnähe

Das Spektrum des NfM reicht von akuten Hochwasserlagen über Waldbrand- und Hitzewarnungen, Hinweisen in Dürreperioden und Verhaltenstipps bei Unwettern bis hin zu Vorsorgethemen wie Notfallbevorratung und Warnsystemen. Der NfM erläutert die Funktionen der wichtigsten Warn-Apps. Er empfiehlt ausdrücklich die Warn-App NINA als bundeseinheitliche Basislösung – und zeigt ergänzend, wie und wo die regionalen Systeme KATWARN und BIWAPP in Niedersachsen kommunal eingesetzt werden. Auch die wachsende Bedeutung des Zivilschutzes

wird als ein Themenbereich aufbereitet. Alle Inhalte sind modular aufgebaut, flexibel erweiterbar und orientieren sich an den Informationsbedürfnissen der Bevölkerung.

Warnung, Verhalten, Hilfe – alles auf einer Seite

Eine Besonderheit des NfM ist die Kombination aus Warnungen, Verhaltensempfehlungen und der Benennung von Anlaufstellen. Je nach Lage werden regionale Warnhinweise, Karten (etwa bei Starkregen oder Hochwasser) und insbesondere konkrete Verhaltenstipps eingebündelt. Ergänzt wird dies durch eine Übersicht über wichtige Notfallkontakte – von Polizei und Feuerwehr bis zu psychosozialen Hilfen, Opferhilfe und Seelsorge.

Darüber hinaus begleitet der NfM auch die Phase nach einer Lage: etwa mit Informationen zur Schadensbeseitigung und zur Unterstützung bei der Bewältigung – wie nach dem Weihnachtshochwasser 2023 mit allen Hinweisen zu Hochwasserhilfen. Zugleich werden fortlaufend Pressemitteilungen der zuständigen Ministerien im Bevölkerungsschutz gebündelt, um einen Überblick über die entsprechenden Aktivitäten der Landesregierung darzustellen.

Strategische Kommunikation statt Dark Site

Während andere Organisationen eher auf sogenannte Dark Sites setzen, die erst im Ereignisfall aktiviert werden, verfolgt Niedersachsen einen dauerhaft sichtbaren Ansatz. Die Plattform ist stets online und wird so auch in ruhigeren Zeiten gepflegt. Sichtbarkeit vor der Krise ist entscheidend – denn Informationsbedarfe entstehen oft schon lange bevor ein Ereignis eintritt. Dieser Effekt zeigte sich bereits während der Corona-Pandemie: Die zentrale Seite wurde schon früh angeklickt und später dann zur maßgeblichen von vielen immer wieder genutzten Quelle – verlässlich, aktuell und vertraut.

Flexibel, lernend, weiterentwickelbar

Die Plattform ist als lernendes System angelegt. Rückmeldungen von Fachleuten und Bevölkerung, Erfahrungen und neue Lagen fließen kontinuierlich ein. Viele neue Situationen sind Anlass zur Weiterentwicklung – etwa durch Integration von Gefahrenkarten mit konkreten Hilfen oder die Darstellung betroffener Regionen bei Starkregen oder Waldbrandgefahr. Mit der anstehenden technischen Neugestaltung des Landesauftritts werden künftig zusätzliche Funktionen wie Pushnachrichten möglich.

Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene

In der Entwicklung des NfM spielt die Zusammenarbeit mit Kommunen eine zunehmend wichtige Rolle. In direkten Abstimmungen mit Landkreisen und Städten

wird geprüft, wie Kommunikation vor Ort durch den NfM ergänzt oder entlastet werden kann. Ziel ist ein Informationsangebot, das die regionale Risiko- und Krisenkommunikation unterstützt und nicht ersetzt.

Kommunikation in veränderter Sicherheitslage

Auch die sicherheitspolitischen Veränderungen – etwa infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine – haben Auswirkungen auf die Informationsbedarfe der Bevölkerung. Der NfM greift dies auf: mit Informationen zum Aufbau des Zivilschutzes, mit Antworten auf Fragen zur Verteidigung oder zum Umgang mit hybriden Bedrohungen. So informiert der NfM beispielsweise auch über mögliche Auswirkungen des Operationsplan Deutschland auf Niedersachsen. Erläutert werden auch die Unterschiede zwischen Katastrophen- und Zivilschutz.

Fazit: Risiko- und Krisenkommunikation im Wandel

Mit dem Notfall-Monitor Niedersachsen hat das Land einen konsequent nutzerorientierten Ansatz in der behördlichen Krisenkommunikation etabliert. Die Entscheidung, Informationen ressortübergreifend und unabhängig von Zuständigkeiten zu bündeln, war nicht nur konzeptionell, sondern auch organisatorisch ein anspruchsvoller Schritt – verbunden mit der bewussten Abkehr vom gewohnten Denken in Zuständigkeitsgrenzen. Dieser nicht immer einfache Prozess im Vorfeld zahlt sich heute aus: Nicht nur Bürgerinnen und Bürger finden schnell und zuverlässig Orientierung, auch Verwaltungen und Einsatzorganisationen erkennen zunehmend die Vorteile einer zentralen, abgestimmten Informationsquelle. Der NfM zeigt, dass moderne Risiko- und Krisenkommunikation nicht bei der Warnung aufhört – sondern dort beginnt, wo verständliche, zugängliche und abgestimmte Informationen bereitgestellt werden.

Den Notfall-Monitor Niedersachsen erreichen Sie unter:
www.niedersachsen.de/notfallmonitor



Michael Haase arbeitet seit 2020 in der Presse- und Informationsstelle der Niedersächsischen Landesregierung. Dort betreute er zunächst das Online-Portal zur Corona-Pandemie. Aus dieser Tätigkeit heraus entstand die Grundidee für den Notfall-Monitor Niedersachsen, der Ende 2023 online ging. Konzeption, inhaltliche Weiterentwicklung und operative Umsetzung begleitet er seither maßgeblich. Er ist außerdem Mitglied der BloAG ZV/ZMZ-UAG Risiko- und Krisenkommunikation in der Zivilen Verteidigung.

Wasser – Ressourcen nutzen, Risiken meistern

Das BBK und zahlreiche Teilnehmende präsentierten sich beim Bevölkerungsschutztag 2025 in Rostock

Cordelia Albert



Von Wasserrettung bis Trinkwassernotversorgung – dieses Jahr drehte sich vieles rund um das kühle Nass: Beim dritten gemeinsamen Bevölkerungsschutztag von Bund und Ländern, der am 12. Juli 2025 in Rostock stattfand, passte das Angebot der rund 20 Ausstellenden perfekt zur Kulisse der Hansestadt. Unter dem Motto „Wasser – Ressourcen nutzen, Risiken meistern“ präsentierten die Beteiligten den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern Wissenswertes zum Thema Bevölkerungsschutz. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) war als einer von drei Veranstaltern mittendrin dabei.

Boote ankerten am Rand des Geländes, dahinter der Blick auf die Weite des Wassers: Schon die Location auf der Haedgehalbinsel am südlichen Ufer der Unterwarnow neben dem Rostocker Stadthafen stimmte Ausstellende wie Besucherinnen und Besucher gleichermaßen auf das Motto ein. In diesem Jahr war das Land Mecklenburg-Vorpommern Mitveranstalter, und so war – nach Potsdam 2023 und Wiesbaden 2024 – die Hansestadt Rostock als Veranstaltungsort diesmal im Mittelpunkt des Geschehens.

Etwas ganz Besonderes war bereits der Start des Bevölkerungsschutztags: Thematisch passend fand der Presseempfang an Bord der BP 82 Bamberg statt, dem größten Einsatzschiff der Bundespolizei. Nach der Begrüßung durch den Kommandanten eröffnete punkt 10 Uhr Bundesinnenminister Alexander Dobrindt den



Abbildung 1: Illustrationen zum Bevölkerungsschutztag 2025. (Quelle: BBK)



Abbildung 2: Die Marching Band Lucky Cops der Bundespolizei sorgte erneut für musikalische Stimmung vor Ort – die BBK-Wasserflasche fest im Griff. (Quelle: BBK)



Abbildung 3: Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und BBK-Präsident Ralph Tiesler im Gespräch mit Besucherinnen und Besuchern. (Quelle: Michael Grabe, Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern)

Bevölkerungsschutztag zusammen mit Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Christian Pegel und dem Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Ralph Tiesler sowie dem stellvertretenden Oberbürgermeister der Stadt Rostock Chris von Wrycz Rekowski. Die Minister und der Präsident gaben einen Ausblick auf den bevorstehenden Veranstaltungstag und stellten Neuerungen im Bevölkerungsschutz vor.

„Der Bevölkerungsschutztag in Rostock war ein starkes Zeichen für einen modernen, anfassbaren Bevölkerungsschutz. Wir haben gezeigt, dass Vorsorge kein abstraktes Thema ist – sondern etwas, das jede und jeder selbst mitgestalten kann. Denn selbst in einem Land wie unserem mit einem sehr gut aufgestellten Bevölkerungsschutz kann staatliche und professionelle Hilfe in sehr großen Lagen nicht sofort und gleichzeitig überall sein. Dann kommt es auf die Mithilfe und Vorsorge jedes Einzelnen an. In Rostock haben wir erlebt, dass immer mehr Menschen sich dafür interessieren.“

Ralph Tiesler, BBK-Präsident

Anschließend besuchten die Minister und der Präsident mit Gästen einige Stände von Akteuren des Bevölkerungs-

schutztages. Der Rundgang führte zuerst an den Stand des BBK, wo Präsident Ralph Tiesler die Minister ausgiebig über die Neuerungen in der Warn-App NINA und die Angebote zu Notfallvorsorge und Notgepäck informierte. Es folgten die Stände der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (kurz: BLE), des Deutschen Wetterdienstes (kurz: DWD), das Boot des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (kurz: BSH) und ein Mehrzweckboot mit Kran der Fachgruppe Wassergefahren der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (kurz: THW). Die Delegation machte außerdem Halt beim Stand des Landkreises Rostock, wo Einsatzkräfte eine Strecke zur Dekontamination Verletzter aufgebaut hatten. Zuletzt stellten sich mit den Rettungshundestaffeln des Arbeiter-Samariter-Bundes (kurz: ASB) und der Johanniter-Unfall-Hilfe (kurz: JUH) gemischte Teams aus zwei- und vierbeinigen Bevölkerungsschützern vor.

Ein vielseitiges Programm

Den Besucherinnen und Besuchern, die aus der Hansestadt und dem Umland kamen, aber auch den vielen Ostsee-Feriengästen bot sich ein informatives und vielseitiges Programm rund um den Bevölkerungsschutz in Deutschland. Während auf Booten regelmäßige Vorführungen stattfanden, präsentierten sich auf dem Gelände der Haedgelhalbinsel zahlreiche Zelte und Aktionsflächen von Akteuren der Feuerwehren und der



Abbildung 4: Am BBK-Stand gab es viel zu entdecken und einzupacken. (Quelle: BBK)



Abbildung 6: Stellvertretender Oberbürgermeister Rostocks Chris von Wrycz Rekowski, Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Christian Pegel, BBK-Präsident Ralph Tiesler, Bundesinnenminister Alexander Dobrindt, Admiral Ulrich Reinke und Kommandant Mario Hermann (von links nach rechts). (Quelle: Michael Grabe, Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern)



Abbildung 7: Das Gelände auf der Haedgehalbinsel bot genug Platz für diverse Stände und Erlebnisse für alle Teilnehmenden. (Quelle: BBK)



Abbildung 5: Was gehört ins Notgepäck? Auch dazu informierte das BBK die Besucherinnen und Besucher. (Quelle: BBK)

Hilfsorganisationen sowie weiteren Einrichtungen und Organisationen, Länder- und Bundesministerien, die die Menschen informierten und in Gesprächen viele Fragen beantworteten. Was zeichnet Trinkwasser aus und wie groß sollte ein Notvorrat sein? Wie verhalte ich mich bei Hochwasser und wie gehe ich mit Sturmflut-Warnungen um?

Probewarnung in der Warn-App NINA

Doch auch wichtige Themen abseits des Mottos standen in Rostock auf dem Programm. So stellte das BBK die Neuerungen rund um die Warn-App NINA vor, die in diesem Jahr zehn Jahre alt wird und pünktlich zum Bevölkerungsschutztag ein umfangreiches Update erhielt: Die Warn-App NINA wird um einen zusätzlichen Warnbereich erweitert – um Warnmeldungen der deutschen Polizeibehörden. Die Polizeien von Bund und Ländern haben bisher vereinzelt das Bundeswarnsystem und die Warn-App NINA genutzt. Dies wird nun ausgebaut, damit Nutzerinnen

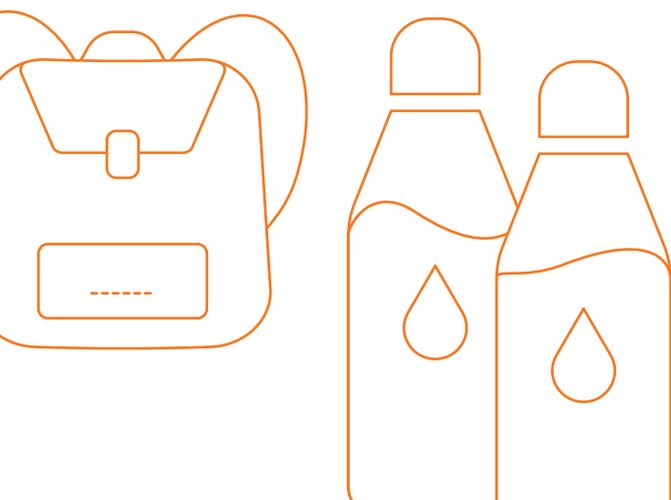
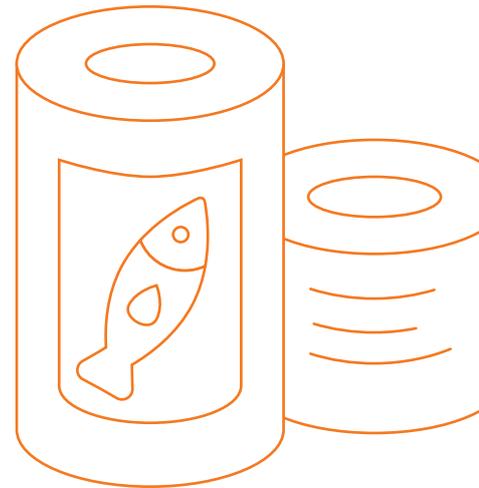




Abbildung 8: Kolleginnen des BBK stellen die Neuerungen rund um die Warn-App NINA vor. (Quelle: BBK)



und Nutzer alle für ihre Sicherheit relevanten Warnmeldungen aus einer Hand bekommen. Die Besucherinnen und Besucher auf dem Bevölkerungsschutztag konnten sich am Stand des BBK direkt umfassend darüber informieren und erhielten auch Hilfe bei den App-Einstellungen. Pünktlich um 13 Uhr signalisierte die Warn-App NINA dann eine geplante Probewarnung.

Präsentationen und Mitmach-Aktionen für Groß und Klein

Highlights gab es auf der Haedgelbinsel an diesem Tag viele: So fand eine Vorführung einer Dekontaminationsstrecke/Behandlung statt, die zur Dekontamination verletzter und unverletzter Betroffener sowie zur Erstbehandlung diente. Der DWD erläuterte die Wettervorhersagen für den Katastrophenschutz, eine Ausstellung zeigte Fotos zum Thema Mitarbeitende im Ehrenamt. Wer sich aktiv betätigen wollte, konnte bei verschiedenen Quiz-Aktionen und beim Sandsackfüllen mitmachen. Zu den unterhaltsamen Höhepunkten gehörten die Vorführungen der Hundestaffel. Die Marching Band der Bundespolizei, die Lucky Cops, waren schon in Potsdam 2023 mit dabei und sorgten auch in Rostock für musikalische Einlagen und viel gute Laune.

Aber auch an die Jüngeren wurde gedacht. Im BBK-Kinderzelt konnten die kleinen Besucherinnen und Besucher mit den Comic-Helden Max und Flocke spielerisch erkunden, wie man sich in Notfällen verhalten sollte. Bei anderen Ausstellenden warteten Funksprüche darauf, entschlüsselt zu werden. Besonders beliebt bei den kleinen Gästen war natürlich Kinderschminken und Entenangeln.

Am Ende des Tages hatten alle viel gelernt und gesehen – nicht nur zu den Risiken von zu viel oder zu wenig Wasser. Sondern auch darüber, dass die Bewältigung von Gefahren eine Gemeinschaftsleistung ist: die von Bevölkerung und Bevölkerungsschutz.



Abbildung 9: Die Rettungshundestaffeln von ASB und JUH stellen sich vor. (Quelle: Michael Grabe, Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern)



Abbildung 10: Das Team des BBK vor Ort am eigenen Stand beim Bevölkerungsschutztag in Rostock. (Quelle: BBK)

Cordelia Albert ist Mitarbeiterin im Referat für Grundlagen der Risiko- und Krisenkommunikation und interne Kommunikation im BBK.

Details, Lagepläne oder Steuerungssysteme, durch gesetzliche Transparenzpflichten, Open-Data-Initiativen oder unbeabsichtigte Veröffentlichungen frei zugänglich sind. Im Bevölkerungsschutz hat die Datengewinnung mittels OSINT zwar großes Potenzial zur schnelleren Lagebildgenerierung, birgt aber gleichzeitig deutliche Risiken. Angreifende können mit denselben Methoden Daten sammeln, analysieren und für gezielte Sabotageakte nutzen. Besonders gefährlich kann die Kombination aus öffentlich verfügbaren Daten, KI-gestützter Analyse und OSINT-Tools sein, die nicht nur für Sicherheitsbehörden, sondern auch für Saboteure leicht zugänglich sind. Selbst scheinbar harmlose Informationen, wie PR-Videos oder Stellenausschreibungen, können durch Datenaggregation sicherheitsrelevant werden.

Durch die Beschreibung ausgewählter Sabotageaktionen wird gezeigt, dass bereits zugängliche Informationen ausreichen können, um erhebliche Schäden anzurichten. Staatliche Beteiligte, Betreibende von Kritischer Infrastruktur und Organisationen des Bevölkerungsschutzes müssen daher systematisch prüfen, welche Daten veröffentlicht werden (dürfen) und welche Schutzmaßnahmen notwendig sind. Dies gilt umso mehr mit Blick auf die Bevölkerungsschutzfähigkeit Deutschlands. Eine sicherheitssensible Datenpolitik, ergänzt durch regelmäßige Risikoanalysen und Schulungen, ist unerlässlich, um den Herausforderungen hybrider Bedrohungen sowie den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen wirksam zu begegnen. Die zwei Gesichter von OSINT, einerseits als wertvolles Werkzeug innerhalb des Bevölkerungsschutzes und andererseits als potenzielle Gefahr, verlangen einen verantwortungsbewussten, strukturierten und sicherheitsorientierten Umgang sowie ein Umdenken.

Punktuelle Sabotageakte und große Auswirkungen – Beispiele aus Deutschland

Es ist der Morgen des 5. März 2024. Ein Feld fängt Feuer. Was zunächst nur nach einem kleinen Zwischenfall klingt, nach etwas Alltäglichem, wird tatsächlich zu einem Fall für den Generalbundesanwalt in Karlsruhe. „Verfassungsfeindliche Sabotage sowie gemeinschaftliche Brandstiftung“ – so lautet der Anfangsverdacht. Denn es war nicht nur irgendein Feld, dass zwischen Steinfurt und Hartmannsdorf in Brandenburg Feuer fing. Auf diesem Feld, frei und nicht umzäunt, befand sich ein Hochspannungsmast, welcher die Stromversorgung eines Autobauers sicherstellte. Doch nicht nur dieses Unternehmen war von der Sabotage des Strommastes betroffen. Auch in den umliegenden Gemeinden fiel der Strom aus. Tausende Haushalte, Supermärkte, Kliniken und Arztpraxen, insgesamt zehntausende Menschen in der Region, waren vom

5. bis zum 12. März 2024 teilweise von der Stromversorgung abgeschnitten. Allein die Kosten für das Wiederherstellen der Stromversorgung betragen mehr als eine Million Euro.¹

Zwei Jahre zuvor, ein anderes Ereignis: Oktober 2022, in Norddeutschland kommt es zu massiven Zugausfällen. Unbekannte hatten bei Herne und Berlin-Karow Kabel durchtrennt und an zwei Stellen empfindliche Steuerungsleitungen der Deutschen Bahn beschädigt. Allerdings war in diesem Fall nicht Sabotage, sondern Profit das Motiv. Die Taten hatten keinen politischen Hintergrund. Es handelte sich schlichtweg um Kabeldiebstahl.² Doch wie auch schon bei dem beschriebenen Brand in Grünheide, waren die Auswirkungen nicht nur bei den Unternehmen, sondern insbesondere in der Bevölkerung zu spüren.

Unabhängig von der Urheberschaft kommt die Frage auf: Woher wussten die Täter an welchen Stellen sie finden würden, was sie suchten? Woher kannten sie die Punkte, die sie ins Visier zu nehmen hatten?

Da die Verfahren und Ermittlungen noch laufen, kann darüber derzeit nur spekuliert werden. Doch eine mögliche Antwort könnte lauten: Weil bestimmte Daten und Informationen im Internet frei zugänglich abrufbar sind. Geoinformationssysteme und Kartendienste aber auch Satellitenbilder oder Informationen zu Standorten und Technikdaten, welche im Rahmen von Transparenzgesetzen im Internet veröffentlicht werden, sind einfach zugänglich. Auch im Rahmen der Unternehmenskommunikation kann es passieren, dass die Infrastrukturbetreibende selbst oder für diese tätige Dienstleister gewissermaßen nebenbei Informationen preisgeben, wenn etwa in PR-Videos zentrale Elemente der Steuerungselektronik vorgestellt werden.

Bereitstellung von KRITIS-Daten

Informationen zur Lage oder zur Beschaffenheit von Kritischen Infrastrukturen sind aus vielerlei Gründen besonders sensibel und schützenswert. Dennoch kann es aufgrund vorhandener gesetzlicher Regelungen für Betreiber Kritischer Infrastrukturen erforderlich werden, bestimmte Informationen im Rahmen von Transparenzpflichten öffentlich zur Verfügung zu stellen. KRITIS-Betreibende sehen sich hierdurch mit einer schwierigen Aufgabe konfrontiert. Sie müssen ihre gesetzlichen Pflichten mit dem Schutz der sensiblen Informationen zu ihrer Kritischen Infrastruktur in Einklang bringen. Um dies gewährleisten zu können, sollte stets der sich aus

¹ Vgl.: <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2024/03/brandenburg-tesla-gruenheide-stromnetz-versorgungssicherheit-kritische-infrastruktur-vulkangruppe.html>

² Vgl.: <https://www.tagesschau.de/investigativ/bahn-ausfall-sabotage-kabel-diebstahl-100.html>

den relevanten Rechtsnormen ergebende, erforderliche Umfang der zu veröffentlichenden Informationen geprüft werden und hierbei der Schutzaspekt im Hinblick auf Kritische Infrastrukturen beachtet werden. So können relevante Daten unter Umständen dennoch geschützt bleiben.³

Doch nicht immer stellen KRITIS-Betreibende die sensiblen Informationen nur auf Basis von gesetzlichen Verpflichtungen zur Verfügung. Potenziell sicherheitsrelevante Daten zu Kritischen Infrastrukturen werden immer wieder auch durch Unternehmen und Privatpersonen gesammelt. So veröffentlichen verschiedene Anbieter hochauflösende Satellitenbilder, die auch Kritische Infrastrukturen umfassen. Darüber hinaus werden Infrastrukturnetze (zum Beispiel Strom- und Wasserversorgung) durch Privatpersonen und staatliche Stellen erfasst und im Rahmen von Open Data-Projekten wie Open Street Map oder Geoportalen detailliert öffentlich verfügbar gemacht. Infrastrukturdaten werden hierdurch zwar frei zugänglich, was sich positiv auf die Transparenz auswirkt, allerdings ist so auch eine Nutzung dieser Informationen vereinfacht möglich um Kritischen Infrastrukturen zu schaden. Dieses Spannungsfeld war erst kürzlich Teil einer öffentlichen Kontroverse im Rahmen der sogenannten Digitalen Zwillinge.⁴ Für KRITIS-Betreibende ergibt sich daher das Erfordernis, die Verfügbarkeit von sensiblen Informationen zu ihrer Kritischen Infrastruktur regelmäßig zu überprüfen und auf dieser Grundlage geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen.

Weitere praxisnahe Informationen zur Weitergabe von sensiblen Daten zu KRITIS durch Betreibende auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen, finden sich in der im Dezember 2021 erschienenen Veröffentlichung „Sicherheitsaspekte und Hinweise für die Betreiber Kritischer Infrastrukturen im Kontext zu gesetzlichen Informationspflichten“ des Themenarbeitskreises Transparenzpflichten der Unabhängigen Partnerschaft KRITIS (kurz: UP KRITIS). Weitere Informationen sind zudem bei der Allianz für Wirtschaftsschutz erhältlich.

Weiterführende Informationen:



³ Für mehr Informationen hierzu siehe: https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/KRITIS/UPK/upk-sicherheitsaspekte-transparenzpflichten.pdf?__blob=publicationFile&v=5

⁴ Vgl.: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/geodaten-digitaler-zwilling-nrw-100.html>

OSINT – Definition und Einsatzbereiche im Bevölkerungsschutz

Die öffentliche und digitale Verfügbarkeit von Infrastrukturdaten kann in Verbindung mit deren systematische Sammlung und Auswertung und durch die Anwendung von Methoden der offenen Informationsgewinnung zu sicherheitsrelevanten Risiken führen, auch im Kontext des Bevölkerungsschutzes. Eine Sensibilisierung für das Thema ist daher dringend geboten.

Einführung: Was ist OSINT?

Open Source Intelligence bezeichnet die strukturierte Gewinnung, Auswertung und Analyse von Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen. Ursprünglich aus dem militärischen und nachrichtendienstlichen Bereich stammend, haben sich OSINT-Methoden längst etabliert um aus frei verfügbaren Daten belastbare Erkenntnisse abzuleiten. Anwendungsbereiche hierfür finden sich in vielen Lebensbereichen. So verwenden im Rahmen von Recherchen zum Beispiel Journalistinnen und Journalisten, Versicherungen, Polizeien und vermehrt Institutionen in der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr OSINT, um Informationen zu gewinnen. Genutzt werden unter anderem öffentlich-verfügbare digitale Karten, Satellitenbilder, soziale Medien, Webseiten, offene Datenportale oder behördliche Veröffentlichungen.

Auch zu Zwecken des Bevölkerungsschutzes werden OSINT-Methoden zunehmend in der Gefahrenabwehr und im Katastrophenmanagement angewandt, insbesondere zur Unterstützung und Ergänzung bei der Lagebilderstellung oder bei operativ-taktischen Maßnahmen. Durch die Etablierung von OSINT können Entscheidungen beschleunigt und präziser durchgeführt werden. Ein umfassenderes Lagebild wird durch die Integration von zum Beispiel Augenzeugenberichten ermöglicht.

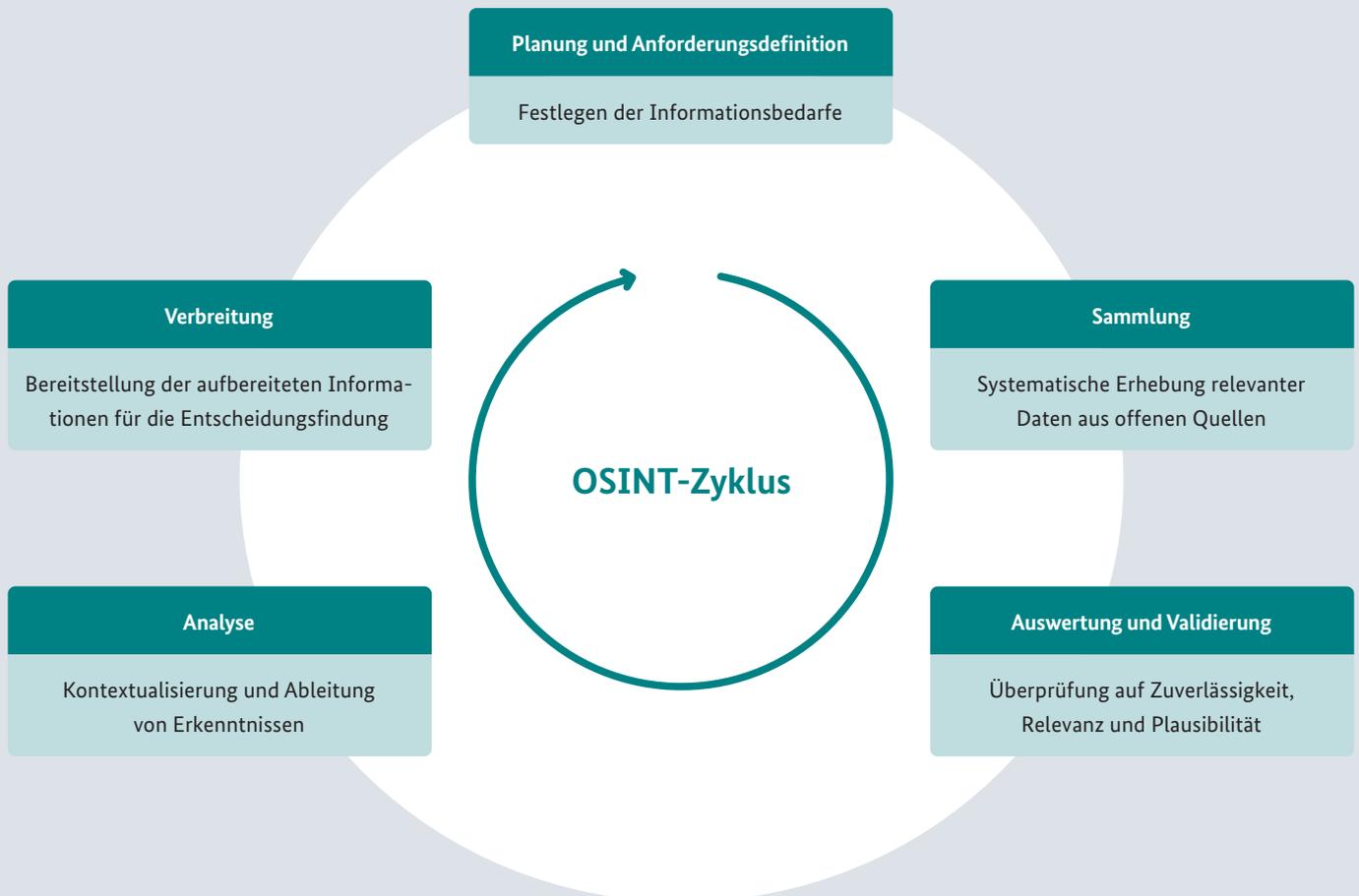
Durch die öffentliche Verfügbarkeit sensibler Infrastrukturdaten werden aber auch Risiken präsent. Potenzielle Angreifende haben die Möglichkeit, durch OSINT sensible Informationen zu identifizieren und zu nutzen.

OSINT im Bevölkerungsschutz

Im Kontext des Bevölkerungsschutz bietet OSINT Chancen zur verbesserten und schnelleren Lageerkundung. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (kurz: BOS) nutzen OSINT zum Beispiel zur (Früh-)Erkennung von Schadenslagen, zur Verifizierung von Augenzeugenberichten oder zur Analyse von Schadensverläufen durch öffentlich geteilte Texte, Bilder oder Videos. Durch breitere Lagebilder und die dadurch gesteigerte Chance, dass das Situationsbewusstsein bei Entscheiderinnen und Entscheidern passend entwickelt werden kann, können

OSINT-Zyklus

Abbildung 2. (Quelle: eigene Darstellung)



Einsatzkräfte zielgerichtet und ressourcenschonend eingesetzt werden. Dadurch kann das Potenzial von Einsatzkräften im Ereignisfall effektiver ausgeschöpft werden.

Der OSINT-Cycle: Strukturierte Informationsgewinnung

Die Arbeit mit OSINT folgt typischerweise dem sogenannten OSINT-Cycle.⁵ Dies ist ein standardisiertes Prozessmodell aus dem Bereich der nachrichtendienstlichen Informationsverarbeitung. Der OSINT-Cycle besteht verkürzt aus den folgenden fünf Phasen:

- 1. Planung und Anforderungsdefinition:** Festlegen der Informationsbedarfe
- 2. Sammlung:** Systematische Erhebung relevanter Daten aus offenen Quellen
- 3. Auswertung und Validierung:** Überprüfung auf Zuverlässigkeit, Relevanz und Plausibilität
- 4. Analyse:** Kontextualisierung und Ableitung von Erkenntnissen
- 5. Verbreitung:** Bereitstellung der aufbereiteten Informationen für die Entscheidungsfindung

⁵ Angelehnt an: <https://link.springer.com/article/10.1365/s43439-021-00042-7#Sec7>

Dieser Zyklus lässt sich in Krisen oder Katastrophenlagen adaptiv anwenden. Er eignet sich insbesondere zur Erstellung und Ergänzung von Lagebildern in Führungs- und Krisenstäben. Aber auch die Anpassung der Krisenkommunikation auf zum Beispiel psychosoziale Bedarfe, die auf der Auswertung sozialer Medien basiert, wird bereits praktiziert.

Anwendungsbeispiel: Das VOST THW

Ein konkretes Beispiel für den erfolgreichen Einsatz von OSINT im Bevölkerungsschutz ist das Virtual Operations Support Team (kurz: VOST) der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (kurz: THW). Die ehrenamtlichen VOST-Spezialistinnen und Spezialisten analysieren in Schadenslagen öffentlich verfügbare Informationen, etwa aus sozialen Medien und bereiten diese für Einsatzleitungen auf. Darüber hinaus setzt eine Gruppe im VOST die digitale Lagekartierung mit Geoinformationssystemen (kurz: GIS) um. Seit 2016 hat das VOST THW an über 100 Einsätzen mitgewirkt. Mit seinen über 70 Mitgliedern ist diese Einheit ein Pionierprojekt für den strukturierten Einsatz von OSINT im Zivil- und Katastrophenschutz und zeigt exemplarisch, wie digitale Kompetenzen mit operativen Anforderungen verschränkt werden können.⁶

Die Omnipräsenz von Daten erzeugt neue Herausforderungen für die Sicherheit Kritischer Infrastrukturen. OSINT ist dabei zugleich ein Werkzeug und ein Risikofaktor. Für Entscheiderinnen und Entscheider in Politik und Verwaltung aber auch im Zivil- und Katastrophenschutz ist es unerlässlich, sich mit den Möglichkeiten und Grenzen offener Informationsgewinnung auseinanderzusetzen, sowohl zur Gefahrenabwehr als auch zur Risikoabschätzung.

Informationsgewinnung mit OSINT

Aufgrund der schier unendlichen Menge der im Internet verfügbaren Daten kann es mitunter eine Herausforderung sein, die benötigten Informationen ausfindig zu machen, zu analysieren und aufzubereiten. Die große Informationsfülle ist bei der Auswertung auf der einen Seite Vorteil, auf der anderen aber auch Nachteil. Eine große Hilfe können hierbei neben einer methodischen Vorgehensweise auch sogenannte OSINT-Tools sein. Diese ermöglichen es den Nutzenden, Daten teilweise automatisiert beziehungsweise teilautomatisiert zu sammeln und auszuwerten und

bieten insofern eine große Zeitersparnis sowie verbesserte Rechercheergebnisse. Doch OSINT-Tools sind nicht für jedermann ein Segen, sie können auch Fluch sein. So ermöglichen sie auch Kriminellen und böswillig Handelnden eine effiziente Informationsgewinnung – auch zu Kritischen Infrastrukturen. Denn viele OSINT-Tools sind frei zugänglich und teilweise sogar kostenlos. Oft bleiben der genaue Hintergrund und die Motivlage der Entwickler dieser OSINT-Tools unklar.

Anzutreffen sind viele dieser Hilfsmittel in dezidierten Tool-Sammlungen. Hier werden nützliche Ressourcen und Plattformen, die sich für die Sammlung und Analyse von OSINT-Daten eignen übersichtlich zusammengestellt und nach Funktion gegliedert. Durch die themenspezifische Zusammenstellung wird dem Nutzenden eine intuitive Datensammlung ermöglicht. Die enthaltenen Tools stammen hierbei nicht aus den Sammlungen selbst, sondern sind zumeist Stand-alone-Lösungen, die unabhängig voneinander sind und auf verschiedene Arten von Informationsquellen zugreifen.

Sehr viele OSINT-Tools und Datenquellen lassen sich auch zur Datensammlung über Kritische Infrastrukturen nutzen. Es gibt zahlreiche angepasste, frei zugängliche Geoinformationssysteme, die die Lage von KRITIS erfassen und darstellen. So sind Großteile des Versorgungsnetzes in Deutschland, inklusive der daran angeschlossenen Infrastrukturen inzwischen kartografiert und zugänglich gemacht worden. In Teilen sogar von staatlichen Stellen. Auch Informationen zur Verkehrsinfrastruktur wie dem Bahnnetz, dem Straßennetz und den Binnen- und Seeschiffahrtsinfrastrukturen sind umfangreich verzeichnet und frei zugänglich. Immer aktuellere und besser aufgelöste Satellitenbilder sowie 3D-Darstellungen können Planungen zu Sabotage- und Störaktionen gegen Kritische Infrastrukturen vereinfachen. Kritische Anlagenteile lassen sich oft bereits unbemerkt aus der Ferne identifizieren und analysieren.

Neben den umfangreichen Informationen, die Geoinformationsdienste zur Verfügung stellen, gefährden aber auch Tools, die gezielt und automatisiert nach Schwachstellen in Computernetzwerken suchen die Sicherheit Kritischer Infrastrukturen. So existieren öffentlich zugängliche, dezidierte Suchmaschinen, die es ermöglichen, Sicherheitslücken in Netzwerken zu erkennen. Hiervor sind auch mangelhaft konfigurierte und nicht ausreichend gesicherte Geräte in Kritischen Infrastrukturen nicht gefeit. Besonders gefährlich ist es, wenn davon über das Internet zugängliche industrielle Steuerungs- oder Sicherheitssysteme betroffen sind. Im schlimmsten Fall kann so auf Kritische Infrastruktur aus der Ferne

⁶ Für mehr Informationen zum THW VOST siehe https://www.thw.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allgemein/vost-flyer.pdf?__blob=publicationFile&v=5

eingewirkt und der Betrieb gestört oder Anlagenteile beschädigt werden.

Kritische Infrastrukturen werden in jüngster Zeit auch immer wieder mittelbar durch sogenanntes Social-Engineering bedroht. Hierbei versuchen Agierende durch die unbemerkte Instrumentalisierung und Täuschung von Mitarbeitenden auf Systeme zuzugreifen. Dies kann in digitaler, aber auch in realweltlicher Form erfolgen. Nicht selten werden dabei auch OSINT-Tools eingesetzt, die automatisiert Informationen über E-Mail-Adressen und Domains sammeln, um mehr über das Zielobjekt zu erfahren und Ansatzpunkte für das Social-Engineering zu generieren. Oftmals genügt eine simple Recherche auf Unternehmenswebsites oder Social Media, wie zum Beispiel auf Karrierewebsites, um sensible Daten über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Dadurch sind potenzielle Aktive, die mit OSINT-Methoden Social-Engineering Angriffe planen, präzise informiert und dementsprechend erfolgreich.

Zusätzlich ermöglichen Suchmaschinen, die auf die Quellenrecherche ausgelegt sind, die einfache Sammlung von Bildern und Dokumenten zu Kritischen Infrastrukturen. Durch die Publikation von Ausschreibungsunterlagen, Bedienungsanleitungen und Anforderungskatalogen lassen sich Rückschlüsse auf die Schwachstellen Kritischer Infrastrukturen ziehen. Angreifende können so mit wenig Aufwand eine individuelle Strategie erarbeiten, um Kritische Infrastrukturen erfolgreich zu sabotieren oder zu stören.

OSINT zu Sabotagezwecken

Durch OSINT gewonnene sensible Erkenntnisse zu Kritischen Infrastrukturen lassen sich für die Planung von physischen Sabotagehandlungen nutzen. Auf Grundlage von öffentlich-verfügbaren Kartenmaterialien, Gebäudeplänen und technischen Anlagen- oder Bauplänen sowie weiteren Daten, können Saboteure Schwachstellen identifizieren und Sicherheitslücken ausnutzen. Gerade in Zeiten umfangreicher hybrider Bedrohungen können die Beweggründe hinter solchen Sabotagehandlungen vom einfachen Profitgedanken bis hin zu feindlichen Absichten auch anderer staatlicher Beteiligte variieren.

Einzelne Daten, die dabei vermeintlich zusammenhangslos veröffentlicht wurden, mögen auf den ersten Blick unkritisch wirken. Dabei wird jedoch unterschätzt, wie leicht eine Verknüpfung von Daten aus unterschiedlichen Quellen möglich ist und bereits in einigen Anwendungsbereichen die Basis für tiefgreifende Datenanalysen bildet. Seien es Grafiken mit Netzwerkplänen,

Kartenmaterialien oder eine Maßnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit – beispielsweise ein Video, in dem technische Anlagen oder Ausrüstung vorgestellt werden – all diese Daten lassen sich miteinander verknüpfen und können Teil eines Sabotageplans werden. Durch die Verwendung von KI ist es wahrscheinlich, dass diese Analysen in Zukunft schneller und einfacher durchgeführt werden können.

Auf dieser Grundlage lassen sich Rückschlüsse über die Kritikalität von Anlagen und deren Versorgungsrelevanz, deren Dienstleistern aber auch den vorhandenen, oder fehlenden Sicherheitsvorkehrungen treffen. Auch Pläne von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, die festlegen, wie im Falle bestimmter Ereignisse gehandelt werden soll, können so bei einem Saboteur berücksichtigt und in die entsprechenden Planungen mit aufgenommen werden.

Die eingangs aufgezeigten Beispiele verdeutlichen: Sabotageakte können nicht nur gravierende Auswirkungen für die betroffenen Unternehmen haben, sondern treffen im Fall Kritischer Infrastrukturen oftmals auch die Bevölkerung. Daher sollten nicht nur Unternehmen sorgfältig prüfen, welche sensiblen Daten bereits öffentlich verfügbar sind. Auch Behörden und andere Stellen der staatlichen Gefahrenabwehr sollten sich die Frage stellen, welche Informationen bereits durch Öffentlichkeitsarbeit, Ausschreibungen oder Kartenmaterial öffentlich verfügbar sind und welche dieser Daten sich durch einen böswilligen Agierenden für Sabotagezwecke nutzen lassen.

Jonas Anschlag ist Sachbearbeiter im Bereich Zivile Notfallplanung des BBK. Als Verbindungsbeamter im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum beschäftigt er sich mit den bevölkerungsschutzrelevanten Auswirkungen von IT-Sicherheitsvorfällen.

Dr.-Ing. Ramian Fathi ist Senior Experte für Krisenmanagement. Er lehrt darüber hinaus an diversen Universitäten im Bevölkerungsschutz zu Stabsarbeit, OSINT und Krisenkommunikation. Darüber hinaus ist er Gründungsmitglied und Führungskraft im Virtual Operations Support Team (VOST) der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Henriette Kühnl ist Referentin im BBK bei der Abteilung N Zivile Notfallplanung mit Schwerpunkt auf Infrastrukturschutz und KRITIS.

Alles im Blick!

Das Spezialressourcenregister des GeKoB als Beitrag zum Ressourcenmanagement von Bund und Ländern

Matthias Strott und Dr. Christoph Lamers

Gemäß eines Beschlusses der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (kurz: IMK) wird derzeit ein gemeinsames Ressourcenmanagement von Bund und Ländern für länderübergreifende Gefahren- beziehungsweise Schadenslagen aufgebaut. Eine länderoffene Arbeitsgruppe ist mit der Entwicklung eines allgemeinen Fähigkeitsmanagements beauftragt, während dem Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (kurz: GeKoB) die Aufgabe zugewiesen wurde, ein Register für Spezialressourcen im Bevölkerungsschutz zu erstellen. Über den aktuellen Stand der Dinge bei dem Register für Spezialressourcen wird in diesem Artikel berichtet.

Auftrag und Startphase

Auf der 217. Sitzung der IMK vom 1. bis zum 3. Juni 2022 in Würzburg wurde die Vereinbarung des Bundes und der Länder über die Errichtung des Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz von allen Ministerinnen und Ministern beziehungsweise Senatorinnen und Senatoren des Innern unterzeichnet und damit das GeKoB formell ins Leben gerufen. Auf der gleichen Sitzung wurde der Arbeitskreis V (kurz: AK V; Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung) der IMK beauftragt, Konzepte für ein gemeinsames Ressourcenmanagement in länderübergreifenden Gefahren- beziehungsweise Schadenslagen sowie für eine gemeinsame Krisenmanagementstruktur vorzulegen. Diese sollte das GeKoB in enger Abstimmung mit dem AK V erarbeiten.

In Umsetzung der Aufträge der IMK hat das GeKoB zunächst eine Arbeitsgruppe Ressourcenmanagement eingerichtet. An der Auftaktsitzung der AG im Juli 2022 nahmen Vertretungen von sieben Ländern sowie des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK), der Bundespolizei, der Bundeswehr und des Technischen Hilfswerks (kurz: THW) teil. Dort wurden unter anderem Schnittstellen zum bereits durch den Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung (kurz: AKFzV) bearbeiteten Thema Fähigkeitsmanagement (kurz: FäM) ausgelotet. In der Folge wurde der Aufbau eines gesonderten Ressourcenregisters neben dem im Entstehen begriffenen modular aufgebauten Fähigkeitsmanagement der

länderoffenen AG Fähigkeitsmanagement des AFKzV (kurz: loAG FäM) avisiert. Für das weitere Vorgehen wurde der enge Schulterschluss mit der loAG FäM gesucht, um Parallelentwicklungen zu vermeiden.

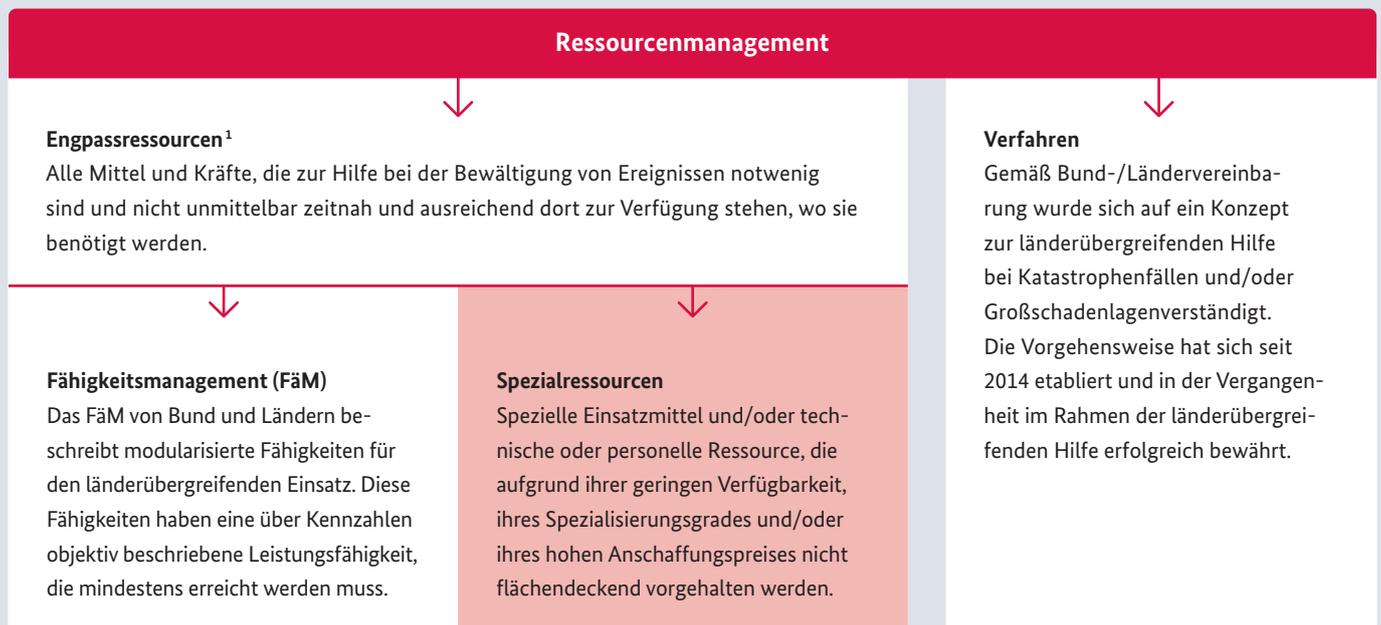
Auf der 218. Sitzung der IMK vom 30. November bis zum 2. Dezember 2022 in München nahm die IMK das auf dieser Grundlage erstellte Eckpunktepapier Ressourcenregister zur Kenntnis. Es enthielt die folgenden Punkte, die bei der Erstellung zu beachten waren:

- Strukturierte Übersicht
- Abgrenzung zu Aufgaben zum Fähigkeitsmanagement
- Ebenen- und organisationsübergreifendes Register
- Orientierung an Einsatzoptionen
- Verfahren zum Abruf von Spezialressourcen

Aufgrund des hohen Aufwands, insbesondere für die Terminabstimmung mit den zahlreichen Beteiligten aus der Frühphase, wurde die AG als interne Gruppe des GeKoB mit ständig anwesenden Vertretungen statt mit externen Partnern weitergeführt. In der AG wurde Einigkeit darüber erzielt, dass ausschließlich Spezialressourcen, die in außergewöhnlichen Lagen benötigt werden, erfasst werden sollen. Dies hatte eine Umbenennung in AG Spezialressourcenregister zur Folge. Zudem wurde festgelegt, dass sich das Spezialressourcenregister zunächst auf die Szenarien Vegetationsbrand und Flutereignisse beschränken soll. Mittlerweile ist die Weiterentwicklung, ähnlich der geplanten Szenarienanpassung der länderoffenen Arbeitsgruppe Fähigkeitsmanagement in der Umsetzung.

Abgrenzung von Fähigkeitsmanagement und Spezialressourcenregister

Abbildung 1. (Quelle: Strott, LVtr HE im GeKoB, eigene Darstellung)



¹ Der Begriff der Engpassressource entstammt §16ZSKG. „(1) Die Einrichtungen und Vorhaltungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, insbesondere im Bereich Lageerfassung und -bewertung sowie Nachweis und Vermittlung von Engpassressourcen, können auch im Rahmen der Amtshilfe nach Artikel 35 Abs. 1 des Grundgesetzes zur Unterstützung eines Landes verwendet werden.“

Ziele und Anwendungsbereich

Unter Spezialressourcen werden Einsatzmittel und Spezialfähigkeiten verstanden, die aufgrund ihrer geringen Anzahl, ihres Spezialisierungsgrades und/oder ihres hohen Anschaffungspreises nicht flächendeckend vorgehalten werden. Ressourcen, die bundesweit weniger als 150-mal vorgehalten werden, gelten als Spezialressourcen. Dabei kann es sich um Einsatzmittel der alltäglichen Gefahrenabwehr, des Katastrophenschutzes, der Privatwirtschaft oder andere, für den Bevölkerungsschutz relevante Ausstattungsgegenstände handeln.

Mit dem Spezialressourcenregister soll sichergestellt werden, dass auch Hilfeleistungsanforderungen, die sich explizit auf Spezialressourcen beziehen, bedarfsgerecht und zeitsparend koordiniert werden können. Grundlage dafür ist eine übersichtliche Darstellung vorhandener Spezialressourcen von Bund, Ländern, kommunalen Aufgabenträgern sowie von im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen. Zweck des Spezialressourcenregisters ist die Bereitstellung von erforderlichen Daten und Informationen für zielgerichtete Suche und einen schnellen Abruf.

Mit dem Bereitstellen der Übersicht und der Möglichkeit der unkomplizierten Anforderung der Spezialressourcen entsteht für jeden Partner der Vorteil, gegebenenfalls schnell und zielgerichtet auf diese Ressourcen zugreifen zu können. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreicherer Einsatzbewältigung.

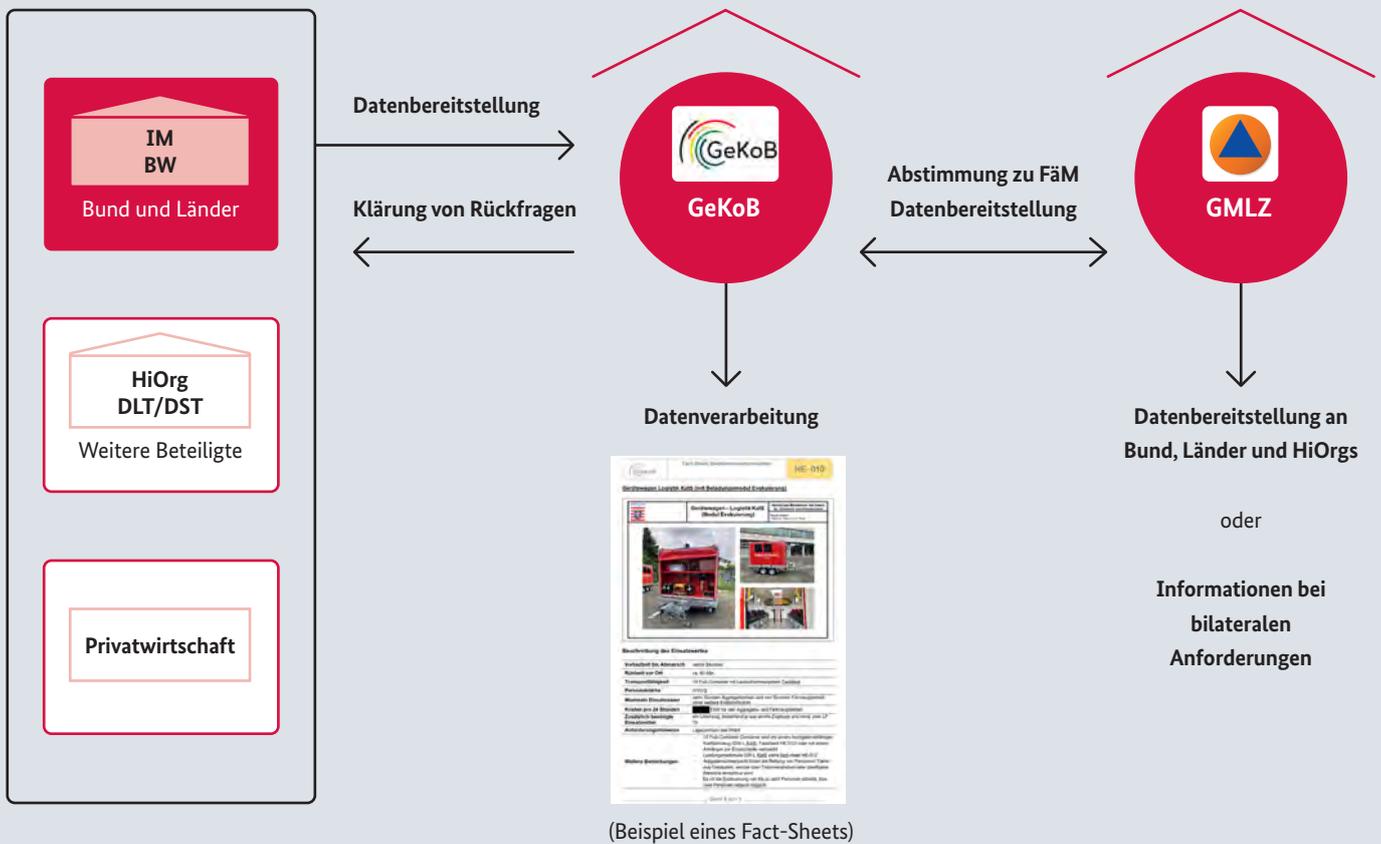
Einen wichtigen Aspekt beim Aufbau des Spezialressourcenregisters stellt die bereits angesprochene Abgrenzung zum Fähigkeitsmanagement von Bund und Ländern dar (vergleiche dazu: Das Fähigkeitsmanagement von Bund und Ländern, Bevölkerungsschutz 3/2024, S. 35 sowie Rahmenkonzept Fähigkeitsmanagement von Bund und Ländern). Dieses beschreibt modularisierte Fähigkeiten für den länderübergreifenden Einsatz. Diese haben eine über Kennzahlen objektiv beschriebene Leistungsfähigkeit, die mindestens erreicht werden muss. Beim FäM steht die Fähigkeit im Vordergrund, unabhängig davon, mit welchen konkreten Einsatzmitteln diese erbracht wird. Beim Spezialressourcenmanagement liegt der Fokus hingegen auf der konkreten Ressource, die im Einsatz benötigt wird. Somit können Ressourcen, die in einer Fähigkeit des FäM erfasst sind, gegebenenfalls auch als Spezialressource gelistet werden, beziehungsweise mit den gelisteten Spezialressourcen können im Einsatzfall anlassbezogene Fähigkeiten gebildet werden.

Datenerfassung und -verarbeitung

Das Verfahren zur Erfassung und Verarbeitung der Daten zu den Spezialressourcen ist in Abbildung 2 schematisch dargestellt. Bund, Länder, kommunale Aufgabenträger und weitere im Bevölkerungsschutz beteiligte Hilfsorganisationen wurden gebeten, Spezialressourcen, die grundsätzlich für den überörtlichen Einsatz zur Verfügung gestellt

Verfahren zur Erfassung und Verarbeitung der Daten zu Spezialressourcen

Abbildung 2: GeKoB – Arbeitsbesprechung der Ländervertretungen am 24. und 25.06.2024. (Quelle: Strott, LVtr HE im GeKoB, eigene Darstellung)



werden können, für das Register an das GeKoB zu melden. Bei der Meldung von Spezialressourcen der Hilfsorganisationen wurden spezielle Vereinbarungen getroffen. So werden unter anderem Doppelmeldungen von Ressourcen vermieden. Wichtig ist, dass nur der Eigentümer (zum Beispiel das Land meldet nur landeseigene, die Kommune nur kommunale Ausstattung) entscheidet, ob dem GeKoB eine Spezialressource gemeldet wird.

Die gemeldeten Ressourcen werden vom GeKoB zunächst in einer Liste erfasst. Zusätzlich wird für jede Ressource ein so genanntes Fact-Sheet erstellt. In diesem Dokument werden neben einer fotografischen Abbildung der Ressource in der Regel folgende Daten hinterlegt:

- Vorlaufzeit bis Abmarsch
- Rüstzeit vor Ort
- Transportfähigkeit
- Personalstärke
- maximale Einsatzdauer
- Kosten pro 24 Stunden
- zusätzlich benötigte Einsatzmittel
- Anforderungshinweise
- weitere Bemerkungen

Das Fact-Sheet dient in erster Linie als erste Informationsquelle. Es ersetzt niemals notwendige Detailabsprachen zwischen Leistungserbringenden und Bedarfstragenden.

Die für die Nutzung erforderlichen Daten sind auf einem Server abgelegt und können dort seit dem 16. September 2024, dem Tag der Inbetriebnahme des Spezialressourcenregisters, von den registrierten Nutzenden abgerufen werden. Derzeitige Nutzende sind überwiegend die Innenressorts der Länder, das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (kurz: GMLZ) sowie die im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen.

Anforderung von Ressourcen

Die Anforderung von Spezialressourcen erfolgt nach dem von der IMK 2014 beschlossenen Konzept für eine bundesweite länderübergreifende Katastrophenhilfe bi- oder multilateral zwischen den Innenbehörden der Länder oder multilateral unter Beteiligung des GMLZ. Das GMLZ leitet eine Anforderung an die angegebene Kontaktadresse des Leistungserbringers weiter. Jedes Bundesland entscheidet über die Aufnahme des Erstkontaktes. Dies können zum

Beispiel das Lagezentrum eines Bundeslandes oder eine feste Ansprechperson einer Hilfsorganisation sein. Die Kontaktstelle entscheidet im Einzelfall, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen eine Spezialressource für den Einsatz zur Verfügung gestellt werden kann. Mit dieser Vorgehensweise wird sichergestellt, dass sich die Innenressorts der Länder als oberste Katastrophenschutzbehörden einen Überblick über bereits eingesetzte Ressourcen aus ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich verschaffen können. Dies ist wichtig, damit ein zunächst nicht betroffenes Land bei einer Ausweitung der Lage auf das eigene Gebiet ermitteln kann, welche Ressourcen für die eigene Gefahrenabwehr überhaupt noch verfügbar sind.

Bei bilateralen Anforderungen sollte grundsätzlich das GMLZ nachrichtlich beteiligt werden. Dies schafft eine übersichtliche Arbeitsweise und vermeidet unnötige Abfragen beziehungsweise Anforderungen. Das GeKoB kann auf Anfrage bei der Vermittlung von Spezialressourcen oder der Bildung von Fähigkeiten durch Spezialressourcen das GMLZ unterstützen.

Der Datenbestand mit den gemeldeten Spezialressourcen wird ausschließlich benannten Einrichtungen des Bundes, der Länder, den Hilfsorganisationen und geplant auch den unteren Katastrophenschutzbehörden (derzeit in Hessen in Vorbereitung) ausschließlich mit einem Lese-recht zur Verfügung gestellt. Eine öffentliche Einsichtnahme erfolgt nicht. Leistungserbringer von Spezialressourcen aus der Privatwirtschaft haben keinen Zugriff auf das Register.

Antragstellende stimmen mit der Anforderung einer Spezialressource den Bedingungen und gegebenenfalls einer Kostenübernahme zu. Bei Ressourcen der Bundeswehr und der polizeilichen Gefahrenabwehr ist zu beachten, dass diese nur subsidiär zur Verfügung stehen. Eine verpflichtende Bereitstellung der gemeldeten Einsatzmittel ist mit der Erfassung im Spezialressourcenregister nicht verbunden.

Fazit und Ausblick

Mit dem Spezialressourcenregister für Sondereinsatzmittel, die aufgrund ihrer geringen Anzahl, ihres Spezialisierungsgrades und/oder ihres hohen Anschaffungspreises in der Fläche nicht vorgehalten werden, leistet das GeKoB einen wichtigen Beitrag zum Ressourcenmanagement des Bundes und der Länder im Bevölkerungsschutz. Die registrierten Nutzerinnen und Nutzer können über einen Server jederzeit die benötigten Informationen in Form von Übersichten und Fact-Sheets der einzelnen Ressourcen abrufen. Die tatsächliche Anforderung erfolgt dann in einem klar definierten und bekannten Verfahren.

Derzeit sind circa 200 Spezialressourcen von Bund und Ländern sowie vom Deutschen Roten Kreuz erfasst; weitere Zulieferungen von Partnerinnen und Partnern

und den weiteren Beteiligten des GeKoB sind zugesichert beziehungsweise in Bearbeitung. Erkennbar ist auch, dass gehäuft Spezialressourcen aus kommunaler Trägerschaft gemeldet werden. Zusätzlich werden derzeit Verfahren zur Einbindung von Spezialressourcen aus Beständen der Werkfeuerwehren etabliert. Außerhalb des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums des Innern sind Zulieferungen aus anderen bevölkerungsschutzrelevanten Bundesoberbehörden in Vorbereitung. Das Spezialressourcenregister wird sich dynamisch weiter entwickeln.

Für die Zukunft ist geplant, den gesamten Datenbestand in einer geeigneten Datenbankanwendung zu administrieren, was unter anderem eine viel gezieltere Suche nach den jeweils benötigten Ressourcen ermöglichen würde. Dieser Schritt der Weiterentwicklung wird die bisherige Vorbereitung durch handelsübliche Bürosoftware ablösen. Ferner ist vorgesehen, das Register in das beim GeKoB im Aufbau befindliche nationale digitale Lagebild zu integrieren; dies soll schon bei der derzeit laufenden Pilotierung Berücksichtigung finden (vergleiche dazu: Ein nationales digitales Lagebild – schaffen wir das?, Bevölkerungsschutz 4/2023, S. 37).

Danksagung

Die Autoren bedanken sich bei Polizeidirektorin Nicole Bernstein, früher als Verbindungsbeamtin der Bundespolizei im GeKoB Leiterin der AG Ressourcenmanagement, für die sorgfältige Dokumentation ihrer damaligen Arbeit und bei den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die Beiträge zum Spezialressourcenregister und damit zu diesem Artikel geliefert haben.

LITERATUR

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.): Rahmenkonzept Fähigkeitsmanagement von Bund und Ländern (FäM), online verfügbar unter https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Krisenmanagement/faehigkeitsmanagement-bund-laender_download.pdf?__blob=publicationFile&v=12

C. Lamers, T. Fröhlig und D. Schriek: Ein nationales digitales Lagebild – schaffen wir das?, Bevölkerungsschutz 4/2023, S. 37.

F. Papke: Das Fähigkeitsmanagement von Bund und Ländern, Bevölkerungsschutz 3/2024, S. 35.

Matthias Strott ist Ländervertreter Hessen im GeKoB.
Dr. Christoph Lamers ist Leiter und Ländervertreter
Nordrhein-Westfalen im GeKoB.



Zwei Chemiker, die ehrenamtlich in einer CBRN-Einheit engagiert sind, analysieren in einer Übung einen Gefahrstoff. (Quelle: Arkat e.V.)

Wert und Wertschätzung ehrenamtlicher Einsatzkräfte

Rahmenbedingungen schaffen, die motivieren

Bekanntlich sind weit mehr als eine Million Menschen in Deutschland ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz engagiert. Aufgrund deren großer Bedeutung für den Bevölkerungsschutz wurden die Themen der Gewinnung und Motivation Ehrenamtlicher bereits umfassend betrachtet. (Symposium Ehrenamt im Bevölkerungsschutz; D. Kietzman; Bevölkerungsschutz Ausgabe 1/2021) Zwei Aspekte scheinen mir jedoch in der vorhandenen Literatur im Vergleich zu ihrer Bedeutung unzureichend berücksichtigt zu sein:

- Gewinnung von Fachkräften für ein Ehrenamt im Bevölkerungsschutz

- Intrinsische Motivation durch eine ansprechende Gestaltung der Aufgaben im Gegensatz zu extrinsischen Anreizen (G. Reichenbach)

Ehrenamtliche Einsatzkräfte können für die Möglichkeiten ihrer Verwendung grob in zwei Gruppen eingeteilt werden, die nicht scharf voneinander getrennt sind:

- Einsatzkräfte, deren Aufgabe im Katastrophenschutz unabhängig von ihrer Ausbildung und beruflichen Ausbildung ist und die die Kenntnisse, die für ihre Aufgabe im Katastrophenschutz benötigt werden, in ihrem ehrenamtlichen Engagement erlangt haben.
- Einsatzkräfte, die im Katastrophenschutz eine Aufgabe ausüben, die zu ihrer Ausbildung und ihrer beruflichen Tätigkeit passt, und die die Kenntnisse aus ihrer Ausbildung und beruflichen Tätigkeit in das Ehrenamt mitbringen, die also bereits zu Beginn ihrer Tätigkeit im Katastrophenschutz Fachkräfte für ihre Aufgabe sind.

In allen Organisationen des Katastrophenschutzes sind Einsatzkräfte aus verschiedensten Berufen in allgemeinen Verwendungen tätig und wenden die meiste Zeit ihre im Ehrenamt erworbenen Kenntnisse unabhängig von ihrer beruflichen Qualifikation an. Dieses Engagement ist selbstverständlich wertvoll. Es ist jedoch darüber hinaus ein Ziel von ARKAT, mehr Fachkräfte für ein Ehrenamt im Katastrophenschutz zu gewinnen, die dort geplant ihre beruflichen Kenntnisse einbringen und im Kontext des Katastrophenschutzes am besten das tun, was sie sonst jeden Tag in ihrem Beruf ausüben und worin sie große Erfahrung besitzen. Das ist für eine Vielzahl an Berufen sinnvoll: Aus dem Handwerk für technische Einheiten, aus der Medizin und Pflege im Sanitäts- und Betreuungsdienst, aus den Naturwissenschaften im Chemisch, Biologisch, Radiologisch und Nuklearen Schutz (kurz: CBRN-Schutz), aus der Logistik, dem Journalismus, der Veterinärmedizin und vielem anderen mehr bis hin zu Personen aus dem Management für Führungs- und Organisationsaufgaben.

Die Gewinnung von Fachkräften für ein Ehrenamt im Bevölkerungsschutz entspricht dabei aus Sicht des Bevölkerungsschutzes dem, was umgekehrt aus Sicht der Ehrenamtlichen bereits mit Professionalität und biographische Passung als Merkmale eines modernen ehrenamtlichen Engagements bezeichnet wurde. (M. Voss)

Um zu bewerten, wie ehrenamtliche Fachkräfte eingesetzt werden können, halte ich die folgenden Postulate für richtig:

- Fachkräfte mit besonderer Expertise können für ein Ehrenamt genauso gewonnen werden wie für ein Hauptamt.

- Im Ehrenamt kann für eine Aufgabe die gleiche Arbeitszeit zur Verfügung stehen wie im Hauptamt, im Zweifel aufgeteilt auf mehrere Personen.
- Dass für eine Aufgabe zu jedem Zeitpunkt ehrenamtliches Personal zur Verfügung steht, ist etwa gleich wahrscheinlich wie mit hauptamtlichem Personal – einerseits kann eine hohe Verfügbarkeit im Ehrenamt durch Mehrfachbesetzung von Aufgaben erreicht werden, andererseits ist auch im Hauptamt eine ständige Verfügbarkeit durch unerwartete Ausfälle nicht völlig sichergestellt.
- Betrauung mit anspruchsvollen Aufgaben (aus dem Bereich technischer, sozialer und wissenschaftlicher Aufgaben, Fachberatung, Führung etc.)
- Ausrüstung mit professionellen Gerätschaften
- Beteiligung an der Fortentwicklung des Bevölkerungsschutzes (Gremien, Forschung, technische Entwicklung, Normung, Politikberatung, Fortbildung etc.)
- Bei der Zuteilung neuer Aufgaben oder neuer Ausrüstung Anerkennung bestehender Strukturen und Leistungen
- Ermöglichung von Karrieren und der Absolvierung professioneller Aus-, Fort- und Weiterbildungen (D. Kietzmann)

Für die Gewinnung von Fachkräften für den Bevölkerungsschutz ist es erfahrungsgemäß vorteilhaft, den fachlichen Teil der Ausbildungen auf die spezifische Aufgabe der Fachkraft zu beschränken und nicht das Absolvieren einer umfassenden fachlichen Grundausbildung zu verlangen, was auch naheliegend ist.

Selbstverständlich besitzt die zuverlässige Erfüllung der Aufgaben im Katastrophenschutz höchste Priorität. Andererseits müssen, wenn die Erfüllung der Aufgaben in der Gegenwart sichergestellt ist, auch andere wichtige, vor allem zukunftsorientierte Aspekte beachtet werden, um die Erfüllung der Aufgaben auch zukünftig sicherzustellen. Das betrifft angesichts der großen Bedeutung ehrenamtlicher Einsatzkräfte insbesondere deren Motivation. Außer dem Gehalt gelten für die Motivation ehrenamtlicher Einsatzkräfte dieselben intrinsischen und (immateriellen) extrinsischen Motivatoren wie im hauptamtlichen Beruf. Das gilt umso mehr, wenn die ehrenamtliche Tätigkeit mit dem Beruf der Einsatzkraft um die aufgewendete Zeit konkurriert, in dem diese ebenfalls intrinsisch und extrinsisch motiviert ist. Intrinsische Motivatoren gelten dabei im Vergleich zu extrinsischen als die, die stärker Zufriedenheit schaffen, (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) was im Bevölkerungsschutz besonders wichtig sein dürfte, um Einsatzkräfte auch in belastenden Situationen motiviert zu halten. Kürzlich wurde auch in der Studie „Engagement im Ernstfall“ festgestellt, dass bei den Möglichkeiten der Anerkennung innerhalb der Organisation intrinsische Beiträge wie Weiterbildungsmöglichkeiten, Ausstattung und fachliche Unterstützung von den Ehrenamtlichen stärker gewünscht werden als eine finanzielle Vergütung als extrinsischer Motivator; bei der staatlichen Unterstützung wurde der typische extrinsische Motivator einer öffentlichen Ehrung als verhältnismäßig unbedeutend beurteilt. (J. Bartel, P. Schubert)

Es wäre wünschenswert, auch gegenüber ehrenamtlichen Fachkräften diejenigen – vor allem intrinsischen – Motivatoren anzuwenden, die auch ansonsten im professionellen Umfeld anerkannt sind:

Bei Geltung der oben aufgestellten Postulate bringt keine dieser Maßnahmen einen Nachteil mit sich, wenn sie gegenüber Ehrenamtlichen so ausgeübt wird wie gegenüber Hauptamtlichen.

Was die Ausrüstung mit professionellen Gerätschaften betrifft, könnten in den Bewirtschaftungsroundschreiben auch Anforderungen an die personelle Ausstattung der damit bedachten Einheiten mit Fachkräften, die die Geräte bedienen können, festgelegt werden.

Vor allem bei der Möglichkeit ehrenamtlicher Karrieren kann sich der Bevölkerungsschutz ein gutes Vorbild an der Politik und dem Sport nehmen, wo es selbstverständlich ist, dass man aus dem Ehrenamt heraus in verantwortungsvolle Ämter gewählt oder berufen werden kann und dabei unter Umständen ehrenamtlich bleibt oder von seinem Hauptberuf beurlaubt wird.

Ich halte es nicht nur für die Wertschätzung der Ehrenamtlichen im Bevölkerungsschutz für wünschenswert, sondern gehe auch von einer Steigerung der Qualität des ehrenamtlichen Engagements aus, wenn alle Entscheidungsträger zukünftig mehr Gewicht darauf legen, in ihren Entscheidungen die intrinsische Motivation der Einsatzkräfte, die von den Entscheidungen betroffen sind, zu berücksichtigen.

Das Literaturverzeichnis finden Sie unter www.bbk.bund.de/magazin



Oliver Meisenberg ist Bundesvorsitzender des Verbands der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (kurz: ARKAT).



ASB-Wasserrettungseinheiten üben auf der Fulda. (Quelle: ASB/Stefan Beetz)

Eine beeindruckende Teamleistung im Bevölkerungsschutz

Die ASB-Bundesübung 2025 in Kassel

Am 28. Juni 2025 wurde Kassel zum Schauplatz einer der größten Katastrophenschutzübungen in Deutschland: Bei der ASB-Bundesübung 2025 trainierten mehr als 650 Einsatzkräfte aus dem gesamten Bundesgebiet, darunter auch Gasteinheiten der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. (kurz: DLRG), des Malteser Hilfsdienstes (kurz: MHD), der Johanniter Unfallhilfe (kurz: JUH) und dem Technischen Hilfswerk (kurz: THW) sowie internationale Einheiten von Samaritan International e.V. unter realitätsnahen Bedingungen komplexe Einsatzszenarien. Die ASB-Bundesübung findet alle drei Jahre statt und zählt zu den wichtigsten Events im Bevölkerungsschutz innerhalb des Arbeiter-Samariter-Bundes (kurz: ASB).

In Kassel demonstrierten die beteiligten Einsatzkräfte eindrucksvoll, wie professionelle Hilfe in großen Lagen organisiert und durchgeführt wird – unterstützt von modernster Technik, abgestimmten Einsatzabläufen und einer Vielzahl an spezialisierten Modulen. Mit vor Ort waren unter anderem Einheiten der Sanität, der Betreuung, der Verpflegung, der Wasserrettung und der Psychosozialen Notfallversorgung (kurz: PSNV). Zusätzlich waren Drohnen-Einheiten und Einheiten mit Rettungshunden im Einsatz. Transportiert wurden die Patienten mittels Transportkomponenten, die aus einer Vielzahl von Rettungswagen und Krankenwagen bestanden. Auch die ASB-Auslandshilfe war in die Übung eingebunden. So konnte das First Assistance

Samaritan Team (kurz: FAST) seine Abläufe in der internationalen humanitären Hilfe testen und evaluieren.

Drei realistische Szenarien – ein Ziel: gemeinsam helfen

Die Übung umfasste drei Großlagen:

1. Notbremsung eines Regionalzugs am Kasseler Hauptbahnhof: Hier arbeiteten Einheiten des Sanitätsdienstes, der PSNV und der Betreuung eng zusammen, um die zahlreichen simulierten Verletzten schnell und koordiniert zu versorgen und in Kliniken abzutransportieren.
2. Heißluftballon-Absturz im Waldgebiet: In unwegsamem Gelände wurden Dutzende Verletzte mittels Rettungshunden gesucht, versorgt und in einer aufgebauten Patientenablage transportfähig gemacht. Zum Einsatz kamen hier insbesondere geländefähige Fahrzeuge, welche die medizinischen Fachkräfte unterstützten.
3. Wasserrettung auf der Fulda: Zwei gekenterte Kanadier und ein Drachenboot lösten einen komplexen Rettungseinsatz mit vermissten Personen aus. Die ASB-Wasserrettung bewältigte diese Lage mit Rettungsbooten und Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer. Beteiligt waren auch Boote der DLRG und des THW. Zusätzlich wurden Einheiten des Sanitätsdienstes mit Booten an die Einsatzstelle verbracht, um dort eine Patientenablage aufzubauen und zu betreiben. Der koordinierte Abtransport der Verletzten gehörte ebenfalls zum Szenario und wurde mittels Transporteinheiten realisiert.

Bereits am Vortag fand eine zusätzliche kleinere Wasserrettungsübung statt, bei der ein Grillunfall unter einer Autobahnbrücke simuliert wurde. Auch hier waren zahlreiche Kräfte im Einsatz, um Rettung und Versorgung unter schwierigen Bedingungen zu proben.

Verletztendarstellende für realistische Übungsbedingungen

Für ein möglichst realistisches Szenario sorgten über 100 Verletztendarstellende, die in den verschiedenen Szenarien über 200 verletzte Personen verkörperten; viele von ihnen ehrenamtlich, darunter auch einige Bundesfreiwilligendienstleistende. Sie waren mit täuschend echt geschminkten Brandwunden, Prellungen, Schnitt-, Quetsch- und Rissverletzungen ausgestattet – professionell umgesetzt vom Team für realistische Unfalldarstellung (kurz: RUD-Team) des ASB Berlin. Die Darstellenden lobten den Ablauf der Übung und die Leistungsfähigkeit der Einsatzkräfte: „Es war eine Ehre, hier mitwirken zu dürfen. Zu sehen, wie geordnet und ruhig in Ausnahmesituationen gearbeitet wird, war sehr eindrucksvoll.“, lautete eine der vielen positiven Rückmeldungen.

Organisation und Zusammenarbeit auf höchstem Niveau

Die gesamte Übung wurde in enger Abstimmung mit lokalen Kräften des ASB-Regionalverbandes Kassel-Nordhessen, dem ASB-Landesverband Hessen und dem ASB-Bundesverband organisiert. Die logistische Basis – der Bereitstellungsraum auf dem Messegelände Kassel – bot Platz für hunderte Fahrzeuge, Anhänger, Verpflegungseinheiten und Materialdepots. Besonders auffällig war die hohe Qualität

Abbildung 2: Vermisstensuche mit Rettungshunden nach einem Ballonabsturz. (Quelle: ASB/Barbara Bechtloff)





Abbildung 3: Großeinsatz am Bahnhof Kassel nach einer Notbremsung eines Zuges. (Quelle: ASB/Christian Thiel)

der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Fachdiensten und ASB-Gliederungen. Egal ob aus Nord, Süd, Ost oder West – die Teams arbeiteten Hand in Hand.

Michael Schnatz, Fachbereichsleiter Bevölkerungsschutz beim ASB-Bundesverband, zog eine rundum positive Bilanz: „Die Übung ist hervorragend verlaufen. Die Einsatzabläufe waren gut aufeinander abgestimmt. Wir haben viel gelernt – für zukünftige Ausbildungen, aber auch für reale Einsatzlagen. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass Teamarbeit Leben rettet.“

Politische Unterstützung und klare Forderungen

Auch politische Vertreterinnen und Vertreter besuchten die Übung vor Ort. Hessens Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck würdigte die Leistung vor Ort: „Was der ASB hier in Kassel geleistet hat, ist zutiefst beeindruckend. Die Helfergleichstellung ist auch für die hessische Landesregierung ein wichtiges Thema – sie steht im Koalitionsvertrag und wir werden sie umsetzen.“

Der ASB-Bundesvorsitzende Knut Fleckenstein nahm die Übung zum Anlass, um wichtige politische Forderungen zu formulieren: „Auch wir spüren die Auswirkungen globaler Krisen: Lieferkettenprobleme, Fragen der Energieversorgung – all das beeinflusst unsere Einsatzfähigkeit. Wir brauchen politische Unterstützung in drei Punkten: Erstens eine Gleichstellung aller Hilfsorganisationen mit Feuerwehr und THW. Zweitens mehr Bildung in Selbstschutz und Erster Hilfe – gerade in Schulen. Drittens ein zentrales, bundeseinheitliches Krisenmanagement für Großschadenslagen.“

Authentizität, Einsatzstärke und Teamarbeit im Fokus

Aus Sicht des ASB habe sich vor allem eines gezeigt: Die Übung wurde als besonders authentisch und realitätsnah wahrgenommen. Dazu beigetragen haben nicht nur die detailgetreue Darstellung der Verletzungen, die Vielfalt der Einsatzszenarien, sondern auch das ruhige, konzentrierte Handeln der Einsatzkräfte. Alle Beteiligten – ob im Sanitätsdienst, in der Wasserrettung, der technischen Hilfe oder in der Betreuung – haben ernsthaft und professionell ihre Aufgaben wahrgenommen.

Besonders erwähnenswert ist der reibungslose Ablauf trotz hoher Komplexität: Verletzte wurden zügig triagiert, versorgt und evakuiert – bei enger Abstimmung verschiedener Fachdienste. Auch die Fähigkeit der beteiligten Teams, flexibel auf unvorhergesehene Übungsverläufe zu reagieren, wurde in den einzelnen Übungsszenarien sichtbar. Der gezielte Einsatz moderner Technik wie Drohnen oder Ortungshilfen können ebenfalls als zentrale Erfolgsfaktoren genannt werden. Der ASB sieht sich nach dieser Übung bestärkt, den Bevölkerungsschutz weiterhin praxisnah, teamorientiert und innovativ weiterzuentwickeln.

Dank an alle Mitwirkenden

Ein besonderer Dank gilt den vielen Menschen im Hintergrund, ohne die eine Übung dieser Größenordnung nicht möglich gewesen wäre: in den Feldküchen, dem Organisationsteam, den Logistikern, den Visagisten, den Darstellerinnen und Darstellern sowie den Dolmetscherinnen und Dolmetschern für die internationalen Gäste – und natürlich dem Team des ASB Kassel-Nordhessen, das die Bundesübung in der eigenen Region mit viel Engagement mit organisierte und unterstützte. Auch die Teilnahme internationaler Samariterkooperationen wurde von den Teilnehmenden als besondere Bereicherung empfunden.

Fazit: Stark für den Ernstfall

Die ASB-Bundesübung 2025 war mehr als ein reines Training: Sie war ein starkes Signal für die Bedeutung des Bevölkerungsschutzes in Deutschland – und dafür, wie wichtig ehrenamtliches Engagement, fachliche Kompetenz, politische Unterstützung und reibungslose Zusammenarbeit im Katastrophenfall sind. Kassel wurde für ein Wochenende zum Symbol für gelebte Solidarität, für Einsatzbereitschaft und für eine funktionierende Katastrophenhilfe – getragen von einer Gemeinschaft, die bereit ist, im Ernstfall Verantwortung zu übernehmen.

Nadine Koberstein ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim ASB Deutschland e.V.



Abbildung 1: Gruppenfoto der Spitzen der Mitglieder des neuen Verbandes der Feuerwehren in der Europäischen Union. (Quelle: DFV/Jens Jeske)

Verband der Feuerwehren der Europäischen Union gegründet

Ein Meilenstein für den europäischen Brand- und Katastrophenschutz

„Wir haben hier und heute Geschichte geschrieben! Dieser Tag ist ein Meilenstein für die europäische Feuerwehrlandschaft und ein klares Bekenntnis zur Solidarität, Professionalität und gemeinsamen Verantwortung im Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger“, ordnete Karl-Heinz Banse, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (kurz: DFV), die Gründung des Verbandes der Feuerwehren der Europäischen Union in Berlin ein. Vertreterinnen und Vertreter aus 21 Ländern der EU unterzeichneten die Gründungsurkunde. Erstmals ist es somit gelungen, Repräsentanten der Feuerwehren und ihrer Verbände aus einer Vielzahl von Nationen der Europäischen Union in einem Gremium zusammenzubringen.

In der Gründungsurkunde heißt es: „Der Brand- und Katastrophenschutz in den Ländern, die sich zur Europäischen Union zusammengeschlossen haben, sind wesentliche Bestandteile der europäischen Sicherheitspolitik. Die Feuerwehren sind dabei eine unverzichtbare Säule der Sicherheits- und Resilienzarchitektur. Das außergewöhnliche Engagement und die unerschütterliche Solidarität der Feuerwehrleute sind ein wesentlicher Eckpfeiler für die Rettung von Menschenleben, den Schutz von Eigentum und Kulturerbe, den Schutz der Umwelt und den Aufbau einer sichereren und widerstandsfähigeren Gesellschaft. Die legitimierten Organisationen der Feuerwehrleute in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vereinbaren



Abbildung 2: (von links): Ante Sanader, Waldemar Pawlak, Karl-Heinz Banse, Robert Mayer, Jean-Paul Bosland. (Quelle: DFV/Jens Jeske)

deshalb heute die Gründung des Verbandes der Feuerwehren der Europäischen Union. Damit soll eine gemeinsame nachhaltige Struktur mit dem Ziel der Interessenvertretung und eines wechselwirkenden Dialogs mit den Institutionen der Europäischen Union geschaffen werden.“

Vier Europa-Abgeordnete (Lena Düpont, Grégory Allione, Mislav Kovac und Zeljana Zovko) sowie die deutschen Bundestagsabgeordneten Leon Eckert und Nancy Faeser verliehen der Versammlung weitere politische Bedeutung. „Aus europäisch-politischer Sicht ist dies ein sehr eindrucksvoller Moment. Die Welt verändert sich, damit einher geht eine große Verantwortung auch für die Feuerwehren. Sie geben eine europäische Antwort auf die Fragen unserer Zeit – das ist der Kern des europäischen Gedankens!“, dankte Lena Düpont, Mitglied des Europäischen Parlaments, für das Engagement. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Resilienz, Katastrophenmanagement und Zivilschutz, in der der ehemalige französische Feuerwehrverbandspräsident Grégory Allione einer der Vorsitzenden ist.

Karl-Heinz Banse ist Präsident des neuen Verbandes

Zum neuen Präsidenten des internationalen Verbandes wurde Karl-Heinz Banse (Deutschland) gewählt. Vizepräsidenten sind Jean-Paul Bosland (Frankreich), Ante Sanader (Kroatien), Robert Mayer (Österreich) und Waldemar Pawlak (Polen). Sie äußerten sich wie folgt:

„Der Verband ist eine gemeinsame Stimme der Feuerwehren der Länder der Europäischen Union in Brüssel und Straßburg. Ziel ist es, die Interessen der Feuerwehrkräfte auf europäischer Ebene wirkungsvoll zu vertreten, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und aktiv in Entscheidungsprozesse einzugreifen. Die europäische Zusammenarbeit der Feuerwehren ist kein Selbstzweck, sondern eine Notwendigkeit: In einer zunehmend vernetzten Welt gibt es für Katastrophen und Notlagen keine Grenzen mehr!“

Karl-Heinz Banse

„Das Feuerwehrwesen ist ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Sicherheitspolitik. Der neu gegründete Verband der Feuerwehren der Europäischen Union ist ein erforderlicher und sehr wichtiger Schritt zur Anerkennung dessen, dass das Feuerwehrwesen zur Gestaltung des EU-Sicherheitssystems beiträgt.“

Ante Sanader

„Dieser Tag markiert einen Meilenstein in der Geschichte der Feuerwehren in Europa. Die Gründung des Verbandes der Feuerwehren der Europäischen Union ist ein echter Fortschritt für unsere Zusammenarbeit – wir stärken unsere Verbindungen und sprechen mit einer Stimme im Namen aller Feuerwehrleute in der Union. Dies ist ein wahrer Paradigmenwechsel: 21 Länder, fast ebenso viele verschiedene Sprachen und Uniformen, vereint unter einem Banner. Ich freue mich sehr über die Verwirklichung dieser Initiative nach 14 Monaten gemeinsamer Arbeit mit unseren deutschen Kollegen. Sie ist erst der Anfang eines langen Weges.“

Jean-Paul Bosland

„Die Gründung des Europäischen Feuerwehrverbandes ist ein bedeutender Meilenstein in der Vernetzung und wird den Feuerwehren auf europäischer Ebene eine starke Stimme geben. Die Feuerwehren sind keine Einzelkämpfer, die Feuerwehren sind Teamplayer. Eine gute internationale Zusammenarbeit war der Grundstein dieses neuen Verbandes, der nun nach monatelanger Arbeit aus der Taufe gehoben wurde. Dass 21 Nationen bei der Gründungsversammlung anwesend sind, ist ein starkes Zeichen des Zusammenhalts und für eine gemeinsame Ausrichtung innerhalb der Europäischen Union. Ich bin unglaublich stolz, als Vertreter der österreichischen Feuerwehren ein Teil davon zu sein.“

Robert Mayer

„In Zeiten von Krieg, unterbrochener globaler Zusammenarbeit und den Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie ist die europäische Zusammenarbeit der Feuerwehren wichtiger denn je. Gemeinsame Standards, Austausch von Erfahrungen, Zusammenarbeit mit der Jugend und technische Harmonisierung bilden das stabile Fundament für eine widerstandsfähige Gesellschaft. Es ist mir ein persönliches Anliegen, den länderübergreifenden Austausch zu fördern, starke Netzwerke aufzubauen und die Anliegen der Feuerwehren wirksam auf europäischer Ebene zu vertreten. Nur gemeinsam können wir die besten Lösungen entwickeln und sie in die Praxis bringen – zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger.“

Waldemar Pawlak

Mitglieder des Verbandes der Feuerwehren in der Europäischen Union

Am Tag der Gründung haben Vertreterinnen und Vertreter aus den folgenden Organisationen ihren Beitritt zum Verband der Feuerwehren in der Europäischen Union erklärt:

- Österreichischer Bundesfeuerwehrverband (Österreich)
- Fire & Rescue Belgium – BB-SPB (Belgien)
- National Association of Volunteers of the Republic of Bulgaria (Bulgarien)
- Hrvatska vatrogasna zajednica – Croatian Firefighting Association (Kroatien)
- Cyprus Firefighters Association (Zypern)
- sdružení hasičů čech, moravy a slezka (Tschechische Republik)
- Estonian Rescue Board (Estland)
- The Finnish National Rescue Association, SPEK (Finnland)
- Fédération Nationale des Sapeurs-Pompiers de France (Frankreich)
- Deutscher Feuerwehrverband (Deutschland)
- Panhellenic Federation of Firefighters Unions (Griechenland)
- Hungarian Fire Association (Ungarn)
- Fédération Nationale des Pompiers, Luxembourg (Luxemburg)
- Vakvereniging Brandweer Vrijwilligers (Niederlande)
- Związek Ochotniczych Straży Pożarnych Rzeczypospolitej Polskiej (Polen)
- Liga dos Bombeiros Portugueses (Portugal)
- Federatia de Pompieri Voluntari si Protectia Civila, FPVPC (Rumänien)
- Dobrovolná požiarna ochrana Slovenskej republiky (Slowakei)
- Firefighting Association of Slovenia (Slowenien)
- CONBE Consorcios Bomberos España (Spanien)
- Brandmännens Riksförbund (Schweden)

Der 3. Europäische Feuerwehrgipfel als Gründungsveranstaltung des Verbandes der Feuerwehren in der Europäischen Union fand mit freundlicher Unterstützung der Magirus GmbH und MSA Safety im Leibniz-Saal der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften statt.

Silvia Oestreicher ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DFV e.V.


 The logo of the Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) is displayed in a white box. It consists of the letters 'DLRG' in a bold, yellow, sans-serif font, set against a red rectangular background.

Warum Schwimmbäder so wichtig sind

Der Bäderbedarfsplan für einen bürgernahen Bevölkerungsschutz

Schwimmen zu können ist die beste Lebensversicherung und stärkt auch die Resilienz der Gesellschaft. (Quelle: DLRG/Linus Weiß)

Wir blicken zurück in die 1960er bis 1970er Jahre. Mit dem Goldenen Plan entstand ein mehrjähriges Programm aller staatlichen Ebenen, um dem vorherrschenden Sportstättenmangel zu begegnen. Das milliardenschwere Programm sorgte unter anderem für den Bau zahlreicher Schwimmbäder. Doch diese sind nun rund ein halbes Jahrhundert später in die Jahre gekommen: Sie sind marode, sanierungsbedürftig und für viele Kommunen finanziell nicht mehr tragbar. Anfang Juli stellte die Bäderallianz Deutschland, in der die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. (kurz: DLRG) Mitglied ist, ihren Schwimmbadplan vor, um konkrete Wege aus der Notlage aufzuzeigen.

Seit der Jahrtausendwende sind hunderte Schwimmbäder in Deutschland dauerhaft dem Rotstift zum Opfer gefallen. Der Sanierungsstau geht in die Milliarden. Viele Grundschulen – Schwimmunterricht ist in den Bildungs- und Lehrplänen der Länder vorgesehen – haben überhaupt keinen Zugang mehr zu einem Schwimmbad, um ihre Schülerinnen und Schüler adäquat zu sicheren Schwimmerinnen und Schwimmern auszubilden. Es fehlt an einer Leitidee für den Erhalt und eine bedarfsgerechte Entwicklung der Bäderinfrastruktur.

Doch wie lässt sich sicherstellen, dass die Menschen in Deutschland richtig Schwimmen lernen? Die Basis dafür bildet ausreichend geeignete Wasserfläche. Allein im vergangenen Jahr ertranken mindestens 411 Menschen in deutschen Gewässern. Viele von ihnen konnten nicht (sicher) schwimmen. Die Unterversorgung mit Schwimmbädern hat große Auswirkungen auf den Schulsport, Vereinssport, Leistungssport, Gesundheitssport, aber langfristig auch auf den Bevölkerungsschutz.

Weniger sichere Schwimmerinnen und Schwimmer

Erst wer die Anforderungen an das Deutsche Schwimmabzeichen Bronze (Freischwimmer) erfüllt, gilt als sichere Schwimmerin oder sicherer Schwimmer. Die Schwimmfähigkeit in Deutschland ist jedoch rückläufig. In einer von der DLRG im Jahr 2022 in Auftrag gegebenen forsa-Umfrage stellte sich heraus, dass den Angaben der Eltern zufolge 20 Prozent der Kinder zwischen sechs und zehn Jahren nicht schwimmen können. 2017 waren es noch zehn Prozent. Diese Entwicklung ist dramatisch. Vielen Eltern fällt es zudem schwer, die Schwimmfähigkeit ihrer Kinder richtig einzuschätzen. Allzu oft besteht der Irrglaube, das Seepferdchen reiche bereits aus. Das Motivations-

abzeichnen bescheinigt aber lediglich das Beherrschen wichtiger Grundlagen. Daher appelliert die DLRG an Eltern, am Wasser immer in Griffweite zu sein, wenn das Kind noch nicht sicher schwimmen kann.

Hohe Kosten und wenig Personal

Für die Schwimmausbildung braucht es geeignete Schwimmbäder. Deren zunehmender Rückgang hat gravierende Folgen. Sanierungsstau sowie hohe Betriebs- und Energiekosten stellen Badbetreiber und Kommunen vor große Herausforderungen. Weitere Bäderschließungen sind möglich, wenn keine entsprechenden Gegenmaßnahmen getroffen werden. Laut einer Befragung des Deutschen Instituts für Urbanistik (kurz: Difu) unter den Finanzverwaltungen der Kommunen könnte in den nächsten drei Jahren rund jedes siebte öffentliche Schwimmbad verloren gehen. Zwei von drei Hallenbädern weisen den Angaben der Befragten zufolge „gravierende“ oder „nennenswerte“ Investitionsrückstände auf.

Darüber hinaus fehlt es an ausreichend qualifiziertem Personal. Der Bundesverband Deutscher Schwimmmeister (kurz: BDS) geht von schätzungsweise bis zu 3.000 offenen Stellen aus. In der Folge müssen mitunter Öffnungszeiten reduziert werden.

Folgen für den Bevölkerungsschutz

Die Unterversorgung mit Schwimmbädern in Deutschland trifft den Bevölkerungsschutz gleich doppelt: Auf der einen Seite fehlen öffentliche Badestellen zur regelmäßigen Schwimmausbildung, auf der anderen Seite steht dadurch die Ausbildung von Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmern bei der DLRG und anderen Wasserrettungsverbänden auf der Kippe. Sinkende Kapazitäten in Hallen- und Freibädern verschieben Schwimmkurse auf Wartelisten oder führen zu kürzeren Schwimmzeiten. Die lebensrettende Wasserkompetenz lässt sich dann nicht flächendeckend vermitteln.

Für die DLRG bedeuten weniger zur Verfügung stehende Wasserflächen auch weniger Trainings- und Prüfungsmöglichkeiten. Weniger Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer können ihre Qualifikation erlangen oder verlängern. Personal für bewachte Badestellen bereitzustellen, wird schwieriger. Gerade in Hochwasserlagen ist eine zuverlässige Wasserrettungskompetenz vor Ort jedoch unverzichtbar, um Menschen aus Gefahrensituationen zu retten und größere Schadenslagen zu bekämpfen.

Schwimmen zu können ist die effektivste Prävention gegen das Ertrinken; es ist wie eine Lebensversicherung. Durch die Unterversorgung mit Bädern sinkt nicht nur die Zahl der Schwimmfähigen in der Bevölkerung, sondern insgesamt die Resilienz der Gesellschaft: Wenn Grundfertigkeiten wie das sichere Fortbewegen im Wasser nur

lückenhaft vermittelt werden, wächst das Risiko für Unfälle. Gleichzeitig droht die Leistungsfähigkeit ehrenamtlicher und professioneller Rettungskräfte abzunehmen. Ein bürgernaher Bevölkerungsschutz muss darauf drängen, dass Schwimmbäder als sozialer und sicherheitsrelevanter Infrastrukturbauwerk nachhaltig erhalten und ausgebaut werden. Nur so lassen sich die Wassersicherheit in Deutschland stärken und die Krisenfestigkeit beziehungsweise Resilienz langfristig sichern.

Lösung: Bäderbedarfsplan

Um dem Problem der Bäderunterversorgung zu begegnen, ist ein flächendeckender Bäderbedarfsplan notwendig. Bund, Länder und Kommunen müssen – ähnlich wie schon in den 1960er Jahren – wieder gemeinsam Verantwortung übernehmen und mit Betreibenden sowie Nutzenden zusammen den Bedarf an Schwimmbädern ermitteln. Mit dessen Umsetzung ließen sich der Trend umkehren und bereits bestehende Bauten nachhaltig modernisieren.

Abgesehen davon ist eine Differenzierung nach Bädertypen je nach Nutzungszweck sinnvoll. Viele Kommunen setzen auf Schwimmbäder, die möglichst viele Nutzergruppen bedienen sollen. Das führt zu Kompromissen: Entweder sind die Anlagen zu groß und teuer für Freizeitnutzende oder zu stark auf Schulen und Vereine zugeschnitten.

Förderprogramme von Bund und Ländern sind oft wenig abgestimmt und kurzfristig angelegt. Sie orientieren sich selten am tatsächlichen Bedarf, sondern zum Beispiel daran, wer passende Anträge zur richtigen Zeit einreichen oder wer den geforderten Eigenanteil leisten kann. Es fehlt zudem an klaren gesetzlichen Vorgaben, welche Bäderinfrastruktur vor Ort notwendig ist.

Um die Schwimmfähigkeit in der Bevölkerung zu stärken und die Bäderlandschaft zukunftsfähig zu machen, braucht es neue Impulse. Die Bäderallianz unterstützt Kommunen dabei, den Bedarf systematisch zu erfassen und daraus tragfähige Konzepte zu entwickeln. In ihrem deutschen Schwimmbadplan hat der Zusammenschluss aller relevanten Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Bäderlandschaft konkrete Ziele und Lösungsvorschläge formuliert. Die Bäderallianz schlägt zum Beispiel vor, Neubauten nach bestimmten Bädertypen zu klassifizieren sowie Förderprogramme und gesetzliche Haftungsregelungen neu zu ordnen.

Hier finden Sie den Bäderbedarfsplan und weitere Informationen:



Christopher Dolz ist als Redakteur in der Pressestelle der DLRG Bundesgeschäftsstelle tätig.



Mindmap zu übergreifend gedachter Resilienz. (Quelle: DRK/Fabian Sommer)

Sozialraumorientierter Bevölkerungsschutz mit dem DRK

Nah bei den Menschen, stark in der Krise

Kaum eine andere Organisation im Bevölkerungsschutz verfügt über eine so tief verwurzelte, historisch gewachsene Präsenz in der Fläche wie das Deutsche Rote Kreuz (kurz: DRK). Mit rund 450 Kreisverbänden und über 450.000 Ehrenamtlichen ist das DRK in Stadt und Land verankert – dabei ist es nah an den Menschen, auch im Ausnahmezustand. Diese besondere Struktur ist nicht nur eine organisatorische Stärke, sondern Ausdruck der gesetzlichen Sonderstellung des DRK als freiwillige Hilfsgesellschaft der deutschen Behörden im humanitären Bereich.

Schutz beginnt im Alltag

Im Kontext vom Bevölkerungsschutz heißt Sozialraumorientierung für das DRK, die Menschen vor Ort zu kennen, ihre Ressourcen zu aktivieren und sie aktiv in Schutzstrukturen einzubinden – bevor, während und nach einer Krise. Die lokale und regionale Verankerung wird damit zum Schlüssel eines resilienten Bevölkerungsschutzes.

Aus der Sicherheitsforschung lässt sich die Bedeutung einer sozialraumorientierten Ausrichtung im Bevölkerungsschutz klar untermauern. Besonders Konzepte wie Community Resilience oder die Co-Produktion von

Sicherheit heben hervor, dass effektiver Schutz nicht allein staatlich organisiert, sondern gemeinschaftlich getragen werden muss. Die Nähe zu den Menschen, verbunden mit der Fähigkeit zur Aktivierung lokaler Ressourcen, macht das DRK zu einem strategischen Partner für eine resiliente, sozial eingebettete Schutzarchitektur.

Das Komplexe Hilfeleistungssystem des DRK

All seine Elemente bündelt das DRK im Komplexen Hilfeleistungssystem. Es verbindet ehren- und hauptamtliche Kräfte, bewährte Standards und Erfahrungswissen – von der Gemeinde- bis zur Bundesebene. Das System kann bedarfsgerecht eingesetzt werden, ist im Alltag verankert und in der Krise hoch belastbar. Das zeigte sich im sogenannten Stresstest in den Jahren 2015 bis 2016, als das DRK im Auftrag des Bundes in kürzester Zeit große Aufnahmeeinrichtungen für geflüchtete Menschen errichtete. Möglich wurde dies durch das enge Zusammenspiel aller Verbandsebenen und das Ineinandergreifen der Ressourcen und Fähigkeiten des DRK, in seiner Funktion als die Nationale Rotkreuz-Gesellschaft Deutschlands und als Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege.

Programme bürgernah umsetzen

Auch Programme zur Krisenvorbereitung setzen auf die Nähe des DRK zur Bevölkerung. Ein Beispiel ist das Bundesprogramm zur Ersten Hilfe mit Selbstschutzhilfen: Während das DRK-Generalsekretariat die bundesweite Koordination übernimmt, führen die DRK-Gliederungen vor Ort Schulungen durch. Diese sind eingebettet in bestehende Netzwerke. So bleibt der Kontakt zu einem zentralen Akteur des Bevölkerungsschutzes über die Schulung hinaus bestehen.

Wie die Sozialraumorientierung konkret umgesetzt wird, zeigt auch ein Projekt des DRK-Kreisverbands Bonn: Im Rahmen von Schulungen wurden rund 40 vorregistrierte – also ungebundene, aber an der Zusammenarbeit mit dem DRK bereits interessierte Helfende, sogenannte Spontanhelfende – angesprochen und gezielt für die Selbsthilfe in außerordentlichen Notlagen sensibilisiert. In modularen, praxisnahen Kursen erlernten sie Grundlagen des Bevölkerungsschutzes, erweiterte Erste Hilfe und den Umgang mit Ausnahmelagen. Unterstützt durch den Pharmakonzern STADA und wissenschaftlich begleitet durch die Universität Hamburg, zeigte das Projekt, dass viele Teilnehmende sich im Anschluss der Schulung sicherer fühlten – nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere. Es ist somit ein anschauliches

Beispiel dafür, wie freiwilliges Engagement strukturiert und bürgernah eingebunden werden kann.

Wissen ergänzen durch emotionale Resilienz

Neben technischer und organisatorischer Stärke setzt das DRK auch auf psychische Resilienz und stärkt aktuell die Strukturen der Psychosozialen Notfallversorgung (kurz: PSNV).

Die Psychosoziale Akuthilfe für Betroffene von belastenden Ereignissen (kurz: PSNV-B) ist ein Angebot zur kompetenten, kurzfristigen Begleitung von Menschen in akuten Krisensituationen. Die Kriseninterventionsteams begleiten Betroffene und Angehörige, leisten emotionale und soziale Unterstützung und geben Orientierung. Die PSNV-E unterstützt demgegenüber Einsatzkräfte in ihrer psychischen Gesundheit und Einsatzfähigkeit. Für eine regionale Vernetzung und Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure in diesem Arbeitsfeld sorgen die PSNV-Verantwortlichen in den DRK-Gliederungen.

Die zunehmende Anzahl von Spontanhelfenden besonders während Großschadenslagen bringt verschiedene Herausforderungen mit sich, beispielsweise eine hohe psychische Belastung für die Betroffenen. Aktuell entstehen hierfür in Kooperation mit der PSNV-Forschung im DRK neue Konzepte. So befinden sich derzeit digitale Lernangebote zu den Themen Spontanhelfende im Einsatz und zur Psychischen Ersten Hilfe in Planung. Das beinhaltet auch das Bereitstellen weiterer resilienzstärkender Angebote für die Bevölkerung.

Fazit: Gemeinsam für eine resiliente Gesellschaft

Bevölkerungsschutz ist mehr als Technik – er ist auch Beziehung. Zwischen Organisationen und Menschen, zwischen Ehren- und Hauptamt, zwischen Alltagsleben und Ausnahmesituation. Das Deutsche Rote Kreuz zeigt in seinen Programmen und Projekten, wie Schutz sozial eingebettet, bürgernah gestaltet und regional verankert wirken kann.

Grit Burmeister-Brandt ist Referentin in der Psychosozialen Notfallversorgung beim DRK.

Alexandra Rüth ist Teamleiterin in Sicherheitsforschung & Innovationstransfer beim DRK.

Sina Giesemann ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Sicherheitsforschung beim DRK.

Clarissa Holzner ist Referentin für Zukunft ehrenamtlicher Bevölkerungsschutz beim DRK.



JOHANNITER
Aus Liebe zum Leben



Der UNIMOG- Rettungswagen KrKW 2.0

Ein Multitalent in der
Offroad-Rettung

Eine innovative Lösung für Einsätze in unwegsamem Gelände bietet der UNIMOG-Rettungswagen KrKW 2.0. (Quelle: Jens Pfeiler)

In der Katastrophenvorsorge und im Rettungswesen gilt: Die richtige Ausrüstung kann über Leben und Tod entscheiden. Eine innovative Lösung für Einsätze in unwegsamem Gelände bietet der UNIMOG-Rettungswagen KrKW 2.0. Dank seiner Vielseitigkeit und Robustheit ist dieses Spezialfahrzeug aus der UNiversellen Katastrophenschutz-Einheit der Johanniter NRW ein wichtiges Multitalent bei der Bewältigung von Unfällen und Unglücken unter schwierigsten Bedingungen.

Seit Mitte 2024 ergänzt ein Mercedes Benz Unimog 5023 4x4 als Rettungswagen den Fuhrpark im Johanniter-Regionalverband Bonn/Rhein-Sieg/Euskirchen. Er wurde als Vorführmodell für die Bundeswehr konzipiert und nun angepasst an die Bedürfnisse bei Einsätzen des Verbandes und in der UNiversellen Katastrophenschutz-Einheit NRW (kurz: UNIKE).

Technische Daten des Fahrzeugs:

- Mercedes Benz Unimog 5023 4x4
- Leistung: 170 KW (231 PS)
- zul. Gesamtgewicht: 13 to.
- hochgeländegängig mit Wattiefe 1,20 m
- Alusandwich-Kofferaufbau mit 40 mm Schaumkern
- Transport von bis zu 4 Patientinnen und Patienten möglich
- vollelektrisches Tragenbeladungssystem
- intensivmedizinisches Konzept
- Kombiklimaanlage
- Powermanagementsystem mit vier Zusatzbatterien à 100AH

Das Fahrzeug KrKW 2.0 mit einer Besatzung von drei und mehr Einsatzkräften kann bis zu drei Patientinnen und Patienten liegend oder vier (davon zwei liegend und zwei sitzend) transportieren. Spezielle Tragenaufnahmen sorgen für einen patientenschonenden Transport, sofern das Gelände dies ermöglicht. Herzstück ist der vollelektrische Tragentisch: Dieser kann mit seiner Stryker-M1-Trage Patientinnen und Patienten bis etwa 215 kg Körpergewicht mit nur einem Knopfdruck in das Fahrzeug einfahren lassen. Die medizinische Ausstattung ermöglicht sogar eine intensivmedizinische Versorgung.

„Während unserer Erprobungsphase haben wir mit dem neuen KrKw Übungsfahrten in unwegsamem Gelände vorgenommen, zuletzt mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in der Schavener Heide. Dort konnte das Fahrzeug unter Beweis stellen, dass wir nun auch bei schwierigen Geländebedingungen intensivmedizinische Patienten sicher erreichen und transportieren können.“

Natalie Brincks, Pressesprecherin, Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Mit zuschaltbarem längs- und querdifferentialem Antrieb sowie einer Wattiefe von bis zu 1,20 Metern kann das Spezialfahrzeug selbst anspruchsvollstes Terrain wie Schnee, Sand, Geröll oder überschwemmte Gebiete meistern. Der speziell angepasste Rettungsaufbau verfügt über eine vollständige medizinische Ausstattung wie aus einem modernen zivilen Rettungswagen: Beatmungsgerät, EKG/Defibrillator, Absaugpumpe, fahrbare Trage und weitere umfangreiche Notfallausrüstung.

Vielfältige Einsatzmöglichkeiten

Die Einsatzszenarien des UNIMOG-Rettungswagens sind so vielfältig wie die Herausforderungen, denen Rettungskräfte in Katastrophenfällen begegnen:

- 1. Naturkatastrophen:** Bei Hochwasser, Erdbeben oder Schneestürmen kommt der KrKW 2.0 dank seiner Geländefähigkeit dort zum Einsatz, wo konventionelle Fahrzeuge an ihre Grenzen stoßen. Er kann Verletzte aus unzugänglichen Gebieten retten und sie sicher zu einem Sammelpunkt oder Krankenhaus transportieren.
- 2. Großunfälle und Massenkarambolagen:** Auf Autobahnen oder Landstraßen, die durch Wetterbedingungen oder Unfälle blockiert sind, ermöglicht der UNIMOG den schnellen Zugang zu Verletzten.
- 3. Veranstaltungsschutz:** Bei Großveranstaltungen in abgelegenen Gebieten – etwa Wander- oder Sportevents in bergigen Regionen – kann der UNIMOG ähnlich wie eine mobile Unfallhilfsstelle eingesetzt werden.

Innovation & Anpassungsfähigkeit

Der UNIMOG-Rettungswagen KrKW 2.0 der Johanniter NRW ist ein Paradebeispiel für Innovation und Anpassungsfähigkeit im Bevölkerungsschutz und Rettungswesen – nicht zuletzt in Bezug auf die zunehmenden Einsätze nach Extremwetterlagen aufgrund des Klimawandels. Seine technische Ausstattung und Vielseitigkeit machen ihn zu einem unverzichtbaren Werkzeug in der Katastrophenvorsorge. Indem er Lücken zwischen herkömmlichen Rettungsmitteln und den Anforderungen schwierigen Geländes schließt, rettet er Leben und ermöglicht effiziente Hilfe auch unter extremsten Bedingungen. Als wichtiger Bestandteil der UNIKE der Johanniter NRW zeigt er seine komplette Leistungsstärke und Einsatzfähigkeit.

Der Gelände-RTW der Johanniter hat mit zwei All Terrain Vehicles (kurz: ATV) noch kleine Brüder im UNIKE-Verbund: Diese speziell konzipierten Geländefahrzeuge unter anderem aus Köln und Bonn sind darauf ausgelegt, Patientinnen und Patienten oder Rettungsausrüstung aus schwer zugänglichen und unwegsamen Gebieten sicher und schnell zu transportieren.

So kann das ATV aus dem Standort Köln zum Beispiel mobile Tankanlagen transportieren, was seine Vielseitigkeit und den zusätzlichen Nutzen für unsere Einsätze hervorhebt. Der kleine extrem wendige Alleskönner unter den Offroad-Nutzfahrzeugen zur Patientenrettung ist vollständig geländegängig und bringt es auf rund 90 bis 100 km/h. Mit seiner Länge von 3 Metern, erweiterbar auf 3,3 Meter und – beispielsweise im Standort Bonn – seinem Sonderausbau mit Seilwinde und Umfeldbeleuchtung, ist das ATV die perfekte Ergänzung, um auch in steilem Gelände Menschenleben zu retten. Außerdem kann Material bis ca. 500 Kilo und Zuladung bis zur Größe von Europaletten auf seiner kleinen Ladefläche transportiert werden.

Eingesetzt werden die ATV mit zwei Einsatzkräften mit Rettungsrucksack, bei Bedarf auch Schleifkorbtrage.

Seit 2022 war das Bonner ATV rund 30 Mal im Einsatz: Oft zur Personenrettung bei Sanitätsdiensten und zur Unterstützung der Johanniter-Rettungshundestaffel, zuletzt bei einer Geländeerprobung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) – der Bedarf am kleinen Bruder ist also definitiv vorhanden.

Technische Daten Polaris Ranger XP 1000 EPS ABS:

- 51kw/69 PS/999ccm Hubraum/4-Takt 2-Zylinder Benzin
- Antrieb: Zuschaltbarer Allrad mit Versatrac Turf Mode
- Abmessungen: L/B/H 305/158/196 mm/Bodenfreiheit 33cm
- Nutzlast 569 kg, Anhängelast/Zugleistung 1134kg
- Leergewicht ohne Patientenmodul 770kg
- Höchstgeschwindigkeit 90 km/h (Zulassung als LoF)
- Geschlossene Kabine mit Heizung
- Ausbau mit Sondersignalanlage Offroad, Digitalfunk, Zusatzbatterie inkl. Ladeerhaltung, Laderaumverlängerung
- elektrische Seilwinde mit Synthetikseil und Funkfernbedienung, Vorrichtung zur Aufnahme der Schleifkorbtrage
- Wechselmodul Patiententransport oder Tankstelle Benzin (330 Liter)

Modul Patiententransport:

- Schleifkorbtrage, Vakuummatratze und Schaufeltrage
- Notfallrucksack
- Corplus AED
- Betreuerstuhl zum Patiententransport

UNIverselle Katastrophenschutz-Einheit UNIKE der Johanniter NRW

Diese und weitere Fahrzeuge der Johanniter NRW sind Teil der UNIversellen Katastrophenschutz-Einheit UNIKE, einer autark agierenden Spezial-Einsatz Einheit für Extremwetterlagen in NRW. Die UNIKE ist schnell, flexibel und agil überall in Nordrhein-Westfalen und auf Anforderung über die Landesgrenzen hinaus einsetzbar. Die Einheit ist modular aufgebaut, um ausschließlich in der Lage benötigte Kapazitäten und Fähigkeiten zielgerichtet abrufen zu können, und kann ab Alarmierung vollkommen autark operieren und sich selbst versorgen – auch über eine mehrtägige Einsatzdauer hinweg.

Die UNIKE ist über das Johanniter-Lagezentrum NRW wie folgt erreichbar: E-Mail: lagezentrum.nrw@johanniter.de Tel. 0800 2699700 Fax 0221 8903100.

Weitere Informationen zu UNIKE:



Dr. Tobias Eilers ist Pressesprecher für Kommunikation und Fundraising der Johanniter-Unfall-Hilfe, Landesverband NRW.



Malteser
...weil Nähe zählt.

Klimaschutz ist Katastrophenschutz!

Warum wir alle gefragt sind

Malteser aus vielen Teilen Deutschlands helfen während des Hochwasser-Einsatzes 2021 in der Eifel. (Quelle: Malteser/Häfner)

Was hat die Arbeit im Büro mit Sandsäcken zu tun? Theresa Oesterwinter, Nachhaltigkeitsmanagerin bei den Maltesern, wirft in der Klima Kolumne einen Blick darauf wie Klimaschutz eigentlich mit Katastrophenvorsorge zusammenspielt.

Neulich stieß ich auf eine Pressemitteilung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK), die mich nachdenklich stimmte, weil sie eine für meinen Geschmack ziemlich beunruhigende Nachricht enthielt: Zivil- und Katastrophenschutz stehen wegen des Klimawandels vor steigenden Herausforderungen – die Anzahl an freiwilligen Helfenden bleibt jedoch seit dem Jahr 1999 konstant. Es war eine ernüchternde Nachricht – und doch blieb sie mir im Kopf.

Vielleicht, weil sie mir auf so klare Weise zeigte, was ich mir für meine Arbeit als Nachhaltigkeitsmanagerin bei den Maltesern ohnehin immer wieder vor Augen führen muss: Der Klimawandel ist keine ferne Zukunftsmusik. Er ist längst da – und er bringt uns alle ins Schwitzen. Nicht nur die Menschen in Dürreregionen oder die Eisbären am Nordpol, auch unsere Ehrenamtlichen in Deutschland, die Sandsäcke schleppen, Menschen retten und versorgen sind davon betroffen.

Mehr Klimawandel, mehr Katastropheneinsätze

In Deutschland tragen etwa 1,7 Millionen Ehrenamtliche, also drei Prozent der deutschen Bevölkerung rund 90 Prozent der Einsätze im Bevölkerungsschutz. Dennoch gibt nur ein Drittel der Hilfsorganisationen an, insgesamt ausreichend Helfende für die gesteigerten Anforderungen zu haben. Hinter diesen nüchternen Zahlen steht eine beunruhigende Wahrheit: Unsere Katastropheneinsatzkräfte kommen an ihre Grenzen, auch weil das Klima aus den Fugen gerät.

Die Einsätze häufen sich, die Intensität der Katastrophen nimmt zu, die Erholungsphasen dazwischen werden

kürzer. Was wir früher Jahrhundertereignis nannten, wird langsam aber sicher zur Routine. Ein Beweis dafür? Allein in den letzten fünf Jahren konnten wir in Europa Flutkatastrophen in Deutschland, Polen, Tschechien, Österreich und erst kürzlich auch in Spanien und Italien verzeichnen.

Helfen, bevor Hilfe nötig wird?

Ich selbst sitze nicht mit Helm im Einsatzfahrzeug, ich sitze im Büro. Und doch betrifft mich diese Entwicklung ganz direkt, denn als Nachhaltigkeitsmanagerin stelle ich mir die Frage: Wie können wir helfen, bevor Hilfe nötig wird? Die Antwort ist unbequem und doch voller Hoffnung: indem wir unsere Umwelt schützen.

Klimaschutz ist auch Katastrophenschutz. Jede Maßnahme zur Reduktion von Treibhausgasen, jede Initiative zur Förderung erneuerbarer Energien und jede Entscheidung für nachhaltige Mobilität trägt dazu bei, die Häufigkeit und Intensität von Naturkatastrophen zu verringern. Es ist ein leiser, aber wirkungsvoller Schulterschluss: Die, die den Planeten schützen, entlasten die, die im Ernstfall Menschenleben retten. Natürlich brauchen wir auch mehr Mitglieder im Katastrophenschutz, bessere Ausrüstung und politische Unterstützung. Aber wir brauchen eben auch ein neues Bewusstsein: Klimaschutz ist nicht nur Umweltsache – Klimaschutz ist Daseinsvorsorge.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mich berührt die Vorstellung, dass wir durch nachhaltiges Handeln Menschen in Einsatzkleidung entlasten können, lange bevor sie überhaupt ausrücken müssen. Denn am Ende arbeiten wir alle am selben Ziel: Menschen in Sicherheit zu wissen.

Mehr zum Thema Zivile Verteidigung und Klimawandel können Sie in dem Bevölkerungsschutz-Magazin 1/2025 nachlesen.

Theresa Oesterwinter ist Referentin für Nachhaltigkeitsmanagement bei dem Malteser Hilfsdienst e.V.

Technisches
Hilfswerk



esImmobilien

bundesbau

Technisches
Hilfswerk



Start für den THW-Neubau. (Quelle: THW/Maximilian Christ)

„Zeichen der Wertschätzung“

Erster Spatenstich in Wardenburg läutet Serie von THW-Neubauten ein

Am 26. Mai 2025 hatte das Technische Hilfswerk (kurz: THW) zum ersten Spatenstich beim THW-Ortsverband (kurz: OV) Wardenburg eingeladen. Die Feierlichkeiten in Niedersachsen markierten den Beginn der Bauarbeiten des bundesweiten THW-Bauprogramms 2020–2030, in dessen Verlauf bis zu 200 OV ein neues Heim für Gerät und Team erhalten. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (kurz: BImA) und das THW sorgen damit dafür, dass die Ehrenamtlichen den aktuellen Anforderungen entsprechend untergebracht werden, da inzwischen viele Liegenschaften den geänderten räumlichen und funktionalen Bedarfsanforderungen, den gesetzlichen Forderungen im Bereich des Arbeitsstätten- und Gesundheitsschutzes sowie der IT-Sicherheit nicht entsprechen. Serielles und systematisiertes Bauen ermöglicht es dabei, rasch und kostengünstig nachhaltige Gebäude zu errichten, die den Anforderungen einer modernen Zivilschutzorganisation entsprechen. Die funktionellen Neubauten stärken die Einsatzbereitschaft der Ortsverbände, fördern das ehrenamtliche Engagement, erhöhen die Sichtbarkeit des THW und tragen somit zu einem bürgernahen Bevölkerungsschutz in der Fläche bei.

Gemeinsam zum Ziel

Die Umsetzung des THW-Bauprogramms erfolgt gemeinsam mit der BImA, der Bauherrin und Eigentümerin der neuen Unterkünfte, und den Bauverwaltungen der Länder unter Federführung des Amtes für Bundesbau Schleswig-Holstein (kurz: AfB). BImA-Vorstandsprecher Prof. Dr. Alexander von Erdély und Jörg Ahrens, stellvertretender Leiter des AfB, nahmen daher bei dem Ortstermin für die neuen THW-Gebäude den Spaten in die Hand. Seitens THW waren neben Präsidentin Lackner der ehrenamtliche THW-Bundessprecher, Wolfgang Lindmüller, sowie der Ortsbeauftragte von Wardenburg, Gerold Wulf, angereist. Weitere Gäste waren unter anderem René DuBois aus dem Bundesministerium des Innern (kurz: BMI), der Parlamentarische

Staatssekretär Dennis Rhode (Mitglied des Bundestages) aus dem Bundesfinanzministerium, der Regionalstellenleiter Cedrik Strüver vom Staatlichen Baumanagement der Region Nord-West, Jan-Hendrik Goldbeck von der beauftragten Baufirma Goldbeck sowie Wardenburgs Bürgermeister Christoph Reents. Nachdem der erste Spatenstich vollbracht ist, soll die neue THW-Liegenschaft in rund einem Jahr fertiggestellt werden.

Neue Zeiten, neues Zuhause – nicht nur für Wardenburg

Der OV Wardenburg ist kein Einzelfall: An bis zu 200 Standorten des THW sollen Neubauten errichtet werden, um die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer samt Ausstattung und ihren blauen Einsatzfahrzeugen bedarfsgerecht unterzubringen. In der ersten Phase des THW-Bauprogramms erhalten 30 von ihnen neue Unterkünfte und Fahrzeughallen. Optional umfasst der erste Rahmenvertrag bis zu 30 weitere Neubauten. Das Beispiel Wardenburg zeigt, wie umfassend die Neuerungen sind: Aktuelle Energie- und Umweltstandards, mehr Einsatzkräfte mit zusätzlicher Ausstattung, ein größerer Anteil an Frauen und Mädchen – das alles wollte nicht mehr recht zusammenpassen in dem ehemaligen Autohaus, das der 1964 gegründete OV Wardenburg seit 39 Jahren als Liegenschaft nutzt.

Außerdem sind die neuen Generationen an THW-Einsatzfahrzeugen so viel höher, dass sie nicht in die alte Garage des OV passen. Daher musste eine zusätzliche Halle angemietet werden. Auch Fahrzeuge und Ausstattung der Fachgruppe Notversorgung und Notinstandsetzung müssen in Wardenburg aktuell extern untergebracht werden. Sieben Hallenstellplätze für Einsatzfahrzeuge fehlen und weitere Flächen für Ausbildungszwecke, Umkleiden sowie Sanitärebereiche für weibliche Einsatzkräfte, für die aktuell kein eigener Raum zur Verfügung steht.

Das alles wird nun anders, wenn Am Schlatt auf 590 Quadratmetern ein neues zweigeschossiges OV-Gebäude

entsteht. Darin untergebracht sind unter anderem ein Werk- und Übungsraum, Büro- und Unterrichtsräume, ein Jugendgruppenraum, ein Funkraum und Trocknungsräume für Einsatzkleidung. Dazu ausreichend Umkleide- und Sanitäräume. Daneben findet sich künftig eine moderne Kfz-Halle mit 700 Quadratmetern und Stellfläche für zwölf THW-Einsatzfahrzeuge. Außerdem ein Lagerraum mit 70 Quadratmetern Fläche für THW-Geräte und -Ausstattung. Auf rund 2.000 Quadratmetern Außenfläche können die Helferinnen und Helfer für Einsätze üben, Ausbildungen durchführen und Sozialkontakte etwa bei Grillfesten pflegen.

„Die THW-Liegenschaften sind für viele unserer rund 88.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ein zweites Zuhause. Die geplanten Neubauten sind ein Zeichen der Wertschätzung für ihr tägliches Engagement. Diese Männer, Frauen, Jungen und Mädchen engagieren sich ehrenamtlich für unsere Gesellschaft. Sie sichern die Einsatzbereitschaft des THW im Zivil- und Katastrophenschutz und leisten in Notlagen Hilfe. Für dieses zivilgesellschaftliche Engagement verdienen sie nicht nur unsere Hochachtung, sondern eben auch eine adäquate, zeitgemäße Ausstattung und Unterbringung in ihren Ortsverbänden.“

THW-Präsidentin Sabine Lackner

Ein innovatives Bauprogramm

Der OV Wardenburg machte den Anfang, einige weitere Spatenstiche folgten bereits: Im Juni feierte man im thüringischen Sonneberg den Baubeginn mit einem ersten Spatenstich. Danach folgten zwei Liegenschaften in Bayern: Obernburg und Roth. Mindestens 26 weitere THW-Gebäude wird das Bau- und Dienstleistungsunternehmen Goldbeck nach gewonnener Ausschreibung noch errichten. „Durch eine Rahmenvertragsausschreibung werden langwierige Einzelausschreibungen umgangen. Das ist im Bundesbau ein einzigartiges Projekt mit Vorreiterrolle für

weitere bundesweite Bauprojekte“, hebt Tobias Schubotz, Leiter des AfB, hervor.

Die Finanzierung und Initiative zu diesem innovativen Bauprogramm lag in der Hand des Bundesbauministeriums, als dieses noch Teil des BMI war. Mit seiner zielgerichteten Verwirklichung zeigt das THW-Bauprogramm, wie gelungene überbehördliche Zusammenarbeit aussehen kann.

Innovativ ist dabei auch die serielle und systematisierte Bauweise der neuen Liegenschaften: Nach einer Musterplanung werden Bauteile zunächst industriell vorgefertigt und dann vor Ort nach dem Baukastensystem zusammengefügt und ausgebaut. Insgesamt sind je nach Größe und Beschaffenheit des OV drei Bautypen möglich. Sie unterscheiden sich beispielsweise in der Größe der Umkleiden, abhängig davon, wie viele Fachgruppen zu dem OV gehören. Ergänzt werden können alle drei Bautypen um zusätzliche Optionen wie etwa weitere Büroräume, Umkleidebereiche, Lagerfläche, Carports und Fahrzeughallen. „Wir setzen nicht auf Individual-Lösungen, sondern bauen mit einem einheitlichen Konzept Gebäude und Fahrzeughallen für 30 THW-Ortsverbände – das geht viel schneller und spart Kosten“, betont BImA-Vorstandssprecher Prof. Dr. Alexander von Erdély.

Die einheitlichen Gebäudetypen und Fahrzeughallen sind sowohl nachhaltig als auch klimafreundlich. So garantieren etwa Photovoltaikanlagen und zugehörige Batteriespeicher, dass die OV auch bei Blackouts mehrere Stunden im Notbetrieb funktionsfähig bleiben können. Mit Zisternen, Dachbegrünung und Wärmepumpen erfüllen die neuen Liegenschaften die Klassifizierung „Effizienzgebäude 40“ und weisen den Weg in eine Zukunft, die maßgeblich durch den fortschreitenden Klimawandel geprägt sein wird. Welchen Anteil dieser schon heute hinsichtlich der Häufigkeit und Intensität diverser Unwetterkatastrophen hat, das spüren die THW-Einsatzkräfte unmittelbar in ihrem jeweiligen Umfeld.

Michael Kretz ist Sprecher der Pressestelle des Technischen Hilfswerks.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),
Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Postfach 1867, 53008 Bonn
redaktion@bbk.bund.de
<https://www.bbk.bund.de>

Redaktion: Nathalie Schopp (Chefredakteurin), Tel.: 022899-550-2400
Sebastian Heuft, Tel.: 022899-550-3621
Manuela Schönfeld, Tel.: 022899-550-3613

Layout: Manuela Schönfeld, Sebastian Heuft

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (März, Mai, August, November),
Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage: 30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand: Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Bestellungen und Adressänderungen bitte an: redaktion@bbk.bund.de

Druck und Herstellung: BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0, Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Titelbild: ©BBK

Der Limburger Dom



Hoher Dom zu Limburg. (Quelle: Bistum Limburg)

Der Limburger Dom, ein herausragendes Beispiel spätstauferischer Baukunst, gilt als Kulturdenkmal höchsten Ranges. Beeindruckend auf einem Felsen über der Lahn gelegen, prägt er nicht nur das Stadtbild Limburgs, sondern wirkt auch weit in die Umgebung hinein. Auch die Verbreitung seines Erscheinungsbildes in mehreren frühen Drucken begünstigte eine frühe wissenschaftliche Auseinandersetzung mit seiner Baugeschichte. Durch neuere Untersuchungen ist inzwischen eine genauere zeitliche Einordnung seiner Entstehung möglich.

Der erste gesicherte Vorgängerbau entstand kurz nach der Stiftsgründung durch Konrad Kurzbold im Jahr 910. Dieser ottonische Bau ist durch Grabungen teilweise erschlossen und wurde im 13. Jahrhundert durch den heutigen Kirchenbau ersetzt.

Die Arbeiten hierfür begannen um 1190 und wurden außergewöhnlich schnell vorangetrieben: Innerhalb von etwa 50 Jahren war das monumentale Gotteshaus weitgehend fertiggestellt, lediglich die Türme des Südquerhauses wurden erst im 19. Jahrhundert vollendet. Trotz kleinerer stilistischer Anpassungen während der Bauzeit entstand ein formal bemerkenswert einheitliches Gebäude. Ursprünglich war eine einfache Emporenbasilika geplant, doch im Laufe des Bauprozesses wurden weitere Elemente hinzugefügt. Diese Erweiterungen führten zur einzigartigen siebentürmigen Silhouette und zur charakteristischen Raumwirkung des Domes.

Der Limburger Dom zeigt eine spannende Synthese aus spätromanisch-rheinischen und frühgotisch-französischen Elementen. Zwar galten französische Kathedralen wie Laon oder Noyon in früheren Betrachtungen als

direkte Vorbilder, heute wird jedoch der eigenständige Beitrag der rheinischen Spätromanik stärker betont. Die Verbindung dieser beiden architektonischen Strömungen gilt als der besondere Verdienst der Limburger Baumeister.

Architektonisch handelt es sich beim heutigen Dom um eine dreischiffige, gewölbte Emporenbasilika über kreuzförmigem Grundriss. Die Westfassade der über vergleichsweise kompaktem Grundriss errichteten Kirche ist monumental, die unterschiedlich gestalteten Türme sind reich mit Maßwerk und Friesen verziert. Die vierzonige Wandgliederung zeigt eine plastische, durchdachte Gliederung, bei der romanische und gotische Elemente harmonisch verbunden werden. Der Innenraum beeindruckt durch seine strukturelle Klarheit und die ab 1974 freigelegte und noch weitgehend erhaltene originale Ausmalung aus dem 13. Jahrhundert.

Nach ihrer Vollendung wurde die Kirche mehrfach umgebaut. Besonders prägend waren zeittypische Überformungen der Barockzeit sowie eine historisierende Restaurierung im 19. Jahrhundert. Bei der letzten umfassenden Restaurierung wurde das ursprüngliche Erscheinungsbild so weit wie möglich rekonstruiert.

Der Limburger Dom ist ein anschauliches Zeugnis mittelalterlicher Baukunst. Seine kunst- und kulturhistorische Bedeutung, seine architektonische Geschlossenheit und Originalität machen ihn zu einem der bedeutendsten Sakralbauten Deutschlands. Seit langer Zeit ist er daher zu Recht als schützenswertes Kulturdenkmal von nationaler Bedeutung anerkannt.

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn



Fußnoten zu „Dashboard für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz – Forschungsprojekt Sokapi-R“, Seiten 7–9

- ¹ Die Rahmenempfehlungen können hier kostenfrei heruntergeladen werden: https://sokapi-r.uni-wuppertal.de/fileadmin/site/sokapi-r/Arbeitsberichte/Rahmenempfehlungen_Risikoanalyse.pdf.
- ² Koordiniert wurde das Projekt durch das Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit (kurz: BuK) der Bergischen Universität Wuppertal unter der Leitung von Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich. Unterstützung erhielt das Fachgebiet durch das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuz (kurz: DRK) sowie durch die assoziierten Partner vom Verband für sozial-kulturelle Arbeit (kurz: VskA), dem Behörden Spiegel, dem Wuppertaler Zentrum für gute Taten und der Stadt Wuppertal. FKZ: BBK III.1 - 41201 / 0009.
- ³ Nicht Bestandteil dieses Artikels sind die Ergebnisse aus einer im März 2022 online durchgeführten Netzwerkanalyse mit ehrenamtlichen Organisationen Wuppertals sowie zu problemzentrierten Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die Ergebnisberichte können auf der Projekt-Webseite kostenfrei heruntergeladen werden: <https://sokapi-r.uni-wuppertal.de/de/downloads/>.
- ⁴ Die vorgestellten Ergebnisse sind bereits veröffentlichten Buchbeiträgen und Ergebnisberichten entnommen. (unter anderem Tackenberg et al. 2023, Lukas und Tackenberg 2023). Die Ergebnisse der Mehrebenenmodellierung sind noch unveröffentlicht im wissenschaftlichen Abschlussbericht
- ⁵ Der ausführliche Methoden- und Ergebnisbericht zur Vignettenanalyse kann kostenfrei auf der Projektwebseite heruntergeladen werden: <https://sokapi-r.uni-wuppertal.de/fileadmin/site/sokapi-r/Arbeitsberichte/Vignettenbericht.pdf>
- ⁶ Ausführliche Informationen über Methodik, Datenaufbereitung, -auswertung und -interpretation sind dem wissenschaftlichen Ergebnisbericht zu entnehmen, der auf der Webseite des Projekts zeitnah veröffentlicht wird: www.sokapi-r.de
- ⁷ Eine Anleitung zur Entwicklung eines solchen Dashboards kann auf der Projekt-Webseite kostenfrei heruntergeladen werden: https://sokapi-r.uni-wuppertal.de/fileadmin/site/sokapi-r/Arbeitsberichte/Leitfaden_Sozialkapital-Radar.pdf. Darin wird das Dashboard in seiner Funktionsweise und die integrierten Daten ausführlich beschrieben.

Literatur zu „Dashboard für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz – Forschungsprojekt Sokapi-R“, Seiten 7–9

LITERATUR

Lukas, Tim/Tackenberg, Bo (2023): Sozialraumorientierung im Bevölkerungsschutz. Community Resilience und soziale Anpassung in Krisen und Katastrophen. In: Wollinger, Gina Rosa (Hrsg.), Krisen und Prävention. Expertisen zum 28. Deutschen Präventionstag. Hannover, S. 203-219.

Tackenberg, Bo/Lukas, Tim/Ferl, Lucas/Fiedrich, Frank (2025): Entwicklung eines Sozialkapital-Radars für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz (Sokapi-R). Wissenschaftlicher Abschlussbericht (unveröffentlicht).

Tackenberg, Bo/Ferl, Lucas/Lukas, Tim/Fiedrich, Frank (2023): Entwicklung eines Sozialkapital-Radars für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz (Sokapi-R). Ergebnisbericht Faktorieller Survey. Wuppertal: BBK-Projekt Sokapi-R.

Tackenberg, Bo/Lukas, Tim/Ferl, Lucas/Fiedrich, Frank (2024): Entwicklung eines Sozialkapital-Radars für den sozialraumorientierten Bevölkerungsschutz (Sokapi-R). Leitfaden zur Erstellung eines Sozialkapital-Radars. Wuppertal: BBK-Projekt Sokapi-R.

Literatur zu „Wert und Wertschätzung ehrenamtlicher Einsatzkräfte“, Seiten 36 – 37

LITERATUR

Bevölkerungsschutz Ausgabe 1/2021 „Zukunft des Ehrenamtes“

D. Kietzmann et al. (2015), Motivationale Aspekte ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz; http://www.feuerwehr.de/news/o/11352/Inka_Abschlussbericht_EMAUG_final.pdf

G. Reichenbach (2012), Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz im Spiegel des demografischen Wandels. In: Symposium Ehrenamt im Bevölkerungsschutz

J. Bartel, P. Schubert (2025), Engagement im Ernstfall – Zahlen und Fakten zu freiwilligem Engagement und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bevölkerungsschutz. ZiviZ im Stifterverband. https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Foerderung-Ehrenamt/sonderauswertung-ziviz_download.pdf

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Intrinsische und extrinsische Motivation. Wirtschaftspsychologische Gesellschaft. https://www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung_III/jugend/pdf/ws_beteiligung_dings/2017/ws6_17/intrinsische_extrinsische_motivation.pdf

M. Voss (2022), Zustand und Zukunft des Bevölkerungsschutzes in Deutschland – Lessons to learn. <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/31218.3>

Symposium Ehrenamt im Bevölkerungsschutz; Berlin, 10./11.9.2012; https://www.desi-sozialforschung-berlin.de/wp-content/uploads/Dokumentation_Symposium_Ehrenamt.pdf